

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pro Nummer 1,10 Mk.
Wochenpreis 3,30 Mk. monatlich 1,10 Mk.
Jahrespreis 12,60 Mk.
Einzelnnummer 5 Pf.
Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf.
Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat
Eingetragen in der Post-Betriebspreisliste für 1903 unter Nr. 8803.
Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 2 Mark pro Monat.

Vorwärts

Die Inserions-Gebühr
Beträgt für die sechsgehaltene Kolonnenzeile oder deren Raum 40 Pfg. für politische und gesellschaftliche Berichte und Besprechungen 20 Pfg.
„Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort frei).
Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Socialdemokrat Berlin“.

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 26. September 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Bourgeoisparität.

Herrmann v. Mallinckrodt hat auf kirchlicher Seite das Schlagwort von der „Wüste der Inparität“ geprägt, wonach es in Preußen Verwaltungsgrundsatz sei, die Katholiken immer mehr aus der Beamtenenschaft zum Vorteil des protestantischen Elements hinauszudrängen. Die diesbezüglichen Klagen wiederholen sich jedes Jahr im Abgeordnetenhaus mit fast immer bekannter Mithriligkeit. Seitens der preussischen Regierung ist es allerdings eitel Spiegelschere, wenn sie die augenfällige Bevorzugung, zumal des Junitums, mit dem an sich gewiß unantastbaren Grundsatz zu bemängeln sucht, daß die Anstellung von Beamten sich nach der persönlichen Tüchtigkeit derselben vollziehen müsse. Nicht minder aber ist es seitens unserer Kirikalien ein von den Eingeweihten belächeltes Augenzwinkern, wenn man sich den Anschein giebt, als gelte es lediglich die höheren Interessen der Religion, als trete man jenem vorgeschobenen Grundsatz der preussischen Regierung nicht entgegen, als wolle man keine mechanische, zahlenmäßige konfessionelle Parität. Des Pudels Kern ist eben auf beiden Seiten die Sucht, an der reichen Futterkrippe des Staates möglichst viele, gute und wohlversorgte Reuten und Pöstchen für die sogenannten Glaubensgenossen herauszuschlagen.

Wenn unsere Kirikalien unter sich sind, wird das auch unumwunden zugegeben. So äußert sich eine von eingeweihter Seite verfaßte und darum offenbar anonym erschienene Schrift, deren Urheber aber ersichtlich in einem sehr bekannten Mitgliede der Centralfraktion des Reichs- und Landtages zu suchen ist, über diesen Punkt wörtlich wie folgt: „Es ist klar, daß, wo die hohen Staatsstellungen seit unvorstelligen Zeiten den Protestanten fast ausnahmslos vorbehalten gewesen sind, die Protestanten zu einem allgemeinen Uebergewicht in gesellschaftlicher und ökonomischer Beziehung gelangen mußten, und es kann nicht ausbleiben, daß, wenn die Katholiken noch fortwährend aus den höheren Staatsstellungen ausgeschlossen bleiben, sie politisch, social und wirtschaftlich immer mehr zurückgedrängt werden. Daher ist es die höchste Zeit, daß wir uns aus dieser politischen, wirtschaftlichen und socialen Jurisdiktion mit dem ganzen Aufgebote unserer Kraft herausarbeiten, daß wir nicht mehr wie gestrafte Kinder an den Reagentisch und verwiesen lassen, sondern an der Tafel des öffentlichen Lebens einen ebenbürtigen Platz uns erringen.“

Ganz dem hier niedergelegten Geiste entspricht es, wenn rein zahlenmäßig das Verhältnis der katholischen zur protestantischen Beamtenenschaft auf den höheren Gebieten darzulegen versucht wird. So klagt der Verfasser, daß 1807 von sämtlichen höheren Lehranstalten Preußens allein 320 rein evangelischen und nur 65 rein katholischen Charakter trugen bei 131 Simultananstalten; von den Direktoren und Oberlehrern seien 418 bzw. 4195 Protestanten, und nur 104 bzw. 1123 Katholiken gewesen. „Von sämtlichen Direktoren der Monarchie sind also 79,8 Proz. evangelisch und nur 19,9 Proz. katholisch; von sämtlichen Oberlehrern 77,9 Proz. evangelisch, 21,2 Proz. katholisch, während auf die Katholiken nach dem Prozentsatz der Bevölkerung in Preußen volle 34 Proz., auf die Protestanten nur 64,4 Proz. zu fallen hätten.“ Von Anstalten, die ganz oder teilweise aus Staatsmitteln unterhalten würden, seien gar 173 protestantisch, 60 simultan und nur 48 katholisch, von den Direktoren und Oberlehrern derselben 213 bzw. 2087 protestantisch, 67 bzw. 700 katholisch gewesen. „Auch diese Zahlen bezeugen eine Schädigung der Katholiken und zwar mindestens um 10 Prozent.“ Hier tritt unter der konfessionellen Verdrängung der natie materielle Interessenstandpunkt, der sich um so mehr als platte Bourgeoisberechnung erweist, als man die untere Beamtenenschaft zu berücksichtigen nicht im mindesten für nötig findet, auf das klarste in die Erscheinung.

Am widerwärtigsten macht sich die nackte Bourgeois- und Geldpolitik bei dem Stande geltend, dessen Reich angeblich nicht von dieser Welt ist, der aber nichtbedeutender den leidlichen Segen irdischer Güter immer voll und ausgiebig zu schätzen verstanden hat. Die Besoldungsansprüche der katholischen Geistlichkeit an den heutigen Staat gründet man auf die zu Beginn des vorigen Jahrhunderts vollzogenen Säkularisationen. Eine genaue Berechnung des Gesamtwertes, der dem preussischen Staatschatz aus ehemals geistlichen Besitzungen zugeflossen ist, läßt sich freilich nicht aufstellen, da die notwendigen Unterlagen sich in den Staatsarchiven befinden und die preussische Regierung ein leicht verständliches Interesse hat, sich hier nicht allzu sehr in die Karten gucken zu lassen. Von kirchlicher Seite schätzt man dagegen das also in Staatsbesitz überführte Vermögen auf reichlich eine Milliarde, für das bei einer durchschnittlichen Verzinsung von nur 3 Proz. die katholische Geistlichkeit an Erträgen 30 Millionen Mark jährlich herausrechnen, ein Beweis, wie profitverbändig die Kirche als „vollkommene Gesellschaft“ auch den Erwerb zur Vollkommenheit auszubilden gewohnt hat. Wir beabsichtigen nicht, hier in eine Würdigung speziell der preussischen Säkularisationen nach irgend einer Seite einzutreten. Nach kirchlicher Auffassung aber soll das Kirchengut in erster Linie Armenzucht sein, es soll weniger dem Unterhalt der Geistlichen, als den Bedürfnissen der Besitzlosen dienen. Wenigstens ist das das Ausschlaggebende, unter dem es erworben wurde, wenn es auch der Kirche zu seiner Zeit eingefallen ist, diesem Grundsatz nachzuleben und sie es immer verstanden hat, die Freuden dieses Lebens vermöge jenes „Armenzucht“ in ausgiebigem Maße sich zu Gemüte zu führen. Darüber aber kann kein Zweifel herrschen, daß die weltliche Gewalt in dringenden Fällen befugt und berechtigt war, auf dieses Kirchengut gerade seines principielle öffentlichen Charakters wegen zurückzugreifen, wie denn von diesem Recht gerade die „heiligsten“ Könige, wie Heinrich II, Karl Martell, Ludwig von Frankreich und andre auf die umfangreichste Weise

Gebrauch gemacht haben. Daß aber am Schluß des 18. Jahrhunderts die feudalistische Gebundenheit des Grundbesitzes den Produktions- und damit den Existenzbedürfnissen der Gesellschaft nicht mehr entsprach, daß aus Rücksicht auf die Ernährung aller eine Umwandlung im öffentlichen Interesse geboten war, wird heute von niemand mehr bestritten. Dabei lassen wir es wie gesagt, unerörtert, inwiefern in Preußen nach diesem allgemeinen Grundsatz verfahren worden ist.

Wenn nun auch die für die katholische Geistlichkeit in Preußen ausgeworfene Besoldung bei weitem nicht die beanspruchten 30 Millionen erreicht, so läßt sich doch nichts anderes sagen, als daß zumal die höheren Stellen des Klerus ihr Amt der geistlichen Armut auf Grund recht fetter Prämien ausüben. Zumal die katholischen Proletarier, die man in Köln wie auf den andern Katholikentagen mit so viel freundlichen Worten und Tröstungen auf ein besseres Jenseits vor den Centrumsarren zu spannen gewohnt hat, werden interessiert sein, darüber einiges zu erfahren. Danach zählt Preußen den beiden Erzdiözesen von Köln und Posen, sowie dem Fürstbischöf von Breslau ein Jahresgehalt von je 12.000 Thaler, den Bischöfen von Culm, Münster, Paderborn und Trier ein solches von 8.000 Thaler, den Dompropst und Dombischofen ein solches bis zu 2.000 Thaler, den Domkapitularen ein solches bis zu 1.200 Thaler. Die Erzdiözesen und Bischöfe, die Dompropste und Dombischofen, die Domkapitulare und Dombischofen haben außerdem Anspruch auf „anständige“ Wohnungen, auf die nötigen Räume für Kanzleien, Archive, und die Erzdiözesen und Bischöfe dort, wo die Umstände es begünstigen, auf einen Sommeraufenthalt. Daneben erhalten die Bischöfe und Erzdiözesen die „erforderlichen“ Einnahmen zur Besoldung der Generalvikare und zum Unterhalt der bischöflichen beziehungsweise erzbischöflichen Behörden, Seminare und der Häuser, welche zur Versorgung dienstfähiger... wie auch zur Verbesserung kirchlicher Geistlichen eingerichtet sind.“ Daneben stehen beträchtliche Summen für die Eminent- und Dementenanstalten. So für Ermland 4.110 bzw. 4.305 M., Culm 8.445 bzw. 8.723 M., Osnabrück-Posen 10.145 bzw. 7.400 M., Münster 6.600 bzw. 4.500 M., Paderborn 9.000 bzw. 4.500 M., Köln 12.000 bzw. 8.000 M., Trier 8.964 bzw. 4.113 M. Des weiteren hat der Staat für die Ausstattung der Dompfarkeirchen zu zahlen in Ermland 5.792 M., Culm 9.436 M., Breslau 14.168 M., Paderborn 9.240 M., Köln 8.250 M. u. s. f.

Die höhere katholische Geistlichkeit wies danach auf Grund ihres früheren „Armenzucht“ vom Staate noch recht hohe und bekümmerte Bewegungen herauszuschlagen, eine Fertigkeit, in der die protestantische Geistlichkeit sie insofern übertrumpft, als diese sich ohne jede Spur von Neidstiel noch besser bezahlen läßt. Es begreift sich, weshalb man die Forderung der Trennung von Staat und Kirche so wütend belämpft. Der Satz, daß weltliche und geistliche Gewalt nach höherem Ratsschluss auf einander zugeordnet seien, hat eben eine recht materielle Unterlage. Es zeigt sich, daß die staatsbehaltende Aufgabe des Vetens namentlich in den höheren Regionen gewiß nicht zu den schlechtesten gehört.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 25. September.

Eine Weltfriedensfahne.

Der deutsche Kaiser, der die gewaltigste militärische Machtentfaltung und den Ausbau einer weltpolitischen Kriegsmarine ersten Ranges eifrig betreibt, verbindet mit diesen Rüstungsneigungen auch sanfteste Friedensliebhaberei. Nach einem Bericht der „Frankfurter Zeitung“ aus Rouen über die Verhandlungen des dortigen internationalen Friedenskongresses hat der Fürst von Monaco einen von dem Kaiser Wilhelm gezeichneten Entwurf einer Weltfriedensfahne dem Kongreß vorgelegt, welcher ein weißes Kreuz auf rotem Grunde enthält. Das ganze ist überfät mit roten und weißen Sternen. Das Wiener Friedensbureau hat diesem Entwurf zugestimmt und mit Genehmigung des Kaisers noch in die Mitte der Fahne einen großen Stern angebracht mit der Aufschrift „Pax“ (Frieden). Der ganze Entwurf sollte dem jetzigen Kongreß zur Genehmigung vorgelegt werden, findet jedoch von Seiten der englischen und besonders der amerikanischen Delegierten principielle Widerspruch und dürfte deshalb vollständig fallen gelassen werden. Von den französischen Delegierten wurde der Entwurf im allgemeinen gut geheißen. Man erblickte in dem Werk des deutschen Kaisers „ein Entgegenkommen gegen die Friedensbewegungen, welches vielleicht von praktischem politischen Wert sein könnte“.

Die hiederen Friedensschwärmer, die einst dem Manifest des russischen Zaren zujubelten, hoffen jetzt schon Großes von der Zeichnung einer Weltfriedensfahne durch den Kaiser. Sie vergessen in holdem Wahn, daß dieser Fahnenentwurf zu derselben Zeit ausgearbeitet ward wie der Entwurf zu neuen Artillerie-, Infanterie-, Kavallerie- und Marinevorlagen.

Zu gut zum Reichspostdienst.

Die Disziplinarcommission in Kassel verhandelte am Donnerstag gegen den Ober-Postpraktikanten Richard Wagner aus Hanau, der mittlerweile in die Redaktion der „Leipziger Volkszeitung“ eingetreten ist. Die Vorgesichte des Falles ist unsere Feiern in der Erinnerung. Der bisher vorliegende Bericht der „Rhein-Westf. Ztg.“ teilt über die Verhandlung folgendes mit: Die Disziplinarcommission erkennt auf Entlassung aus dem Dienst mit der Begründung, daß der Angeklagte gegen den Eid der Reichsbeamten gefehlt habe und sich der Wahrung unwürdig gemacht habe, die der Stand der Beamten erheischt. Verlangte der Dienst auch keine slavische Untertänigkeit und Hingabe von den Beamten, so erheische er doch Treue und Gehorsam. Dagegen habe sich Wagner

durch seine Handlungsweise stark vergangen. In der Verhandlung wurde festgestellt, daß Wagner zwei socialdemokratische Tendenzen atmende Schriften, ein Epos „Das Evangelium der Berachtung“ und eine Profaschrift „Reiter und Wille“ verfaßt und herausgegeben und in einer Wählerversammlung in Hanau gelegentlich der letzten Reichstagswahl ein Hoch auf die revolutionäre socialdemokratische Partei ausgebracht habe mit dem Zusatz, daß das Bürgertum morsch sei. Wagner, der sich geschickt verteidigte, belamte sich als Socialdemokrat par excellenc, der er auf dem Gymnasium gewesen sei, ebenso wie er auch seit seinen Schuljahren Atheist gewesen sei. Seine Pflichten als Beamter habe er nicht verletzt, da er es wohl mit einander vereinbar halte, ohne an Wahrung zu verlieren, Postbeamter und zugleich Socialdemokrat zu sein. Ein Antrag Wagners, ihm bei seiner Entlassung wenigstens einen Teil der gesetzlichen Pension zuzuerkennen, da er 14 Jahre seines Lebens dem Postdienst geopfert habe, wurde abgelehnt.“

Durchsicht im Gefängnis.

Die „Hannoversche Korrespondenz“ wendet sich nochmals gegen die Versuche, die standalösen Begünstigungen, die Prinz-Würder Arendt im Gefängnis zu Hannover sich zu verschaffen wußte, zu bestrafen; die „Korrespondenz“ führt aus: Es ist erwiesen, daß der Prinz A. nicht einen einzigen Tag während seines Aufenthalts im hiesigen Gefängnis die für Strafgefangene bestimmte Kost genossen hat. Er hat stets die Krankenkost, die in größeren Quantitäten Hackfleisch, Milch und Eiern bestand, verabreicht erhalten. Er hat einen sogenannten Kalkfalter zu seiner persönlichen Bedienung gehabt und hat mit diesem und dem damaligen Strafgefangenen Rechtsanwalt Kirchhoff aus Celle an den Abenden Karten gespielt und Bier getrunken. Ihm ist eine ehrerbietige Behandlung zu teil geworden und ist ihm eine freie Bewegung, allerdings nur innerhalb der Gefängnisanstalt, gestattet, die den Begriff Gefängnis mißwendend erheblich abschwächt. Schließlich ist aber in dem Disziplinarverfahren auch festgestellt, daß der Prinz in seiner oder einer andern Zelle oder einem Raum zu verschiedenen Malen mit einer Dame gesehen ist. Die Dame ist als Frau Aufseher so und so bezeichnet. Die näheren Umstände mit diesen Frauenbeziehungen haben in dem Verfahren bislang nicht aufgeklärt werden können. Eine Aufzählung der übrigen dem Prinzen gewährten Begünstigungen erübrigt sich, denn sie bewegen sich hauptsächlich im Rahmen derjenigen Erleichterungen einer größeren Anstalt, die immer wieder vorkommen. Die Verhandlung der Disziplinarcommission in Celle war lediglich eine Art Aufklärungsverhandlung, in der die Angeklagten eine Redenrolle spielten. Ob die in Frage kommenden Gefängnisbeamten aus sich selbst pflichtwidrig handelten, oder auf Anordnung, oder unter dem Druck von Vorgesetzten, wird in einem andern Disziplinarverfahren zur Feststellung gelangen, abgeschlossen sind die Verfahren mit der Verhandlung am Montag noch lange nicht. Die Strafverfahren werden geordnet geführt, ihnen liegen auch nicht die kleineren Dienstwidrigkeiten, sondern Vergehen im Amte zu Grunde. Der Prinz A. hat da, wo seine persönliche Macht nicht ausreichte, mit Befugung die Erreichung von Vorteilen zu erlangen versucht und auch erlangt. Ein Hilfsbeamter soll durch einen Dritten für die dem Prinzen geleisteten Dienste im Gefängnis 600 Thaler ausbezahlt erhalten, mehrere andre die gleiche Summe versprochen erhalten haben.

Die Veränderung in der Geschäftsleitung der Firma Karl Zeiß ist den Geschäftsangehörigen am Donnerstagnachmittag durch einen Anschlag folgenden Wortlauts bekannt gegeben worden:

Der Senior der Geschäftsleitung der Firma Karl Zeiß und Bevollmächtigte der Karl Zeiß-Stiftung, Herr Professor A. H. b. e., hat nunmehr eine schon seit Jahren gehegte Absicht verwirklicht, sich von der Teilnahme an den ihm aus dieser Stellung erwachsenden Pflichten zu rü d z u g e h e n und sich in der Folge auf die Mitarbeit an wissenschaftlichen und technischen Aufgaben zu beschränken. Schon mit dem 1. April d. J. ist dieser Beschluß thatsächlich vor sich gegangen. Herr Professor A. H. b. e. hatte begreiflicherweise den Wunsch, die Beweggründe seiner Entschließung selbst in einem Abschiedswort an seine Mitarbeiter darzulegen. Durch seine Erkrankung im vorigen Winter wurde dieses Vorhaben leider vereitelt, und wenn auch neuerdings das Befinden sich merklich gebessert hat, so verbietet der Gesundheitszustand doch noch auf längere Zeit jede gemüthliche wie geistige Anstrengung. Der Unterzeichnete folgt daher dem wiederholten Wunsch Professor A. H. b. e. s., indem er von der geschätzten Anerkennung der Mitarbeiter der Firma Kenntnis giebt. Die Verwaltung der Karl Zeiß-Stiftung hat gemäß § 9 des Statuts den Unterzeichneten an Stelle von Professor A. H. b. e. zu ihrem Bevollmächtigten für die beiden Firmen Karl Zeiß und Schott u. Gen. ernannt und das Vorstandsmitglied Max Fischer zu ihrem stellvertretenden Bevollmächtigten bei der Firma Karl Zeiß. Der wissenschaftliche Mitarbeiter Professor Dr. Rudolf Straubel ist gemäß § 25 des Statuts in die Geschäftsleitung der Firma Karl Zeiß berufen worden. Diese besteht daher nunmehr aus folgenden Personen: Dr. Siegfried Czapski, Max Fischer, Dr. Otto Schott, Prof. Dr. Rudolf Straubel. Wir alle sind durchdrungen von dem festen Wunsch und Willen, den uns erteilten Auftrag im Sinne und Geiste des Gründers der Karl Zeiß-Stiftung zu erfüllen. Wir hoffen, bei unsren auf das gemeinsame Wohl gerichteten Bestrebungen der freudigen Mitarbeit aller Geschäftsangehörigen — je nach den Fähigkeiten und der Arbeitsstellung eines jeden — gewiß sein zu dürfen. Jena, den 24. September 1903. J. A. Dr. S. Czapski.

Die Ersurter Kaiserparade und ihre Folgen. Die Bürgermeister von Linderbach und Wamundorf, der beiden dem Paradenfeld zunächst gelegenen Dörfern, haben gegenwärtig viel zu thun mit der Ausrüstung von Strafmandanten. Die Gendarmen, welche damit beauftragt waren, Kurbschädigungen zu verhindern, scheinen eben recht pflichtgemäß ihres Amtes gewaltet zu haben, indem sie jeden, der einen Aker betrat, aufnotierten. Am pflichteifrigsten ist der Gendarm von Wieselbach gewesen, dem er hat ca. 80 Anzeigen erstattet. Von nah und fern werden die Reuzerigen mit Strafmandanten beobachtet zum Andenken an diesen „herrlichsten Tag“ ihres Lebens. 1-3 M. ist der „ortsübliche Satz“, der geleistet werden muß. Einige Obstpächter haben den Spieß umgedreht und verlangen von der zuständigen Behörde eine Entschädigung von 150 M., weil ihnen wäh-

rend der Einquartierungszeit die Zweifeln von den Bürgern abgeschlagen wurden und sie deswegen D b s h i e r anstellen mußten. —

Auf den Hund gekommen. Aus der Pfalz wird uns geschrieben: In Neustadt, der Residenz der pfälzischen Pfälzgrafen, fand am Donnerstag (24. September) die Erziehung zum bayerischen Landtage für das durch den Tod des nationalliberalen Abgeordneten Brühns, eines der Führer der pfälzischen Nationalliberalen, frei gewordene Mandat statt. Gewählt wurde der nationalliberale Rechtsanwalt Mahla aus Landau. Von dem Gewählten weiß man nicht mehr, als daß er der Sohn seines Vaters, des nationalliberalen Bürgermeisters und Hofrats Mahla in Landau ist, der über einen schönen Haufen Acker und Wiesen, die er an Kleinbauern verpachtet hat, verfügt, weshalb er von den nationalliberalen Wählern als Großgrundbesitzer bezeichnet wird. Das gleiche Schicksal teilt sein Sohn, der eben zum „Vollvertreter“ gewählte Rechtsanwalt, für den in der nationalliberalen Presse als „landwirtschaftlicher Sachverständiger“ eine widerliche Bekanntheit betrieben wurde. Seine Wahl erfolgte mit 147 Stimmen gegen 91, die auf die Kandidaten des Centrums, des Bundes und der Socialdemokratie entfielen.

Die auffällige Erscheinung dieser Wahl ist der Niedergang des Bundes der Landwirte. Die Landtags-Erziehung fanden hiesig mit dem alten Wahlmänner-Kollegium statt. 1890 fanden die allgemeinen Wahlen noch eine geschlossene Organisation des Bundes vor und nach dem großen Geschehniß, das er bei seiner Agitation machte, glaubte man damals noch allgemein an seine Macht. Inzwischen rafften sich die Nationalliberalen auf und traten mehr und mehr feindselig gegen den Bund auf; der Druck wuchs und da sich die einheimischen Nationalliberalen als ebenso wütende Agrarier gebendeten als die ostelbischen Eindringlinge, so fiel es ihnen leicht, diesen die Bauern wieder abzufangen. Bei den notwendig gewordenen Erziehungswahlen von Wahlmännern legten die liberalen Kandidaten auf der ganzen Linie und bei der Wahl fielen auf den Bundeskandidaten Abrecht — der auch schon bei den allgemeinen Reichstagswahlen im ersten pfälzischen Wahlkreise kandidierte und durchfiel —, ganze 24 Stimmen. Das war weniger als nichts nach dem großen Spektakel der letzten Jahre. Der Bund hat in der Pfalz abgewirtschaftet; er ist nicht einmal mehr im Stande einen Hund hinter den Ofen hervorzuholen, geschweige denn ein Mandat aus eigener Kraft zu holen. —

Prinz Heinrichs XXXI. von Neuchâssion's Abreise aus Kopenhagen. Am Sonnabend, den 19. d. M., verließ die deutsche Gesandtschaft in Kopenhagen durch „Rigau's Bureau“ die Mitteilung, daß der deutsche chargé d'affaires (Geschäftsträger) Prinz Heinrich XXXI. mit Urlaub Kopenhagen verlassen habe, um der Verdingung seiner Mutter in Jülich im Harz beizuwohnen. An seiner Stelle wurde vom deutschen Staatssekretariat des Reichs der Legationssekretär Diego von Bergen eintrifft. Es ist dies das zweite Mal, daß der Prinz in den drei Viertel Jahren, die er in Kopenhagen angelehnt war, die Stadt verläßt, und es ist sonderbar, daß diesmal sofort ein Stellvertreter ernannt wurde, was sonst in dergleichen Fällen nicht üblich ist. Als er das erste Mal Urlaub erhielt, es war in diesem Frühjahr, hatte „Socialdemokrat“ kurz zuvor eine Begebenheit an die Öffentlichkeit gebracht, die peinliches Aufsehen erregte. Ein Kopenhagener Tischlergeselle Namens Asmann hatte eine Forderung von ca. 70 Kronen für Tischlerarbeit an Heinrich XXXI. gestellt, die dieser nicht anerkennt wollte. In Dänemark konnte Asmann die Forderung wegen der Stellung des Prinzen als Legationssekretär nicht einbringen und den Vorschlag, die Sache durch Schiedsrichter zu regeln, lehnte der Prinz ab. Das Staatssekretariat des Reichs gab dem Tischler anheim, seine Forderung in Neuchâssion einzulagen, was für den unbemittelten Tischlergesellen gleichbedeutend mit einer Verzichtsleistung ist. — Der erste Urlaub des Prinzen dauerte drei Monate; dann kam der XXXI. Heinrich wieder Erbpater wieder nach Kopenhagen. Ob er jetzt für immer seinen Posten verlassen hat, bleibt abzuwarten. —

Durchstreicherei in bayerischen Proviandämtern.

München, 23. September. Die Strafkammer des Landgerichts München I verhandelte heute über die Verurteilung gegen ein schuldengerichtliches Urteil vom 21. Juli d. J., durch das der Centrumsabgeordnete Dr. Heim mit einer Geldstrafe von 10 Mark belegt wurde. Heim soll sich dadurch einer Beamtenbeleidigung schuldig gemacht haben, daß er am 27. Juli 1899 in einer Generalversammlung des Landesverbandes landwirtschaftlicher Darlehnskassenvereine bei der von einem Bauer vorgebrachten Beschwerde über die von verschiedenen Proviandämtern, besonders dem in München, zu Ungunsten der Bauern betriebliche Bevorzugung der Händler die Zwischenbemerkung „Kollender Rubel“ machte.

In der heutigen Verhandlung wiederholten die von Dr. Heim aufgegebenen Zeugen im allgemeinen ihre einen Teil der bayerischen Proviandbeamten schwer belästigenden Aussagen, die sie schon vor dem Schöffengericht gemacht hatten. Es wurde wiederholt festgestellt, daß bis weit in die neunziger Jahre hinein (der Beklagte hatte nur vierjährige Fälle als Beweismittel herangezogen) die Bauern den Aufsehern und Wagmeistern im Proviandamt München regelmäßig Trinkgelder gegeben haben. Mitunter erreichten diese Trinkgelder die Höhe von 6—7 M., was ein bauerlicher Zeuge durch die Worte zu erklären suchte: „Manchmal ham ma scho a schlechts Heu g'habt und da ham ma halt mehr Trinkgeld g'n.“

Neues Material brachten die Aussagen des Oekonomen Bäumer von Mitteldorf bei Neustadt a. S. R. Er ist Vorstand des Darlehnskassenvereins Eppencruth und erklärte, sein Vorgänger Sparrer sei aus seiner Stellung entsetzt worden, weil die Rechnungen immer nicht recht stimmten. St. habe sich darauf hinausgeredet, daß er die Beamten der Proviandämter (es scheint sich dabei hauptsächlich um Nürnberg zu handeln) schmierigen müsse, damit er die Produkte glatt verkaufen könne; er habe deshalb an verschiedene Beamte Hasen, Eier und „Schinken“ geschickt. Der Zeuge Bäumer hat selbst einige Briefe gelesen, in denen sich die Frauen der Beamten für die gesandten Gaben bedanken. Die Gründe für Sparrers Entfernung von seinem Posten seien dem Kriegsministerium mitgeteilt worden, trotzdem sei der Mann später wieder beim Proviandamt Ingolstadt zur Vierung zugelassen worden.

Der Bürgermeister Gill von Baldershausen ist Rechnung des dortigen Darlehnskassenvereins und wurde vor mehreren Jahren von einem zur Uebernahme der angekauften landwirtschaftlichen Produkte bestellten Beamten um 250 M. angepumpt und hat das Geld heute noch nicht zurück bekommen.

Das Gericht fällt ein freisprechendes Urteil. Dem Angeklagten sei nicht nachgewiesen worden, daß er mit seiner Bemerkung „Kollender Rubel“ einen bestimmten, von dem bauerlichen Diskussionsredner mit erwähnten Fall, für den eine Befehung nicht nachzuweisen war, meinte. Außerdem wurde ihm die Wohlthat des § 193 zugebilligt, da er in Wahrnehmung berechtigter Interessen handelte.

Der Ausgang dieses Prozesses bedeutet eine neue Blamage für das bayerische Kriegsministerium, das bei derartigen Klagen bisher noch immer sehr schlecht abgeschnitten hat. Da nunmehr der Staat die Kosten der ganzen Affäre zu tragen hat, so wird sich wohl in der Landtage noch Gelegenheit geben, über solche Verwendung von Steuergeldern einige Worte zu reden. Bei der Verhandlung stellte sich nämlich heraus, daß der Staatsanwalt ursprünglich den Akt an das Kriegsministerium mit dem Akt zurückgegeben hatte, man möge die Klage mit Rücksicht auf die geringen Ausfichten auf Erfolg lieber zurücknehmen. Die Kriegsverwaltung aber verpörrte den unbefriedigten Drang, sich wieder einmal zu blamieren, und das ist nur allerdings auch in Erfüllung gegangen. —

Husland.

Die Balkanwägen.

Konstantinopel, 24. September. Konsular-Depeschen aus Neuchâssion besagen, daß im Bezirk Monastir im Defile Kalain ein größerer Vandalenkampf stattgefunden habe, wobei 78 Komitatshis

getötet und 8 gefangen worden seien. Ferner wurden 14 Mannlicher-Gewehre und 4 Bomben, 2 Tragtierladungen Dynamit und elektrische Apparate erbeutet. Auf Seiten der Truppen sollen 4 Mann getötet, 1 Offizier und 10 Mann verwundet sein.

Nach türkischen Berichten aus Monastir wurden in Presbej zwei Führer mit 20 Komitatshis getötet, 8 Komitatshis verwundet, in Nikalar, Distrikt Perlepe, 8 Komitatshis gefangen, in Granosch, Distrikt Astoria, 3 Komitatshis getötet, 4 verwundet; in Resen wurden 18 Komitatshis verhaftet, im Kreise Florina haben sich 42 Komitatshis ergeben.

Aus Sofia meldet die „Frankf. Ztg.“: Der neueste türkische Reformversuch scheint auf Sand geraten zu sein, die Lage hat sich mit dem gestrigen Tage bedeutend zugespitzt. Der Sultan hat zwar die von der hiesigen Regierung gestellte Forderung eingehalten und der türkische Vertreter hat dem Ministerpräsidenten mitgeteilt, daß durch ein kaiserliches Erbe eine Reformkommission ins Leben gerufen werden soll, aber man weiß nichts über die Zusammensetzung dieser Kommission, welche aus Gegnern der Bulgaren zusammengesetzt sein dürfte. Da aber außerdem die Vorbedingung für die Thätigkeit der Kommission die Einstellung der türkischen Mobilmachung an der bulgarischen Grenze sein müßte, während die Türkei neue Streitkräfte gegen Südbulgarien vorzieht, so erklärte Ministerpräsident Petrow dem türkischen Vertreter, daß er sich bei einer solchen Sachlage auf weitere Verhandlungen über die Reorganisationspläne nicht einlassen könne, obwohl die Anregung zu denselben im Interesse der Erhaltung des Friedens von Bulgarien ausgegangen sei. —

Oestreich-Ungarn.

Wien, 25. September. Abgeordnetenhause. Die Abgeordneten Tre und Eder schloßen sich als Antragsteller der gestern verhandelten Dringlichkeitsanträge dem Dringlichkeitsantrag Placzel an, der die bedingungslose Entlassung der Drittlägerigen am 30. September verlangt. Bei der hierauf folgenden Abstimmung wird dem Antrag Placzel die Dringlichkeit mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit zuerkannt. In der sodann begonnenen Erörterung des Antrages erregt als erster Redner Dazynski das Wort.

Daszinski (Soc.) wendet sich in längerer Rede gegen die Regierungsthatigkeit des Ministerpräsidenten Dr. von Koerber und meidet einen socialdemokratischen Dringlichkeitsantrag an betreffend Einbeziehung der zweijährigen Einweidienstpflicht und achtjährigen Reservendienstpflicht in Gesezesform als Zusatzantrag zu dem zur Verhandlung stehenden Dringlichkeitsantrag. Abgeordneter Stene beantragt als Zusatzantrag zum Dringlichkeitsantrag Placzel einen Gesezesentwurf, wonach die Regierung zur Einreichung von 50 200 Mann des Ende Februar bewilligten Rekrutenkontingents ermächtigt werden soll; die Verwirklichung der Einreichung des erhöhten Rekrutenkontingents soll der Gesezgebung vorbehalten bleiben. Ueber die sirmische und ländliche Stimmungen hervorgerufenen Erklärung des Präsidenten entspinnt sich eine längere erregte Gesezgebungs-Debatte, während welcher mehrere Redner verschiedener Parteien entschieden gegen die Auffassung des Präsidenten Einspruch erheben. Die Kärntner, während welcher der geschäftsradikale Abgeordnete Fressl auf einer Signalpfeife pfeift, wofür er einen Ordnungsruf erhält, wiederholen sich, da der Präsident auf seinem Standpunkt verharret und dem nächsten in der Debatte über den Dringlichkeitsantrag Placzel vorgemerkten Redner Abgeordneten Schüller das Wort erteilt. Schließlich ziehen die Abgeordneten Stene und Dazynski ihre Zusatzanträge zurück, worauf nach fortwährendem Protest von Rednern verschiedener Parteirichtung gegen den Standpunkt des Präsidenten die Debatte über den Dringlichkeitsantrag Placzel selbst fortgesetzt wird. Der Generalredner Wolf erklärt, das Heil Oestreichs liege in einer Zerstreuung von Ungarn und Jollianien mit dem Deutschen Reich und verlangte Vorbereitungen in dieser Richtung. Generalredner Forst führt aus, der jugoslawische Dringlichkeitsantrag bezwecke die parlamentarische Erledigung der Regierungsvorlage zu verhindern und einen Erfolg des Kabinetts Koerber zu vereiteln, gleichzeitig aber die Verurteilung der Drittlägerigen bedingungslos zu ermöglichen. Die Verhandlung wird sodann abgebrochen und nach Vornahme von Ausschuss-Erziehungswahlen die Sitzung geschlossen. Nächste Sitzung morgen.

Wien, 25. September. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde der Dringlichkeitsantrag der Jungezechen in Angelegenheit des Rekrutenkontingents mit großer Mehrheit angenommen. Hierdurch entfällt die gefürchtete Obstruktion der Jungezechen. —

Dänemark.

„Socialdemokraten“ angeklagt wegen Gotteslästerung. Unserm Parteigenossen Naimann P. Knudsen, der im August als Redakteur von „Socialdemokraten“ zeichnete, wurde am 23. d. M. mitgeteilt, daß auf Order des Justizministers Albrecht wegen eines am 7. August unter dem Titel „Himmelsbrief“ erschienenen Artikels Anklage gegen ihn als verantwortlicher Redakteur der betreffenden Nummer von „Socialdemokraten“ erhoben wurde. Der Artikel, wurde ihm gesagt, verleihe den § 156 des Strafgesetzbuchs, welcher denjenigen mit nicht unter einem Monat Gefängnis, oder unter besonders milden Umständen mit Geldstrafe bedroht, der seinen Spott treibt mit einer im Lande bestehenden Glaubenslehre oder Gottesverehrung, oder diese Dinge verhöhnt. Dieses Vorgehen des liberalen Justizministers muß das größte Staunen erwecken. Unter seinen konservativen Vorgängern sind in der dänischen Literatur und in Zeitungen Anklagen erschienen, die weit eher Veranlassung zur Anklage auf Grund jenes Artikels gegeben hätten, ohne daß eine Anklage erfolgte. Es scheint, daß das liberale Regime auch auf diesem Gebiete bahndrechend für die Reaktion wirken will. —

Frankreich.

Zur Mahregung des Vice-Admirals Maréchal. Gegenüber der Mitteilung, Präsident Loubet habe die Mahregung des Vice-Admirals Maréchal nicht gebilligt, ist der „Matin“ zu der Erklärung ermächtigt, daß Präsident Loubet in dem betreffenden Ministeracte als erster die Ansicht geäußert habe, daß der Brief Maréchal's ein Vergehen gegen die Disziplin bedeute, welches geahndet werden müßte. Uebrigens veröffentlicht das „Journal officiel“ heute morgen das bereits vorgestern unterzeichnete Dekret über die Nichtaktivierung des Vice-Admirals Maréchal. Der konservative Deputierte Reille kündigt eine Interpellation an über die Gründe, welche den Minister Pelletan zur Mahregung Maréchal's veranlaßt haben. —

Italien.

Der Prozeß Palizzola hat am 22. d. M. in neuer Auflage vor dem Schwurgericht zu Florenz begonnen. Von der Anklagebehörde sind 181 Zeugen geladen, während die Verteidigung 175 Entlastungszeugen stellt. —

England.

Das riehnhafte Anwachsen der englischen Zoll- und Steuer-einkünfte ist aus einem vorgestern erschienenen vergleichenden Bericht des Schatzamts ersichtlich. Im Rechnungsjahre 1893/94 erbrachten alle Steuern und Zölle nach Abzug der Erhebungskosten 1 652 861 800 M. Dann gingen die Ziffern sprunghaft in die Höhe, bis sie im Rechnungsjahre 1902/3 auf 2 790 848 040 M. stiegen. Die Abgaben auf Getreide und Mehl erbrachten in dem am 31. März dieses Jahres abgelaufenen Finanzjahr 47 598 500 M. Der viel-erörtere Aufschußzoll auf Coals und Kohle, der noch in Kraft ist, ergab 39 833 340 M. Für die Erträge der Einkommensteuer bei dem höchsten Steuersatz von 1 Schilling 3 Pence auf das Pfund Sterling sind endgültige Ziffern noch nicht erschienen, man schätzt die Summe auf 778 196 920 M. Die Einkommensteuer ist für das laufende Rechnungsjahr wieder auf 11 Pence für das Pfund Sterling herabgesetzt worden. Weitere Hauptposten der Einkünfte bildeten: Tabak 249 029 460 M.; Thee, Kaffee, Cacao und Cichorie 128 731 290 M.; Spirituosen 94 683 080 M.; Zucker, Glucose und Süßigkeiten 89 163 160 M.; Wein 30 477 120 M. Die inländischen Steuern auf Licenzen und die Accise erbrachten insgesamt 788 484 000 M. Die Erbschaftsteuer auf Hinterlassenschaften im Werte von 3 511 600 000 M. ergab eine

Roheinnahme von 278 808 020 M. Der Ertrag der Stempelsteuer belief sich auf 164 372 040 M. Die Post hatte einen Ueberschuß von 82 073 540 M., während die Telegraphen einen Fehlbetrag von 10 061 660 M. aufwiesen. —

Serbien.

Ein Deputierter erschossen. Der neugewählte selbständig-radikale Deputierte Marjan Belkovich ist im Dorfe Strelac von unbekannten Personen erschossen worden. Seine Angehörigen erklären, es handle sich um einen persönlichen Racheakt. —

Landtagswahl.

Zu den Wahlvorbereitungen in Berlin. Der Magistrat hat, wie die „Freif. Ztg.“ wissen will, beschloßen, bezüglich der Landtagswahlen den Beginn der Wahl nicht vor 2 Uhr anzuberäumen, damit die 2. Klasse um 5 Uhr und die 1. Klasse um 6 Uhr die Wahl beginnen kann.

Die Urwählerlisten für Berlin werden, wie ein Magistrats-Berichterstatter mitteilt, voraussichtlich Mitte Oktober auf drei Tage öffentlich ausgelegt werden, und einige Tage später die Abteilungs-Wählerlisten. Einsprüche finden nur Berücksichtigung, wenn sie während der Zeit der Auslegung beim Magistrat eingereicht werden.

Freiwilligkeits.

Im Wahlkreise Teltow-Beeslow-Storkow haben die von uns bereits mitgeteilten Zwistigkeiten zwischen den Liberalen des Kreises und der Berliner Parteileitung zum vollständigen Bruch geführt. Am Donnerstagabend fand eine zahlreich besuchte Versammlung der freiwilligen Vertrauensmänner aus allen Teilen des Wahlkreises statt. Herr Dr. Bernstein eröffnete als Vorsitzender des Wahlvereins die Versammlung, legte seine Ansichten über das Vorgehen der Parteileitung der Volkspartei gegenüber dem Vorstande des Wahlvereins und den Vertrauensmännern der Partei im Wahlkreise dar und verwahrte sich ganz energisch gegen die Angriffe, welche die „Freiwillige Zeitung“ gegen seine Person gerichtet hat. Dann legte Dr. Bernstein den Vorschlag nieder mit der Erklärung, er werde ein Mandat für den Kreis unter keinen Umständen annehmen. Die alsdann unter dem Vorsitz des Herrn Dr. Goldfeld-Schöneberg weitergeführten Verhandlungen ergaben, daß eine tiefe Kluft zwischen der Berliner Parteileitung einerseits und den sämtlichen Vertrauensmännern und freiwilligen Wahlkreisorganisationen andererseits durch das Vorgehen der Parteileitung geschaffen ist. Diese Sachlage kam auch in einer sehr scharf gefaßten Resolution zum Ausdruck, die das Vorgehen der Parteileitung als eine „unerhörte Mißachtung“ der Organisation des Wahlkreises bezeichnet und die Parteileitung für alle der Partei aus ihrem Vorgehen erwachsenden Schäden verantwortlich macht. Ein nochmals mit allen gegen zwei Stimmen an Herrn Dr. Bernstein gerichteter Ersuchen, seine Kandidatur aufrecht zu erhalten, wurde von ihm wiederum abgelehnt. In den weiteren Verhandlungen kam zum Ausdruck, daß der Wahlverein des Kreises, der allein berechtigt war, mit anderen Parteien zu verhandeln, in eine Verhandlung mit den Nationalliberalen überhaupt nicht eingetreten ist. Die Parteileitung habe kein Recht gehabt, sich einige Personen auszusuchen, sondern sie hätte, wenn sie mit den Nationalliberalen verhandeln wollte, den Vorstand des Wahlvereins, der allein dazu legitimiert war, dazu einladen müssen. Da dies nicht geschehen sei, erklärt die Versammlung, den Beschluß vom März d. J. (Nominierung der Herren Dr. Bernstein und Juliusrat Reinbacher als Kandidaten der freiwilligen Volkspartei) aufrecht zu erhalten.

Die „Berliner Zeitung“ bemerkt in einer Betrachtung zu diesem Punkt: „Einige der Anwesenden erklärten, daß sie der freiwilligen Volkspartei von diesem Tage an nicht mehr angehören wollten und bei vielen dürfte sich ein ähnlicher Entschluß noch zeitigen. Die glanzvolle Organisation des Wahlkreises ist nunmehr zerfallen, damit der perfiden Taktik der Parteileitung. Dreimal hatte man die Parteileitung zu einer Besprechung der Angelegenheit eingeladen, aber diese ihrerseits hatte darauf keine andere Antwort als Beschimpfungen der Organisation und des Kandidaten in ihrem Blätchen. . . . Eugen Richter und die Seinen haben gesiegt. Sie haben so geflegt wie in allen Wahlkreisen, die dem entschiedenen Liberalismus verlorene gegangen sind. Tüchtige Leute vor den Kopf zu stoßen und sich mit proziger Grobmannschaft als Rionswächter des Liberalismus und Vormund der Parteigenossen aufzuspielen, ist wahrhaftig keine Kunst.“

In Teltow-Beeslow-Storkow-Charlottenburg aber befindet eine geschlossene Vertrauensmänner-Organisation von Mitgliedern, deren jedes einzelne sich an politische Einsicht mit jedem Mitgliede der Parteileitung messen kann. Solchen Männern darf man nicht so entgegen treten, wie es die Parteileitung in anderen Kreisen sich zu erlauben gewohnt ist. Daher ist es in Teltow-Beeslow-Storkow-Charlottenburg zur Katastrophe gekommen. In anderen Wahlkreisen hat die Parteileitung noch jahrelang mit ihren „unentwegten“ Kullern fortgewirrt. Was dabei herausgekommen ist, hat sich dann später stets bei den Wahlen ergeben.“

Los von den Konservativen! — diesen Schlußsatz erhebt die „Nationalliberale Korrespondenz“. Das Organ der nationalliberalen Partei ruft den Liberalismus auf, sich bei der bevorstehenden Wahl „den ihm gebührenden Einfluß auf unser politisches und staatliches Leben zurückzuerobern“. Viel stehe auf dem Spiele, ein abermaliger Sieg der liberal-konservativen Mehrheit würde Preußen auf unabsehbare Zeit der Rückständigkeit und dem Rückschritt ausliefern. Die „Kat.-Ztg.“ weiß auch bereits einen Erfolg solch tapfer löblichen Anstrebens mitzutheilen; in Elberfeld haben die Nationalliberalen abgelehnt, wieder, wie seit 18 Jahren, mit den Konservativen zusammen zu gehen, zu welchem Entschluß vielleicht beitrug, daß der Kandidat der Freikonservativen in jenem Kreise der bisherige Abgeordnete Beherhusch ist, den wir als einzigen Förderer der Gleichberechtigung anerkennen. Ob der nationalliberale Schlußsatz sonst noch einige Wirkungen haben wird?

Kaiserinsel-Prozeß.

Das „Kaiserinsel-Prozeß“ beschäftigt heute die dritte Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichts-Direktors Leuschner. Unter der Anklage der Majestätsbeleidigung und des großen Unfugs stand der Redakteur des „Vorwärts“, Karl Leid, unter der Anklage der Beleidigung durch die Presse der Redakteur Julius Saliski vor der genannten Strafkammer. Die Anklage vertrat Oberstaatsanwalt Dr. Zsenbichl, die Angeklagten wurden von den Rechtsanwaltschaften Lieblucht, Haase-Königsberg und Max Lehn verteidigt. Es handelt sich um den auffehrerregenden Artikel, den der „Vorwärts“ in seiner Nr. 190 vom 18. August unter der Ueberschrift „Die Kaiserinsel“ veröffentlicht hatte, und mehrere andre Artikel, die der „Vorwärts“ im Anschluß hieran auf Grund der daran sich knüpfenden heftigen Zeitungsfische hatte erscheinen lassen. In dem Artikel wurde gesagt, daß in Hoffreien höchst sonderbare Pläne erörtert werden. Die große Döberitzer Heerstraße, deren Zweck nicht recht erkennbar gewesen sei, würde ihre eigentliche Bestimmung in einem Prozeß erhalten, das auf gewisse, ebenso unbegründete wie düstere Stimmungen schließen lasse. Der Plan gehe dahin, auf der Insel Babelsberg ein Familienschloß des Kaisers zu errichten, das der kaiserlichen Familie zum künftigen Aufenthalt dienen solle. Die ganze Insel solle in den Besitz der Krone übergeführt und dann streng von der Außenwelt abgeschlossen werden. Durch die Döberitzer Heerstraße könnten dann in kürzester Zeit Truppen um die Insel konzentriert werden. Auch sei eine besondere Art der Aushebung der Garbetruppen geplant und eine besondere Anwendung des Entschuldigungsrechts solle zur Durchführung des Planes dienen. Man gehe weiter mit dem Gedanken, um die Insel, den Heertruppen-Bezirk und die Spandauer Staatsverhältnisse zu einem besonderen Verwaltungsbezirk und Reichstags-Wahlkreis zu vereinigen, in dem

nur noch Angestellte des Kaisers wohnen dürfen. Man zerbreche sich am Hofe über die Zukunft der Monarchie den Kopf, daß man aber bei Hofe gesellig und ohne jeden Anlaß derartige Auftragsphantasien verbreite und den Thron nur noch auf einer militärisch geschützten Insel für gesichert halte, zeige, daß allerlei Geister thätig seien, welche ein Interesse daran haben, durch Erzeugung schwarzer Vorstellungen die Geschäfte der Reaktion und des Junkertums spekulativ zu fördern. — In Nr. 191 des „Vorwärts“ erschien dann ein zweiter Artikel, in dem die Behauptung des ersten Artikels auf das bestimmteste aufrecht erhalten und hinzugefügt war, daß die Pläne bereits schwarz auf weiß verfertigt seien. — Als dann in der „Nordd. Allg. Ztg.“ die ganze Erzählung als ein Märchen, eine Phantasierei und lächerliche Hundstagsgeschichte erklärt wurde, erschien in Nr. 192 des „Vorwärts“ ein dritter Artikel. Darin versicherte der „Vorwärts“ die Thatsächlichkeit der von ihm verbreiteten Pläne und erklärte, daß er Beweise für seine Behauptung besitze.

Diese Artikel, für welche der Angeklagte Leid verantwortlich ist, enthalten nach Ansicht der Anklagebehörde eine Majestätsbeleidigung. Nach der Meinung der Anklage gehe die Tendenz der Artikel dahin, den Kaiser selbst als denjenigen zu bezeichnen, der die „höchst sonderbaren Pläne“ entworfen habe und betreibe. Es werde zwar immer nur von „Hofkreisen“, „Hofleuten“, „bei Hofe thätigen Geistes“, „hohen Projekten“ usw. gesprochen, dies sei aber nur eine vornehmlich halber beliebte Verhüllung, denn die vom Verfasser gewollte Beziehung der Artikel auf den Kaiser selbst leuchte deutlich hervor. Die Artikel seien für den Kaiser beleidigend, denn es werde ihm angegedichtet, er sei aus wahrhafter Angst vor dem Aufruhr auf den Plan gekommen, zu seinem und seiner Familie Schutz nötigenfalls unter Mißachtung der Gesetze sich auf die zu einer Festung verwandelte Insel Pichelswerder zurückzuziehen und streng von der Außenwelt abzupferren, um beim Ausbruch einer Revolution mit Hilfe der Döberitzer Heerstraße in kürzester Zeit Truppen um die Insel konzentrieren zu können. Gleichzeitig erblickt die Staatsanwaltschaft in diesen Artikeln einen groben Unfug. — Als dann das „Tageblatt“ den „Vorwärts“ zur Rombastmachung seines Gewährsmannes aufforderte, erwiderte der „Vorwärts“: Das „Tageblatt“ könne alles, was es wünsche, von dem Hofmarschall v. Trotha und dem Burgenbauer des Kaisers, Restaurator der Hofkönigsburg, Bodo Ehard, erfahren. Herr Ehard erlies darauf in der „Post“ die Erklärung, daß kein wahres Wort an der ganzen Sache sei. Der „Vorwärts“ hielt seine Behauptung aufrecht und forderte Herrn Ehard auf, Klipp und klar zu erklären, daß er von dem Schloßprojekt nichts wisse, und dieser Erklärung doch gleich eine Gegenzeichnung des Hofmarschalls v. Trotha hinzuzufügen. — Darauf erfolgte in der „Nordd. Allg. Ztg.“ eine Erklärung des Herrn v. Trotha dahin, daß die ganze Behauptung „aus der Luft gegriffen“ sei. Der „Vorwärts“ erhob nunmehr gegen Herrn v. Trotha den Vorwurf der wissenschaftlichen Unwahrheit und wiederholte diesen Vorwurf in seiner Nummer 197, indem er gleichfalls den Staatsanwalt aufforderte, gegen seinen verantwortlichen Redakteur die Klage wegen Beleidigung des Herrn v. Trotha einzuleiten. Die letzteren Artikel waren von dem Angeklagten K. A. L. I. geschrieben, der nun wegen Beleidigung des Herrn v. Trotha angeklagt ist. Beide Klagen wurden miteinander verbunden. — Zur heutigen Verhandlung waren von dem Staatsanwalt nur Hofmarschall v. Trotha und Architekt Ehard geladen. Von der Verteidigung geladen waren zur Stelle: Fabrikant August Schüler aus Stuttgart, Oberstleutnant v. Derben, Abteilungsleiter im kleinen Militärkabinett, die Redakteure Kurt Eisner und Bekker vom „Vorwärts“, Stadt-Bauinspektor Högg-Charlottenburg, der Assistent beim Hofmarschallamt des Kronprinzen, Herr Sage, ferner als literarischer Sachverständiger der Redakteur der „Volksh. Zeitung“, Karl Bollath. Von der Verteidigung waren ferner der Chef des Militärkabinetts, Herr v. Hülsen-Haeseler, und der Major Ernst v. Jastrow geladen worden. Diese beiden Herren befinden sich jedoch auf Reisen, bezw. im Randover. — Vor Eintritt in die materielle Verhandlung erklärt Rechtsanwalt Liebnecht, daß er sich vorbehalten müsse, event. Vertagungsanträge zu stellen, da den Angeklagten jede Möglichkeit zu einer einigermaßen genügenden Verteidigung durch die Anklagebehörde abgeschnitten worden sei. — Oberstaatsanwalt Dr. Jsenbiel: Das sei durchaus unrichtig. Die Ladung zum Termin sei vor nahezu 14 Tagen erfolgt, die Anklage selbst sei schon viel älter, der Artikel datiere vom 16. August, die Angeklagten wußten, worum es sich handle, der „Vorwärts“ habe erklärt, daß er im Besitz der Beweise sei. Die Angeklagten waren also in der Lage, die Beweise zu erbringen, wenn sie welche hätten.

Verteidiger Rechtsanwalt Liebnecht: Dem gegenüber bemerke er: In dieser einfachen Sache, in der die Aufklärung durch ein einziges Wort hätte gegeben werden können, ist eine Anklagefrist von 54 Seiten zusammengestellt worden und der Staatsanwalt hat zu den Affen verschiedene Erklärungen wiedergelegt, während andererseits der Verteidiger die Affenmensch beschnitten worden ist. — Oberstaatsanwalt Dr. Jsenbiel: Er habe in den engsten Rahmen der Prozedurordnung sich gehalten. Sei der Verteidiger anderer Ansicht, so stehe ihm ja das Recht der Beschwerde zu. Sei der Verteidiger der Meinung, daß er, der Staatsanwalt, es an der nötigen Höflichkeit habe fehlen lassen, so könne er sich bei der Aufsichtsbehörde beschweren. Er protestiere gegen die Vorwürfe des Verteidigers; was er an Erklärungen zu den Affen gegeben, seien seine nachträglichen Erweiterungen der Anklage, die nicht zur Kenntnis der Angeklagten gebracht worden. Dies habe auch das Kammergericht anerkannt. Auch die Verteidiger haben ja gelegentlich Erklärungen zu der Sache abgegeben. — Rechtsanwalt Liebnecht: Er bestreite, daß sich der Staatsanwalt innerhalb seiner Befugnisse gehalten habe. Am 3. September sei den Angeklagten die Anklageschrift zugegangen, am 5. September schon sei der Antrag auf Verlängerung der Erklärungsfrist gestellt worden, vom 3. bis 7. September seien die Affen den Angeklagten und den Verteidigern nicht zugänglich gewesen. Der Staatsanwalt habe dem Fristverlängerungsantrage, dem man sonst im allgemeinen stattzugeben pflege, widersprochen und seinerseits in absoluter Unkenntnis der Angeklagten verschiedene Erklärungen zu den Affen abgegeben, die nicht anders darstellen, als eine ausführliche Deklaration der Anklageschrift. Das Vorgehen des Staatsanwalts sei nicht eine strikte Innehaltung der Vorschriften der Strafprozedurordnung.

Darauf werden die inkriminierten Artikel verlesen. Der Angeklagte Leid bestreitet, daß die Artikel Beziehungen zu der Person des Monarchen haben. Der Inhalt der Artikel zeige schon, daß der Kaiser gar nicht davon betroffen werden sollte, sondern die Hofkammer.

Angeklagter K. A. L. I. bestreitet die Beleidigung des Hofmarschalls v. Trotha; er sei überzeugt, daß dieser thatsächlich von dem Bestehen solcher Kaiserinsel-Pläne Kenntnis gehabt habe.

Der erste Zeuge ist Herr Ulrich v. Trotha, Hofmarschall des Kronprinzen, bis zum 1. Mai Hofmarschall des Kaisers. Er beauftragt auf Befragen: Ueber das Projekt eines Kaiserhofschloßes auf Pichelswerder oder von einem ähnlichen Projekt ist mir nicht das geringste bekannt.

Rechtsanwalt Liebnecht: Bevor der Kronprinz ein Hofmarschallamt eingeht, wird in der Kanzlei des Kaiserlichen Reglements ein Brief, welchen der Kaiser zeigte: „Militärischer Begleiter Se. Maj. Hoheit des Kronprinzen“. Ist es richtig, daß das noch vorhandene Kanzleipapier auch nachher noch vom Hofmarschallamt benutzt und nach Aufzeichnung des Wortes: „Militärischer Begleiter“ das Wort „Hofmarschallamt“ gestrichelt wurde? — Der Zeuge bejaht dies. — Verteidiger: Halten Sie es für möglich, daß mit Ihrem Namen und mit diesem Kanzleipapier Mißbrauch getrieben werden und daß es in dritte Hände gelangt konnte?

Zeuge: Ich kann darüber kein Urteil abgeben. Ich glaube es nicht, aber die Möglichkeit kann ich nicht bestreiten. — Verteidiger: Ist Ihnen irgend etwas von Plänen bekannt, die auf durchgreifende Ausrüstung der Leibgarde, Erhöhung der Löhnung der Leibgarde, Beschäftigung des Aufwartens der kaiserlichen Familie in Berlin auf das geringste Maß, Verstärkung der Detektiv-Mannschaften usw. hinauslaufen? — Zeuge: Von alledem ist mir nichts bekannt. — Verteidiger: Ich bitte, sich nicht etwa an Worte zu klammern! Es ist gleichgültig, ob es sich um Pichelswerder oder vielleicht um die Pfaueninsel, ob es sich

um das Garderegiment oder ein andres Armeebataillon handelt. — Zeuge v. Trotha: Von alledem ist mir absolut nichts bekannt. Ich habe weder darüber etwas geschriebe noch gesprochen.

Der alsdann vernommene Architekt Bodo Ehard sagt auf Befragen aus: Mir ist von einem solchen Schloßplan nichts bekannt. — Rechtsanwalt Liebnecht: Haben Sie nicht gehört, daß ein solches Projekt entworfen wurde, sind nie darauf bezügliche Gerüchte zu Ihren Ohren gebrungen? — Zeuge Ehard: Ich habe weder solche Gerüchte gehört, noch ist mir bekannt, daß eine derartige Schloßbau-Absicht dem Gedanken irgend eines Dritten entsprungen ist. — Verteidiger: Haben Sie im Mai oder Juni d. J. mit dem Hofmarschallamt korrespondiert? — Zeuge: Nein. — Verteidiger: Sie haben auch keinen Brief vom Hofmarschallamt erhalten? — Zeuge: Nein. — Rechtsanwalt Liebnecht: Erinnert sich Herr v. Trotha, daß die Nachricht durch die Zeitung ging, daß er aus dem Sommerurlaub vorgezogen zurückgekehrt sei und die Sache in einem ausführlichen Schriftsatz behandelt habe? Ständen Sie mit dieser Nachricht in irgend welcher Beziehung? — Zeuge: Nein. — Verteidiger: Sind Sie im Vorverfahren vernommen worden? — Zeuge: Nein. — Verteidiger: Der Angeklagte hatte den Antrag gestellt, ihm den Wahrheitsbeweis zu gestatten, der Staatsanwalt habe sich aber mit einfachen gelegentlichen Mitteilungen des Herrn v. Trotha begnügt. — Oberstaatsanwalt Dr. Jsenbiel: Die Staatsanwaltschaft habe von dem ihr zustehenden Rechte, Erhebungen aller Art anzustellen, Gebrauch gemacht in der Form persönlicher Unterredung mit Herrn v. Trotha. — Rechtsanwalt Liebnecht: Ist der Zeuge Herr v. Trotha von irgend einer Seite bestimmt worden, den Majestätsbeleidigungs-Prozess zu veranlassen? — Zeuge v. Trotha: Ich habe nur in meiner eignen Angelegenheit den Strafantrag gestellt.

Der nächste Zeuge ist der Fabrikant August Schüler aus Stuttgart, Inhaber einer Anstalt zur Anfertigung von Lithographien. Auf Befragen des Rechtsanwalts Liebnecht bejaht er, daß er einmal eine Zeichnung eines kaiserlichen Hofschloßes auf Pichelswerder reproduziert habe. Er mache derartige Arbeiten für die „Architektonische Rundschau“ und habe auch in diesem Falle von dem Herausgeber derselben, Herrn Kommerzienrat Engelhorn in Stuttgart, den Auftrag erhalten. Um welches Schloß es sich handle und wo es gelegen sei, wisse er nicht. — Oberstaatsanwalt Dr. Jsenbiel: Es war wohl auch Wasser in der Nähe? — Zeuge: Ja, ein See. — Rechtsanwalt Liebnecht (die im „Vorwärts“ erschienene Abbildung vorzeigend): War es ein solches? — Zeuge: Ja. — Rechtsanwalt Liebnecht: War Ihnen gesagt worden, daß bei der Reproduktion besondere Vorsicht zu walten habe und sich in dieser Beziehung besondere Maßnahmen getroffen worden? — Zeuge: Nein, durchaus nicht. Die Reproduktion ist frei und offen in dem gewöhnlichen geschäftlichen Wege hergestellt worden. — Verteidiger: Auf die Zeichnung als Titel geschrieben: „Das Kaiserhofschloß“? — Zeuge: Jawohl, diese Bezeichnung stand darauf. — Rechtsanwalt Liebnecht: Es sind auf dem Bilde auch noch die Initialen W. L. vorhanden. Wissen Sie, wer der Architekt ist? — Zeuge: Nein. — Verteidiger: Es soll der Architekt Högg sein. — Zeuge: Das weiß ich nicht. Ich habe lediglich den Auftrag zur Reproduktion der Zeichnung, die in der „Architektonischen Rundschau“ veröffentlicht werden sollte, gehabt. — Oberstaatsanwalt Dr. Jsenbiel verweist darauf, daß das Bild, welches im „Vorwärts“ abgebildet worden, mit der Bemerkung versehen worden sei: „Dies Schloß kann wohl das projektierte Schloß auf Pichelswerder sein.“ Nach seiner Ansicht könnte jenes Schloß doch auch in Jüchala oder sonstwo, anstatt in Pichelswerder liegen; das einzig Gemeinsame sei doch höchstens das Wasser.

Oberstaatsanwalt Dr. Jsenbiel: Ihm wäre von einem solchen Schloß-Projekt nichts bekannt. — Vert.: Ist Ihnen etwas von dem Plan einer durchgreifenden Ausrüstung der Leibgarde unter Erhöhung der Löhnung bekannt? — Zeuge: Nein! Wenn es der Fall wäre, würde es doch wohl dem Angeklagten bekannt sein; mir ist davon nichts bekannt. — Rechtsanwalt Liebnecht: Ist Ihnen auch nichts davon bekannt, daß im Hofkreise auf eine Einmischung des Aufwartens der kaiserlichen Familie in Berlin hingearbeitet wird? — Zeuge: Mir ist nichts davon bekannt. — Vert.: Ist Ihnen vielleicht ein ähnliches Projekt, wie das vom „Vorwärts“ als bezeichnend behauptete, bekannt? — Zeuge: Nein, mir ist nichts davon bekannt. — Rechtsanwalt Haase: Hat der Zeuge von einem Plan gehört, daß das Garderegiment nicht wehe direkt ausgehoben und durch ein Eliteregiment ersetzt werden soll? — Zeuge: Nein, auch hieron weiß ich nichts.

Assistent Sage vom Hofmarschallamt des Kronprinzen ist seit dem 1. Februar dort in der Stellung eines Kanzlisten und Journalisten. Auch ihm ist von einem solchen Schloßbau-Projekt nichts bekannt. Auf einen Vorhalt der Verteidigung erklärt der Zeuge, daß das Kanzleipapier in einem unerschlossenen Kasten aufbewahrt werde. Es sei eine Entwendung von Papier durch Unbefugte nicht unmöglich. Verdaht auf eine bestimmte Person habe er nicht. — Rechtsanwalt Liebnecht: Haben Sie auch Bogen in quadratischem Format in größerer Zahl gehabt? — Zeuge bejaht diese Frage.

Königlicher Regierungsbaumeister, Bauinspektor Högg-Charlottenburg: Ihm sei von einem solchen Schloßplane, wie ihn der „Vorwärts“ behauptet, absolut nichts bekannt. — Rechtsanwalt Liebnecht: Sind Sie der Verfasser der im „Vorwärts“ im Bilde wiedergegebenen Skizze „Das Kaiserhofschloß“? — Zeuge: Jawohl. Es handelt sich dabei lediglich um eine Studie von mir, die ich der „Architektonischen Rundschau“ zur Veröffentlichung angeboten hatte und die von dieser auch angenommen ist. — Vert.: Ist das geschehen ohne besonderen Auftrag? — Zeuge: Ohne jeden besonderen Auftrag und ohne jede Bezugnahme auf irgend welche konkreten Verhältnisse! Es handelt sich um eine Phantasie-Architektur und eine Phantasie-Landschaft. — Vert.: Es befindet sich auf dem Bilde auch noch Initialen. — Zeuge: Das ist mein Künstlerzeichen.

Rechtsanwalt Haase beantragt nunmehr, die Sache zu vertagen. Die Verteidigung habe die Pflicht, aus dem Beweismaterial das Wesentliche herauszufallen; diese Aufgabe sei aber der Verteidigung durch die Unmöglichkeit bzw. Schwierigkeit, die Affen zu erlangen, weislich erschwert worden. Lediglich das hätten auch die Anträge auf Fristverlängerung bezweckt. Die Verteidigung habe versucht, noch zu heute eine Reihe von Zeugen zu laden, die die Behauptungen des „Vorwärts“ in vollem Umfange bestätigen sollten, dies sei ihr jedoch nicht geglückt. Sie beantragt deshalb nunmehr den Sekretär Sommer vom Hofmarschallamt, den Chef des Militärkabinetts v. Hülsen-Haeseler, den Abteilungsleiter Oberst v. Jastrow, den militärischen Begleiter des Kronprinzen, Flügeladjutanten v. Priehelwig, und Herrn v. Stülpnagel darüber zu vernehmen, daß in Hofkreisen thatsächlich der Gedanke, zum Schutze des Kaisers ein solches Kaiserhofschloß zu errichten, aufgetaucht sei. — Oberstaatsanwalt: Dann müßte doch der Beweisanzug dahin erweitert werden, daß auch Se. Majestät der Kaiser einen solchen Plan befohlen, genehmigt und ausgeführt habe. — Rechtsanwalt Haase: Einer solchen Erweiterung bedürfte es nicht. Es werde nur behauptet, daß man über das Projekt in Hofkreisen gesprochen habe, und daß dieser Plan sogar schon eine Gestalt schwarz auf weiß angenommen habe. Der „Vorwärts“ habe keineswegs behauptet, daß der Kaiser den Plan befohlen, genehmigt oder ausgeführt habe. — Der Oberstaatsanwalt setzt des längeren auseinander, daß eine Vertagung und weitere Beweisaufnahme überflüssig sei. Der springende Punkt sei doch der, daß nach der Behauptung der Anklagebehörde die Artikel des „Vorwärts“ keine andere Deutung zulassen als die, daß der Plan auf ein Geheiß oder die Zustimmung Se. Majestät selbst zurückzuführen sei. Darauf beruhe die Anklage überhaupt. Wenn der Gerichtshof diese Ansicht etwa nicht teilen würde, würde es auf weitere Beweiserhebung gar nicht ankommen. Diesen Ausführungen widersprechen die Rechtsanwälte Liebnecht und Haase. Die Beweisaufnahme erübrige sich nicht, denn es werde behauptet, daß ein begünstigtes Schreiben auf dem erwähnten Kanzleipapier aus der Kanzlei des Hofmarschallamtes mit der Unterschrift des Herrn v. Trotha versehen, ergangen sei. Der Sekretär Sommer bezeugen, daß ein solcher Plan mit der Unter-

schrift des Herrn v. Trotha heraus- und vertraulich mehreren Personen zugegangen sei. Er solle bezeugen, daß genau so, wie es im „Vorwärts“ mitgeteilt worden, der Plan in Hofkreisen vertraulich erörtert worden sei. Der Kaiser habe nach Ansicht der Hofleute zunächst nichts davon wissen sollen und erst später sollte bei ihm Stimmung dafür gemacht werden. — Der Oberstaatsanwalt wirkt darauf, daß das Militärkabinett doch nicht zu den „Hofkreisen“ zu zählen wäre, ihm widerspricht aber Rechtsanwalt Liebnecht. — Oberstaatsanwalt Dr. Jsenbiel: Die Angeklagten wollen etwas unter Beweis stellen, was nicht in den Artikeln stehe. Selbst wenn in „Hofkreisen“ von solchen Plänen gesprochen wäre, selbst wenn ein Briefbogen aus dem Hofmarschallamt zur Erörterung solcher Pläne benutzt worden wäre — was nicht der Fall sei —, so würde dies eine Privatansicht ohne jede politische Bedeutung sein. Hier handle es sich ausschließlich darum, daß durch die Artikel der Eindruck hervorgerufen werden sollte, daß Se. Majestät selbst solchen Plan befohlen oder begünstigt habe. — Rechtsanwalt Haase: Das sei falsch. Der „Vorwärts“ habe lediglich die Behauptung aufgestellt, daß die Hofkreise darauf ausgehen, im Interesse der Reaktion und des Junkertums solche Pläne zu schmieden. — Rechtsanwalt Liebnecht: Die Tendenz gehe also dahin, dem Kaiser vor der Hofkammer zu schimpfen. Das sei das Gegenteil von Majestätsbeleidigung.

Es kommt dann noch zu Auseinandersetzungen zwischen dem Oberstaatsanwalt und den Verteidigern. Letztere behaupten, daß die Affen fortwährend hin- und hergewandert seien und den Verteidigern es äußerst schwierig gemacht sei, die Affen einzufangen. Der Staatsanwalt sei in diesem Fall in eine ganz besondere Eile geraten und habe die Sache ganz besonders eilig betrieben. — Oberstaatsanwalt Dr. Jsenbiel bestreitet diese Behauptung. Die Verteidigung sei in viel weniger schwieriger Lage gewesen, als die Staatsanwaltschaft, denn die Angeklagten hätten ja angeblich die Beweise in Händen, sie bräuchten also bloß mit dem Beweismaterial herauszurücken, während die Staatsanwaltschaft erst Erhebungen und Recherchen anstellen hätte. Für einen Angeklagten sei es kein angenehmes Gefühl, das Danvolleschwert einer Majestätsbeleidigungs-Anklage über sich zu wissen. Im Interesse der Angeklagten selbst habe also eine möglichst Beschleunigung gelegen, andererseits habe aber auch die Öffentlichkeit das weiteste Interesse daran gehabt, daß das Märchen von der Kaiserinsel baldmöglichst erledigt werde. Ihm sei manchmal zu Unrecht der Vorwurf gemacht worden, daß eine Anklage zu langsam vorwärts komme; noch unberechtigter sei der Vorwurf, daß er hier in diesem Fall zu schnell gearbeitet habe. Die Verteidiger hätten sehr wohl die Möglichkeit gehabt, die Affen einzufangen.

Rechtsanwalt Liebnecht: Er sei kein Exzeptionist des Staatsanwalts, der den hin- und herlaufenden Affen nachzulaufen habe. Die Affen haben vielmehr der Verteidigung zur Verfügung zu stehen. Sie seien aber fortwährend unterwegs und nicht zu finden gewesen, er hätte sie nicht einmal eventuell im Affenwagen einfangen können, denn sie seien immer mit Exzeptionisten geflohen. Der Staatsanwalt habe, sage und schreibe, von dem Tage, wo die Sache inszeniert wurde, nur 9 Tage nötig gehabt, um die Anklage fix und fertig herzustellen und die Anklage gegen Kaiserin sei schon drei Tage nach dessen Vernehmung fertig gewesen. Also habe der Staatsanwalt den Geschwindigkeits-Rekord erreicht. Er habe auch immer nur von einer Beschleunigung „im öffentlichen Interesse“, aber nicht „im Interesse der Angeklagten“ gesprochen. — Bezüglich der gestellten Beweisanträge kommt es sodann zwischen dem Oberstaatsanwalt und der Verteidigung zu Meinungsverschiedenheiten darüber, ob v. Hülsen-Haeseler zu einer etwaigen Aussage eine Genehmigung einholen müßte. Rechtsanwalt Haase bestreitet dies. Es handle sich nicht um eine dienstliche Angelegenheit, sondern um einen „Dienstgeheimnis“ solpörtierten Plan. Herr v. Hülsen-Haeseler gehöre auch nicht zu den Personen, die die Genehmigung ihrer vorgesetzten Dienstbehörde einzuholen haben, ganz abgesehen davon, daß ein „Dienstgeheimnis“ überhaupt nicht in Frage stehe. — Oberstaatsanwalt Dr. Jsenbiel: Wenn es sich hier bloß um ein außerdienstliches Gespräch, um bloße Privatgespräche der Hofleute handelte, dann würde die Anklage überhaupt kein Fundament haben. So liege die Sache aber nicht. — Der Gerichtshof neigte zunächst dem Gedanken zu, die neu beantragten Zeugen bis zum nächsten Dienstag zur Stelle zu schaffen und die Verhandlung alsdann fortzusetzen. Auf eine Reihe von Bedenken, die die Verteidiger geltend machten, kam der Gerichtshof aber schließlich von diesem Gedanken wieder ab und beschloß, die Sache bis zur zweiten Hälfte des Oktober zu vertagen. Zum neuen Termin sollen die heute vorgeladenen Zeugen mit Ausnahme der Herren Schüler und Högg und anherdem die neu genannten Zeugen geladen werden.

Aus naheliegenden Gründen werden wir das Urteil über den Prozess zunächst vertagen.

Die Parteipresse über den Parteitag.

Das „Volksh. Blatt für Halle“ überschreibt seinen Artikel zum Parteitage: „Nichts vertuschen!“. Es läßt dann Kritik an der Mitarbeiter-Debatte, giebt der Ansicht Ausdruck, daß Wehring nicht wieder rehabilitiert werden könne, wendet sich auch hinsichtlich der Taktik-Debatte gegen Bebel's Auftreten und resumiert:

„Was die bürgerliche Presse über den Dresdener Parteitag schreibt, soll uns wenig berühren. Wir aber müssen lernen, viel mehr als bisher abweichende Ansichten unserer Freunde ruhig anzuhören und über sie zu debattieren. Eine fremde Ansicht ruhig anhören und sich bemühen, die dafür geltend gemachten Gründe zu widerlegen, heißt noch lange nicht, die Ansicht teilen und zu der seinigen machen. Ohne einen gewissen Fanatismus wird eine so schwer ringende Partei wie die socialdemokratische nicht auskommen können. Dieser Fanatismus kehre aber seinen Stachel gegen den gemeinsamen Feind, nicht gegen den Freund, der nach unserer Meinung irr. Und Genosse Bebel, der zur geistigen Entwicklung der Partei so unendlich viel beigetragen hat, sollte sich freuen, wenn die Selbstständigkeit des Denkens und des Urteils bei jedem Parteigenossen herberber wird. Gerade wir, die wir sachlich durchaus auf dem Boden Bebel's stehen, bedauern und tadeln, daß ihn ein nicht geringer Teil der Schuld trifft an dem fruchtlosen, unerquicklichen Verlauf des Dresdener Parteitages.“

Nichts vertuschen! Auch unsern Bebel gegenüber nicht. Und Dresden mag uns lehren, wie wir es nicht wieder machen dürfen.“ In der „Dortmunder Arbeiter-Zeitung“ schreibt R. G. über den Parteitag. Er verurteilt zunächst scharf das Vorgehen gegen Wehring und verteidigt diesen lebhaft. Die Resolution zu der Mitarbeiterfrage sei zwar unglücklich gefaßt, es habe sich aber mehr um eine politische wie um eine rein sachliche Abstimmung gehandelt und da hätten keine Bedenken zurücktreten müssen. Die große Taktik-Debatte habe nicht das gehalten, was sie versprochen, da die Revisionisten einen solchen Mangel an Mut und Ueberzeugungstreue bewiesen hätten, wie man es früher bei einem Socialdemokraten nicht für möglich gehalten hätte. Nur Bernsteins Auftreten hätte wegen seines Mutes sympathisch berührt. Dann heißt es:

„So haben die Revisionisten das erreicht, was sie erreichen wollten: sie haben die so dringend notwendige Klärung glücklicherweise einmal verhindert. Denn um diese überaus notwendige Klärung über das Kräfteverhältnis der beiden Richtungen in der Partei handelte es sich — nicht etwa um Ausschlußpläne und derartiges. — Wir bedauern auf das lebhafteste, daß es so in Dresden gekommen ist, und gefassen ganz offen, daß wir zu den sehr wenigen Delegierten gehörten, die nach Vollmars' ausdrücklicher Proklamation am Freitagmittag für eine abermalige Verschärfung der Resolution eingetreten waren. Vollmar hatte gesagt: „Die Resolution sagt gar nichts. Wen wollen Sie denn eigentlich treffen? Haben Sie doch wenigstens den Mut, Namen zu nennen!“ Daraufhin hätte man die Pflicht gehabt, in der Resolution offiziell zu erklären: wir verurteilen aufs härteste die und die politischen Anschauungen der und der fahrenden Genossen. Es wäre gewiß sehr schwer gewesen, für eine solche Resolution eine geeignete

Form zu finden. Der Versuch aber hätte am Freitagnachmittag unter allen Umständen noch gemacht werden müssen. Leider aber fanden die sehr wenigen Verfasser dieser Meinung auch in radikalen Parteitagkreisen nicht die mindeste Gegenliebe, und so unterblieb die Einbringung eines derartigen Amendements, resp. einer neuen Resolution, und damit bedauerlicherweise auch die Klärung. Der Eindruck mußte nach außen hin notwendigerweise der sein: da brüllten sich die Leute eine Woche lang mit Aufgebot der äußersten Kräfte gegenseitig an, um nachher gemeinsam gerührt in die offenen Arme einer Resolution zu stürzen! Wenn das das Ergebnis sein sollte: warum dann erst die fächerliche Kanonade? War das nicht wieder einmal das reinste Hornberger Schieschen? Die Schuld an diesem bedauerlichen Ausgang trifft beide Teile: Die Revisionisten waren größtenteils zu unehrlich, zu ihrer Ueberzeugung zu stehen, und die radikale Seite fand in letzter Stunde nicht den entscheidenden Mut, mit einer klaren nennenden Resolution gehörig durchzugreifen. Es sei noch einmal wiederholt: Niemand sollte durch eine derartige Resolution „persönlich verletzt“ werden. Dagegen hat sich ja gerade unter uns, wie auch in Dresden erwähnt wurde, schon vor dem Parteitage entschieden ausgesprochen. Wohl aber mußten — im Interesse der Gesamtbewegung — die Revisionisten gezwungen werden, Schritte zu bekennen, nachdem Bollmars Rede gezeigt hatte, daß sie das nicht gutwillig thun wollten.“

Halle, 24. September. Heute abend beschäftigten sich die hiesigen Parteigenossen mit dem Dresdener Parteitage. Der Delegierte für Halle, Genosse Grothe, vertrat den Standpunkt, daß das Vorgehen der als Akademiker bezeichneten Genossen Dr. Braun, Bernhardt, Vertzold, Göhre u. zu verurteilen sei; er bedauerte aber auch, daß der Genosse Bebel dem Genossen Wehring noch die Brücke gehalten habe. Nach der Vertagung der gegen Schöenlant gerichteten Karte sei es mit der Sympathie gegen Wehring vorbei gewesen. In Zukunft sollte man bei der Vertagung von Vertrauensposten mit Akademikern vorsichtig sein. In der Diskussion wandte sich zunächst der Genosse Albrecht gegen einen im „Dessauer Volksblatt“ über den Parteitag veröffentlichten Artikel, in dem u. a. gesagt worden ist, der Parteitag sei das Geld nicht wert, das er gekostet habe. In dem hiesigen „Volksblatt“ habe leider dasselbe gestanden. Genosse Bebel habe wohl scharfe Worte gebraucht; aber er sei mit seinen Angriffen gegen die Revisionisten nicht zu weit gegangen. Der Parteitag habe wie ein reinigendes Gewitter gewirkt. Genosse Medaureur Thiele ist anderer Meinung; er bleibe dabei, der Parteitag ist das Geld nicht wert, das er gekostet habe. Keineswegs sei zu billig, daß sich einige Parteigenossen zwei Tage über Garden und dessen „Zukunft“ umhergezogen haben. Der Parteitag habe nicht genügend praktische Arbeit geliefert. — Wegen Eintritts der Polizeistunde wurde die Versammlung vertagt.

Die Nürnberger Parteigenossen verhandelten am Mittwoch über den Parteitag. In die Vertagung teilten sich die Genossen Dr. v. Haller und Raal. Hauptächlich behandelte sie die beiden Punkte „Mitarbeiterfrage“ und „Vizepräsidentenfrage“. Bezüglich der ersten Frage führte Genosse v. Haller die Hauptmomente der auf dem Parteitage geführten Debatte vor, einer Debatte, die einen sehr verstimmenen Eindruck gemacht hat, doch seien neben diesem deprimierenden Eindruck auch wieder sehr viele erhebende Momente zu Tage getreten, wie in der Rede Bebel's, der die Frage von hohen Gesichtspunkten aufgefaßt habe, woraus sich auch manche Ueberzeugung und mancher Superlativ, woraus sich der Unstimm erklärte, daß er vielleicht den einen einmal zu hart, den andern dagegen zu milde beurteilt habe. Medner sprach am Schluß die Ueberzeugung aus, daß die Genossen auch aus den Verhandlungen dieses Parteitages, wenn auch der äußere Eindruck manchmal unangenehm war, würden lernen können.

Genosse Raal behandelte vorzugsweise die Vizepräsidentenfrage und bemerkte, Bebel habe in seiner Rede hierzu zweifellos das gesagt, was der großen Masse der Genossen am Herzen liegt.

Die Diskussion gestaltete sich sehr lebhaft und währte bis nach Mitternacht. Als erster Redner dem Genosse Fein, die Art, wie die Frage der Mitarbeiterfrage an der hiesigen Presse behandelt wurde, sei deplaciert gewesen, man hätte sie zum Schluß des Parteitages veröffentlichen sollen. Es handelte sich um einen Kampf zwischen Revisionisten und Marxisten. Die Revisionisten wollten ein Opfer haben und hierzu hatten sie sich Wehring, den eifrigen Vertreter des Marxismus, ausgesucht. Genossin habe Wehring eine betrogene Vergangenheit hinter sich, aber das hätten auch seine Gegner, wie Dr. Heinrich Braun trotz Ablehnung, gemerkt. Dieser Streit sei von den Revisionisten nur deshalb so sehr in den Vordergrund gestellt worden, um die ihnen unangenehme Frage der Taktik in den Hintergrund zu schieben. Genossin Fein Bebel manchmal zu schärf gewesen und genossin Fein solle man nicht alles unterschreiben, was er sagte, aber in der Hauptsache habe er nur das gesagt, was auf aller Jungen lag. Der Vorwurf Bollmars, Bebel über eine Parteidiktatur aus, sei nicht berechtigt. Genosse Kössing bemerkt, die Abhildung Wehring's und die Debatte über die Mitarbeiterfrage an der hiesigen Presse habe den deprimierendsten Eindruck gemacht. Viele Leute hätten sich auf dem Parteitage ein Urteil angeeignet, zu dem sie nach ihrer Vergangenheit nicht befugt seien. Die Debatte über den Revisionismus habe nur verwirrend gewirkt. In jeder Frage gruppierten sich unsere Parteiführer anders. Wenn der Revisionismus berechtigt sei, so werde er sich Bahn brechen trotz aller Resolutionen, wenn nicht, so werde er spurlos verschwinden.

Genosse Staufer glaubt nicht, daß der sogen. Revisionismus fallgeschickelt sei. Trotz Annahme der Resolution seien die Revisionisten die eigentlichen Sieger. In der Arbeiterfrage werde jedoch der Revisionismus wenig Anhang finden, weil man in ihm die ersten Spuren des Weges sehe, den der Liberalismus gewandelt ist. Eine Auslösung der Arbeiterfrage mit der Monarchie sei undenkbar, am wenigsten aber mit der Monarchie, deren Träger Wilhelm II. ist. Genosse Dille ist der Meinung, daß noch auf keinem Parteitage so häufige Differenzen zu Tage getreten sind wie hier. Auf er ist der Meinung, daß die Revisionisten die eigentlichen Sieger sind. Die Resolution sei auch nichts anderes, als ein Stück Revisionismus. Wir müssen vor allen Dingen dazu beitragen, unsere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern, wenn wir das thun, seien wir eben Revisionisten.

Nachdem noch eine Anzahl Redner zur Sache gesprochen, stellte ein Genosse den Antrag, den Reichstags-Abgeordneten Genossen Edelmann zu einer Versammlung einzuladen, um seine Ansichten zu hören und zu sehen, ob er noch der Gleiche ist wie früher.

In einem Schlusswort ging Genosse Haller nochmals auf die beiden Hauptpunkte ein und bemerkte u. a.: wenn der Parteitag auch sagt, daß er kein praktisches Ergebnis gehabt, so habe er doch große Klarheit geschaffen. Bebel's Rede war ein reinigendes Gewitter und mit der Resolution ein Mittel der Prophylaxis, das die Wiederkehr solcher Dinge auf lange Zeit hinaus verhindern werde. Die überwältigende Mehrheit der Versammlung stimmte ihm zu. Nachdem sich Genosse Raal noch im gleichen Sinne geäußert, wurde der Antrag, den Abg. Edelmann zu einer Versammlung behufs näherer Aussprache über seine Ansichten einzuladen, einstimmig angenommen.

In Fürstenwalde a. d. Spree erstatteten die Delegierten Braun und Faber Bericht über den Parteitag. Faber führte unter anderem aus, daß er mit dem Vorgehen Brauns nicht ganz einverstanden sei. In der Diskussion, so berichtet die Märkische Volksstimme, wurde die Zustimmung zu den Beschlüssen des Parteitages ausgesprochen. Nur wurde auch hier der vielfach recht merkwürdige Charakter der Debatten bedauert. Es seien Dinge des Langen und Breiten erörtert worden, an welchen die große Masse der Parteigenossen auch nicht das geringste Interesse habe. Man war aber überzeugt, daß die Aktionsfähigkeit der Partei darunter nicht leiden werde. Mehrere Genossen sprachen ihre lebhaftesten Bedauern darüber aus, daß der Genosse Bebel durch seine Auslassungen über die bekannte Resolution

Zweifel in die Principienfestigkeit der Fürstenwalder Genossen gesetzt habe. Sie wiesen alle dahingehenden Mutmaßungen auf das entschiedenste zurück.

Zurückgewiesen wurden auch die auf dem Parteitage wieder durch einige Redner gemachten Anspielungen der Frankfurt-Deutzer Genossen betreffs ihrer Stellungnahme in der Kandidatenfrage und der Wunsch ausgesprochen, daß diese Sache endlich einmal zur Ruhe komme.

Aus Industrie und Handel.

Zur Erneuerung des Rheinisch-Westfälischen Kohlen-Syndikats. Wie die syndikatsoffizielle Presse erzählt, will die Mehrheit der Augeninhaber der Jecher Freie Vogel und Unverhofft auf ihrem Anspruch verharren und den neuen Syndikatsvertrag nur bei Bewilligung der beantragten Mehrbeteiligung unterzeichnen. Wie bereits gemeldet, ist mittlerweile die Tagesordnung der für den 1. Oktober anberaumten Versammlung der Jechenbestitzer bekannt geworden, wonach als zweiter Punkt die Beschlußfassung darüber vorgesehen ist, den neuen Vertrag auch ohne die Gewerkschaft Freie Vogel und Unverhofft zu tätigen. „Es ist bezeichnend“, schreibt dazu dieselbe syndikatsoffizielle Presse, „daß die Anregung zu diesem Antrag aus Jechenkreisen gekommen ist, und daraus ist auch zu folgern, daß der Antrag durch eine überwältigende Mehrheit angenommen werden wird. Zwar ist es an sich bedauerlich, wenn es zur Ausführung einer derartigen Zwangsmahregel kommt, jedoch trägt die Verantwortung dafür einzig und allein die Vertretung der Augeninhaber von Freie Vogel und Unverhofft. Nachdem inzwischen sämtliche anderen Jechen im Interesse einer weitern gedeihlichen Entwicklung der Kohlen-Industrie und damit auch der Kohlen verbrauchenden Industrien unter Zurücksetzung erheblicher eigener Interessen dem neuen, wesentlich verbesserten Syndikatsvertrag zugestimmt haben, macht es einen eigenartigen Eindruck, daß eine kleine Jecher, die ihre Bedeutung lediglich ihrem feithierigen Ansehen an das Kohlen-Syndikat verdankt und als eine Null im geschäftlichen Leben dastehen wird, sobald sie diesen Rückhalt verliert, allein ihren Widerstand aufrecht erhält, obwohl sie dabei nichts gewinnen, wohl aber schließlich ihre ganze spätere Existenz verlieren kann.“ Bei einem Widerstand der Jecher Freie Vogel und Unverhofft müßte rechtlich das alte Syndikat bestehen bleiben bis zum vorgesehnen Ablauf desselben oder bis zu seinem früheren Ablauf nach vorheriger Kündigung nach Maßgabe des § 10 des alten Vertrages. Findet daher, wie zu erwarten ist, der die Jecher Freie Vogel und Unverhofft betreffende Punkt der Tagesordnung am 1. Oktober Annahme, so ist wohl zu vermuten, daß die Jecher gegen diesen Beschluß Widerspruch einlegen und vielleicht einen kostspieligen Prozeß einleiten wird. Eine weitere Wirkung wird und kann das aber nicht ausüben. Das alte Syndikat wird dann vermutlich in seiner Einrichtung bis zum Ende des Jahres 1905 oder, wenn die vorherige Auflösung mit $\frac{1}{2}$ Mehrheit beschloffen wird, noch für ein Jahr bestehen bleiben, und zwar nur noch für die Jecher Freie Vogel und Unverhofft in der Form einer Verrechnungsstelle, die auf Grundlage der heutigen Bestimmungen die Umfragen sowie die Förderbeteiligung für Freie Vogel festzusetzen hat, bis es der Jecher Freie Vogel vergönnt ist, nach Ablauf des mit dem Syndikat gethätigten Vertrags wieder frei über ihre Förderung zu verfügen. Was die Jecher dann mit ihrer Förderung anfangen will, ist ihre Sache, sagt die genannte Presse höhnisch und schließt mit folgendem nicht mißzuverstehenden Witz an die Anshalter der genannten Jecher: „Ob aber dieser Zustand den Interessen der Augeninhaber der genannten Gewerkschaft dienlich sein wird, ist sehr zu bezweifeln, zumal die Beschaffenheit ihrer Kohlen erheblich zu wünschen übrig läßt.“

Man sieht, wie kein Mittel unversucht bleibt, die einzige noch widerpenfliche Jecher fire zu machen.

Ein Kohlen-Syndikat in Rußland-Polen ist, wie aus Warschau gemeldet wird, nimmere zu Stande gekommen, allerdings ohne daß sich das bekannte große Werk, die „Guta Bankowa“, daran beteiligt. Das Syndikat setzte den Preis für Kohlen auf 128 Kopfen pro Rud franco Sosnowice fest und beabsichtigt die Errichtung eines Centralbureaus in Form einer Aktiengesellschaft.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Der Streit in der Metallindustrie.

In der gestrigen Streikversammlung der Gütler berichteten Cohen sowie mehrere Diskussionsredner über verschiedene Schwereiten und Hindernisse, die die Polizei den Streikenden und Streikposten zu bereiten versucht. Manche Polizeibeamte scheinen noch immer der Meinung zu sein, ein jeder Streikposten bilde ein unerlaubtes Verkehrshindernis, und versuchen es, den Streikposten nicht nur das Stehen auf der Straße, sondern überhaupt das Betreten eines bestimmten Straßenteils zu verbieten. Unter Hinweis auf die freisprechenden Urteile, die dieser Tage gefällt wurden, forderte der Referent die Anwesenden auf, sich nicht durch die Polizei einschüchtern zu lassen und ruhig, aber energisch auf dem Recht des Streikpostenstehens zu bestehen. Die Polizei scheint aber noch andere sonderbarere Mittel anzuwenden, um den Streikenden Hindernisse zu bereiten. Einem Wirt in der Langenstraße, bei dem Streikende und Streikposten verkehrten, wurde die Polizeistunde plötzlich, ohne daß irgend etwas Unerlaubtes oder Unstatthafes in dem Lokal vorgekommen war, von 12 auf 11 Uhr herabgesetzt. In der Nähe befindet sich noch ein Lokal, eine Destillation, und hier in diesem Lokal wird an Streikende und Streikposten kein Bier verkauft. Welche Gründe den Wirt, Müller ist sein Name, Langenstraße 84, herbei leiten, läßt sich nicht feststellen. Hinsichtlich der gegenwärtigen Situation des Streiks erwähnte Cohen ein Gerücht, wonach der Aussperrens-Beschluß der Fabrikanten so modifiziert sein soll, daß die großen Firmen von der allgemeinen Ausspernung dispensiert sind. Danach wäre z. B. die Allgemeine Electricitäts-Gesellschaft nicht zu der Gewaltmaßregel gezwungen, der 10 streikenden Metallarbeiter wegen 14 000 Arbeiter auf die Straße zu werfen und ihren ganzen Betrieb lahm zu legen. Der Plan der großen Unternehmer und Scharfmacher der Metallwareindustrie geht offenbar nicht nur darauf hinaus, der Arbeiterorganisation einen Schlag zu verfehen, sondern nebenbei auch die kleinen Konkurrenten, die in den letzten Jahren emporgelommen sind und den Profit der Großen schmälern, zu vernichten. Ob, und in welchem Maßstabe der Beschluß der Unternehmer durchgeführt wird, die Organisation der Arbeiter ist auf alles vorbereitet. Die Mittel sind bereit gestellt und Anordnungen getroffen, um auch der größten Ausspernung gewachsen zu sein.

Die Hingießer und Stürzer drückten in einer Versammlung den streikenden Gütler ihre volle Sympathie aus und sicherten ihnen ihre Solidarität zu.

König, Militär-Wägenarbeiter! Die am 21. d. M. stattgefundene Mitgliederversammlung hat einstimmig beschloffen, in eine Lohnbewegung einzutreten. Dementsprechend haben wir allen Arbeitgebern der Militär-Wägenfabrikation den neu ausgearbeiteten Lohnarif zugesandt. Erfolgt bis Sonnabend, den 26. September, also heute abend, die Anerkennung nicht, so legen alle Militär-Wägenmacher die Arbeit nieder. Es ergeht an alle Kollegen der dringende Mahruf, von ihrem Arbeitgeber die Anerkennung unseres Lohnarifs zu fordern. Kollegen, bedenkt, daß ihr Heimarbeiter seid, macht Euch durch den neuen Lohnarif das Leben etwas erträglicher als es bisher war. Kollegen, bedenkt, daß Ihr seit zehn Jahren nichts für Euch gethan habt, daß aber Wohnungsmieten und Lebensmittel ganz enorm im Preise gestiegen sind. Datum

denken wir, sind unsere minimalen Forderungen so gerecht, daß sich kein Arbeitgeber etwas verzieht, wenn er unseren Lohnarif anerkennt. Kollegen! Sollte es wirklich zur Arbeitsniederlegung kommen, so hat sich jeder am Sonnabendabend in der Streikkontrolle Landwehrstr. 11 bei Ludwig zu melden.

Deutscher Kürschner-Verband, Zahlstelle Berlin.

Tariffbewegung der Töpfer. Eine zahlreich besuchte öffentliche Töpferversammlung, die am Donnerstag in Kellers großem Saal tagte, hat beschloffen, den im Jahre 1901 mit den Arbeitgebern vereinbarten Lohnarif zu kündigen. Die Kündigungsfrist läuft mit dem 31. Dezember ab. Die Arbeitgeber haben sich, wie Hugo John in der Versammlung berichtete, den Forderungen der Gehilfen gegenüber scharf ablehnend verhalten. Die Töpfermeister haben Anfang dieses Jahres einen Innungsband für die Mark Brandenburg gegründet. Die Generalversammlung dieses Bundes war es, die sich zuletzt mit den Forderungen der Gehilfen befahte. Den Gehilfenvertretern war es darum zu thun, eine Abstimmung darüber herbeizuführen, ob die Meister verhandeln wollten oder nicht. Der Obermeister Thiele nahm jedoch die Abstimmung in der Weise vor, daß er die Frage stellte, wer von den Meistern bewilligen wolle. Hierauf meldete sich nur einer; alle andern lehnten somit die Forderungen einstimmig ab. Trotzdem wählte man eine Kommission zur „Möglichkeitstellung“ des Tarifs und zur Revidierung auf Grundlage des Dresdener Tarifs für Meißener Arbeiten. Wie die Töpfermeister, so haben sich jetzt auch die Ofenfabrikanten eng zusammengeschlossen und zwar die größten Konkurrenten, wie die Betsener und Meißener Fabrikanten in einer Organisation, die unter Leitung des großen Meißener Fabrikanten Ehr. Leichert steht. Die Töpfergehilfen stehen also einem stark vereinigten Unternehmertum gegenüber. Außerdem stehen Streiks in Fürstenwalde und Bellen bevor. Alle diese Schwierigkeiten wurden in der Versammlung reichlich erwoogen und diskutiert. Die Mehrheit war der Meinung, daß die Organisation stark genug ist, um es auch in Berlin auf einen Kampf mit dem Unternehmertum ankommen zu lassen. Der Beschluß, den Tarif zu kündigen, wurde in geheimer Abstimmung mit 831 gegen 155 Stimmen gefaßt. Namens der Lokalorganisierten erklärte Frieße, daß auch seine Organisation mit der Kündigung einverstanden sei und daß das Gerücht, sie hätten einen besonderen Tarifvorschlag bereits bei den Meistern eingereicht, falsch sei. Die Versammlung nahm folgende Resolution an: „Da mit übergroßer Mehrheit die Kündigung des jetzigen Lohnarifs beschloffen ist, beauftragt die von circa 1500 Töpfern besuchte Versammlung den Gesellenausschuß, dem Innungsvorstand das Resultat sofort zu übermitteln. Sollte eine Einigung mit den Unternehmern in kürzester Zeit nicht zu stande kommen, wird der Gesellenausschuß und die Lohnkommission beauftragt, innerhalb 14 Tagen nach dem 1. Oktober eine Versammlung einzuberufen, um die weiteren Schritte zu beraten.“

Ferner wurde noch mitgeteilt, daß die Gewerbe-Deputation des Magistrats den im Mai d. J. von der Töpferinnung gefaßten Beschluß an! Aushebung des paritätischen Arbeitsnachweises als zu Unrecht gefaßt aufgehoben hat.

König! Wäschezuschnneider! Die Kollegen in Warschau (Rußland) sind in eine Bewegung zur Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse eingetreten. Die Arbeitszeit beträgt jetzt 12 bis 16 Stunden pro Tag, die Löhne sind dementsprechend gering. Im den dortigen Kollegen, welche alle organisiert sind und die unter den dortigen Verhältnissen schwer zu kämpfen haben, zum Siege zu verhelfen, ist es Pflicht eines jeden, Zuzug nach Warschau fernzusenden.

Da die Chefs von dort persönlich versuchen werden, hiesige Zuschneider anzuwerben, ersuchen wir, ehe jemand Verpflichtungen nach Warschau einget, sich vorher bei untenstehender Adresse zu erkundigen.

Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten. Verband der Wäsche- und Strawattenbrande Deutschlands. Paul Keller, Vorsitzender, Berlin, Dierbachsenerstr. 8.

Tariffbewegung der Konditoren und Pfefferkuchler. Am Donnerstag beschloffen sich eine ungewöhnlich stark besuchte Versammlung dieser Branche nochmals eingehend mit den neuen Tarifforderungen. Die Anwesenden erklärten sich in allen Punkten mit den erläuternden Ausführungen des Referenten Figus einverstanden. Weidler machte sodann die Mitteilung, daß an ca. 900 Arbeitgeber Fragebogen versandt worden seien, des Inhalts, ob sie geneigt wären, einem Lohnarif zuzustimmen, welcher 1. Vereinbarungen der Organisationen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber über einen Minimallohn und eine Maximal-Arbeitszeit für Wochen- und Sonntage festsetzt; 2. beim Ueberstreiten der maximalen Arbeitszeit die geleisteten Ueberstunden zu bezahlen, 3. falls Monatslohn bezahlt wird, Wochentage einzuführen und 4. Kost- und Logiswesen abzuschaffen und dafür eine entsprechende Entschädigung an Bargeld zu gewähren. Eine Antwort ist hierauf nur von ca. 50 Arbeitgebern eingelaufen, und von diesen äußerten sich nur ganz wenige zustimmend; ein Teil der Herren hatte nur John und Spott für diese Anfragen. Es wurde sodann eine Lohnkommission gewählt, bestehend aus vier Mitgliedern des Centralverbandes und drei Gewerksvereintern. Diese erhielt den Auftrag, sich wegen Anerkennung des Tarifs nochmals schriftlich an die Arbeitgeberorganisationen zu wenden, und zwar an den Verband selbständiger Konditoren, den Verein der Zuckerwaren-Fabrikanten und an die beiden Wägenmengen „Germania“ und „Konfordia“. Von diesen soll eine Antwort bis zum 3. Oktober erbeten werden. Weitere Maßnahmen bleiben alsdann einer am 8. Oktober abzuhaltenden Versammlung vorbehalten.

Anlässlich der Dresdener Bauarbeiter-Ausspernung im Mai dieses Jahres kam es bekanntlich zu tumultuarischen Straßenscenen, die sich gegen die Arbeitswilligen richteten und durch deren provokatorisches Auftreten verursacht waren. Die Folge davon war eine Anklage wegen Landfriedensbruchs, die vor dem Dresdener Schwurgericht verhandelt wurde und mit der Verurteilung der beiden Angeklagten endete. Ein Pfeifergeselle, der seinem eignen Geständnis nach bei dem Zusammenlauf der Menge einige Straßenslaternen zertrümmert hatte, wurde zu zwei Jahren Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust verurteilt. Der zweite Angeklagte ist ein Maurer, der an der Stelle, wo die Ansammlung stattfand, Streikposten stand, und ohne seine Absicht in die Menge hineinlief. Hier ist aber ein arbeitswilliger Zimmerer hingeworfen worden, er stand jedoch sofort wieder auf und zog ein Messer gegen die ihn umgebenden. Dem Arbeitswilligen ist nichts geschehen. Als ein Schuhmann hinzulief und Zeugen dieses Vorfalls notierte, meldete sich der Angeklagte freiwillig als Zeuge. Später wurde er verhaftet, und beschuldigt, den Arbeitswilligen hingestoßen zu haben. Obwohl er jede Schuld bestritt und auch die Zeugenauslagen sehr unbestimmt lauteten, wurde er zu einem Jahr und drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Auch in diesen Urteilen kommt die ungewisse Härte zum Ausdruck, die sich stets bemerkbar macht, wenn Ausschreitungen, die unter andern Umständen als grober Unfug, Sachbeschädigung und dergleichen mit unbedeutenden Strafen belegt werden, sich gegen arbeitswillige richten oder aus Anlaß eines Streiks als Ausschuß unüberlegten Handelns begangen werden.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Belgrad, 25. September. (Meldung des L. T. Tel.-Korresp.-Büro.) Heute mittag wurde das Verhör der verhafteten Kaiser Offiziere geschlossen. Der Staatsanwalt führte in seinem Plaidoyer aus, daß die Hauptleute Kowalowski und Polawitsch, der Oberleutnant Lubjamerösk und Lieutenant Drudarovitsch als Hauptschuldiger zur Verantwortung zu ziehen seien. Die übrigen Angeklagten hätten sich zwar eines militärischen Vergehens schuldig gemacht, doch möge die Thatfache, daß sie überredet wurden, als mildernder Umstand gelten. Das Urteil wird wahrscheinlich morgen verlesen werden.

Die „Zukunft“ über den Parteitag.

Wir gehören zu denjenigen, die es für keine dringliche Aufgabe gehalten haben, sich mit der „Zukunft“ Maximilian Gardens als Partei zu beschäftigen. Nachdem nun aber einmal der Parteitag zwei und einen halben Tag den heftigen Erörterungen über Gardens und seiner Zeitschrift gewidmet hat, wollen wir der Anstandspflicht nicht ausweichen, auch dem Angegriffenen das Wort zu geben. In dem soeben erschienenen Heft der „Zukunft“ schreibt Gardens einen langen Artikel über „Bebel und Genossen“, der teils seine Selbstverteidigung enthält, im zweiten Teil aber zum Angriff gegen bestimmte Parteigenossen übergeht.

Gardens stellt sich dem Publikum als der Volksfeind vor, der von dem „Vöbel“ unklüfft wird. Er erzählt, wie er einst das Beste von der Sozialdemokratie gebüßt habe:

„Wenn je eine, dachte ich, ist doch die sozialdemokratische Bewegung ein Aufstand allzu lange geknechteter Geister. Ihr Ziel hielt ich immer für unerreichbar, ihre Kulturarbeit aber für die herrlichste Leistung einer politisch unschuldigen Zeit. Und was sollte ich am eignen Leibe erfahren? Ich wollte ja nichts von der Partei, blieb ihr mit bewußtem Willen fern und ließ mich von den ihr Angehörigen haken.“

Kam aber, nach Dresden, ist Gardens anderer Meinung:

„Drei Tage lang hat der Parteitag, die höchste Instanz der deutschen Sozialdemokratie, von der ich nie etwas verlangt, die ich nie gesucht, der ich mich nie mit dem leisesten Wunsch genähert habe, mich geschimpft, den Namen, die Lebensarbeit des Abwesenden ohne eine Schamregung befudelt. In dieser ehrenwerten Vollversammlung sahen mindestens acht Menschen, die mich kennen, mich unworden, Gefälligkeiten jeglicher Art von mir erbettelt und mich, als Dank für nahrhaftere Speise, die sie bei mir fanden, mit Bewunderung betört haben. Die Hälfte hat feig geschwiegen, die andre Hälfte hat mitgelogen und mitgeschimpft. Zehntausend Zeitungen haben all diese Lügen und Verleumdungen weiter verbreitet. Sicher zwanzig, vielleicht sechzig Millionen Menschen haben sie gelesen. Hundert Schreiber und Redakteure wußten: das alles, der Augenchein lehrt es schon, ist unwahr. Keiner hat widersprochen; bis auf den heutigen Tag kein einziger.“

Entsetzt steht Gardens vor dem Symptom, das erkennen lehrt, zu welcher sinnlosen, rachsüchtigen Dummheit die pumpe Zettelung irgend eines Pöbels die Masse verleiten kann, von der wir in hellen Stunden — wie Thoren! — die beste Arbeit am Werk neuer Kultur erdost hatten.“

So ist dies moderne Litteratentum! Die Sozialdemokratie bleibt die größte, herrlichste Kulturbewegung, die die Menschheit je erblickt, selbst wenn ihre Träger nicht lauter Heilige und Helden sind. Unsere verzerrten, launenhaften Scharbilde aber betrinken sich sofort schreiend vor der Nachlässigkeit, wenn sie einmal persönlich mitgenommen werden. Wer ein Herz, ja nur ein wenig Verständnis für die erhabene Sache hat, der preist sie noch, selbst wenn er gesteinigt wird. Und diese Geistesaristokraten verstehen recht kräftig zu schimpfen:

„Die Masse. Dem aus der Reihe der dreihundertsechshundredrig Deputierten jubelten Hunderttausende deutscher Arbeiter dem alten Roter Bebel zu. Und wenn er mit der selben Sammlung läppischer Lügen von Stadt zu Stadt zöge, würde er durchs ganze Reich mit Beifall begrüßt. Wir finden alles, was er in Dresden über innere und äußere Politik gesagt hat, ungläublich öde und albern; Bebel beherrscht die stärkste Partei Deutschlands mit der unbeschränkten Macht eines asiatischen Despoten. Sein Wille geschieht. Er ist Censor, Richter, Oberfeldherr, König, Gott. Er unterdrückt jeden Redner, der ihn nicht behagt, mit rohen Schimpfworten und persönlicher Verdächtigung.“

Selbst wenn man's zugeben wollte, daß Bebel in der „Zukunft“ Frage übers Ziel hinaus geschossen hat, wie erbärmlich klein bleibt's doch, wenn Gardens sich nur derart mit sinnloser Schimpfrede rächt, wenn er es selbst nicht verschmäht, sich auf einen preußischen Kriegsminister beruft, um Bebel als Verleumder zu entlarven. Thatsachen bringt Gardens wider Bebel nicht vor, sondern nur wütende Urteile, in denen der thörichte Versuch gemacht wird, diese reiche und stolze Lebensarbeit als ein kleines und widerwärtiges Nichts hinwegzuschleppen. Man lächelt über den Aristokratismus; widerlegen läßt sich's nicht. Es spiegelt sich in dem Pamphlet lediglich die innere Unsicherheit eines oft geistreichen, immer unfeinen Schriftstellers, der die Welt niederbrennt, wenn sein zartes, löchliches Ich angefaßt wird. Und da er wirklich schlünne, vielleicht auch ungerechte Worte hat über sich ergehen lassen müssen, mag man ihm mildernde Umstände bewilligen.

Gardens schreibt über sich selbst: „Wir fehlt das proletarische Empfinden. Ich bin, um mich nicht brechen zu lassen, als schwächlicher Anabe aus die Straße gelaufen, mittellos, obdachlos umhergeirrt, ohne warmen Rock für den Winter. Ich habe mehr Not und Elend gelitten als Herr August Bebel, habe jedes Stück, das ich besaß, mir selbst erarbeitet, ohne fremde Hilfe; und kein Diensthofe, kein Hausknecht kann kommen und nachweisen, ich hätte ihn jemals nicht wie Meinesgleichen behandelt, je an Arbeitsleistung oder an Höflichkeit von ihm gefordert, was ich nicht mindestens eben so streng von mir selbst verlangte.“

„Ich habe auch als Schreiber viele Menschen geärgert, manche gewiß ohne objektive zureichenden Grund, doch niemals noch vor der sürhabaren Pflicht gestanden, ruhig belernen zu müssen, daß der Mann, den ich einen Schelmen hieß, unschuldig und lauterer Sinnes war. Und ich bin gar nicht immun, trage, wenn ich Rollen einen Spitznamen nenne, meine eigene Haut zu Mark und darf, muß mich zu den Gejagten rechnen. Fünfmal bestraft. Jeder Gerichtshof aber, auch der meiner Wesensart unfeindlichste, hat mir die Reinheit des Willens gerkannt.“

Das alles verdient keine ernstere Betrachtung. Wir gestehen dem gemäßigten Satiriker unbedingt das Recht zu, auch über die Sozialdemokratie alles Duffige zu sagen, wozu ihm sein Gemüt drängt. Dagegen müssen wir das Thatsächliche erwähnen, was Gardens über seine ehemaligen Mitarbeiter aus dem sozialdemokratischen Lager sagt, um unseinen Parteigenossen die Gelegenheit zur Verteidigung zu geben.

Die „Zukunft“ führt in dieser Hinsicht das Folgende aus:

„Ich will beweisen, daß die Herren Georg Bernhard, Heinrich Braun, Paul Göhre, Wolfgang Heine den Parteitag, der ihnen höchste Rechtsinstanz ist, belogen haben. Will es beweisen, weil ich mir erstens meinen inneren Menschen nicht vor Millionen beschimpfen lassen darf, und weil zweitens die Pflicht heischt, Korruption, wo ich sie finde, schonungslos zu entlarven.“

„Ich will beweisen, daß die vier Reden unredlich gehandelt haben, so unredlich und unfeindlich, daß sie nach der Enthüllung solchen Handelns selbst aus einem Klub blasierter Redemänner herausgeworfen würden. Diesen Beweis kann ich nur führen, wenn ich ihre Reden und ihre Briefe zusammenstelle. ... Und wer wollte mir auch verargen, daß ich nicht schweigend meinen Namen schänden und meine Mitarbeiter dem Verdacht aussetzen lasse, sie seien einem Lumpen auf den Leim gegangen? Die Kontroverse schließt den Verdacht auf, auch den nicht ausdrücklich als sekret erklärten; der Mensch aber, der durch Handeln oder Unterlassen seinen Nächsten wider besseres Wissen um den ehrlichen Namen zu bringen sucht, scheidet sich selbst aus dem Geltungsbereich aller Kontroversen.“

Genosse Bernhard. Vor neun Monaten hat er, der seit 1901 die Wochenartikler für die „Zukunft“ schrieb, mich um die Aufnahme einer kleinen Kladderel über Parteimoral; erbat sie als eine Gefälligkeit. Da ich ihm volle Redefreiheit zugesagt hätte, mußte ich ihn auch einmal als Politiker reden lassen, für seine gekränkte Partei, die Sozialdemokratie, gegen unklare Verhältnisse. Warum nicht? Der Artikel brachte nichts Neues. ... Aus Gründen, die ich später erläutern werde, entstand um den harmlosen Artikel ein großes

Geschrei. Herr Bernhard hatte gesagt, der Parteiführer, namentlich der sozialdemokratische, komme oft in die Lage der Eltern und Lehrer, die unreifen Kindern die Wahrheit lücheln oder verschweigen müssen. Das war weder neu noch aufregend; kein Agitator hat jemals nach andrem Grundjah gehandelt. Der achtundzwanzigjährige Borkenkritiker aber sollte, weil er aus der Demagogenschule geblüht hatte, als Lasterer der stets reifen Volksmajestät gesteinigt werden. Vor ungefähr drei Wochen sagte er mir, er werde auf dem Parteitag erklären, der Artikel sei eine Jugendthörichtheit gewesen, die er bereue. Ich glaubte, er scherze. Solches Geständnis, das ja auch seiner Ueberzeugung widersprach, war doch unmöglich. Nein; er rede sehr ernst; anders gehe es mit mal nicht, wenn er mit einem blauen Auge davonkommen wolle. Nach einer Anstandspause hat ich ihn, unter einem rasch gefundenen Vorwand, für die Parteitagswochen keinen Orientartikel zu schreiben. Mein Entschluß stand fest. Einen Mann, der so hallos wäre, daß er im September öffentlich abschwören und albern nennen müßte, was er im Januar brüden ließ, könnte kein Gewissenhafter im Amt des Wirtschaftskritikers dulden; noch weniger einen, der Neue und Abbitte nur mimt, um dem Kirchentum zu entgehen. In Dresden führte Herr Bernhard seine Absicht aus; er bat ab, machte, wie seine Presse sagt, vor Bebel Kotau. Und als der Wüterich, der den Genossen wie einen beim Taschendiebstahl erlappten Schlingel behandelt hatte, ihm die Frage zurief, ob er etwa noch weiter für die „Zukunft“ schreiben wolle, antwortete er von seinem Schinderstücheln aus prompt: „Nein!“ Worauf Bebel strahlend rief: „Kam haben Sie dem Gardens den Stuhl vor die Thür gesetzt!“

„Der Bernhard hatte die Pflicht, zu sagen: „Gerade Gardens, Genosse Bebel, hat mir immer prophezeit, ich würde durch meine Schreiber in Konflikt mit der Partei kommen, gerade er hat mir noch in den letzten Tagen, als ich seinen Rat suchte, dringend zugeredet, mich, sobald ich's vermöge, von der „Zukunft“ zu trennen und, aller Meyerei fern, mein Glück auf eigene Faust zu erproben; schon deshalb darf ich nicht dulden, daß die Sache hier so dargestellt wird, als träfe ihn mein Rücktritt wie ein unerwarteter, schwer zu verwindender Streich.“ Herr Bernhard sprach kein solches Wort, keine Silbe gegen alle Verleumdungen, die der greise Gelehrter ausstieß. Er hat an meinem Tisch geessen, den Verleher mit mir wie eine Wohlthat gesucht, überschwänglich eben erst für die Stunden gedankt, die ich meiner knappen Zeit zur Erörterung seiner Geschäfte abstaht, und für das Hilfsversprechen, das ihm den Uebergang zur Selbständigkeit ermöglichen konnte, — und that jetzt, als kenne er mich gar nicht näher und habe meine Leistung stets mit Wohlgefallen gesehen. Gardens hat unre Partei in ganz ungehöriger Weise angeklagt.“

Als Gardens schrieb, Bebel sei recht alt geworden, habe ich mich gefragt, wie man nur solch dummes Zeug schreiben könne. Das war alles. Nach einer Weile, worin Bebel mich einer Hure verglichen hatte, beteuerte Bernhard ihm seine tiefe Verehrung. ... Und nachdem er seine Genossen in den Glauben verlegt hat, er habe jede Gemeinschaft mit mir abgelehnt, schickt er mir aus Dresden brieflich und telegraphisch seine „ergebensten Grüße“ und meldet, er werde, sobald er zurück sei, persönlich sofort alles auflären. Natürlich erhält er keine Antwort. Als er heimgekehrt ist, klingelt er bei mir an, wird unsanft abgewiesen und schreibt mir, am 20. September:

„Nach allem, was vorgefallen ist, will ich mich Ihnen keineswegs aufdrängen. Aber ich habe das Bedürfnis, mich mit Ihnen auszusprechen, um Ihnen nicht als ein Unbekannter zu erscheinen. Ich bitte Sie daher, mir Zeit und Ort einer Zusammenkunft zu bestimmen.“

Natürlich erhält er wieder keine Antwort.

Genosse Göhre. Ich habe ihn nur einmal bei mir gesehen; seit sieben Jahren wechseln wir Briefe. Ende 1896 schrieb er mir, er könne den angebotenen Artikel über den sozialdemokratischen Parteitag nicht schicken, weil Herr Max Lorenz — der eben aus der Bebelpartei ausgetreten war — in der „Zukunft“ schon alles gesagt habe, was Göhres Artikel bringen sollte. Ich war mal wieder verleumdet worden; und er benutzte den Anlaß gern, um mich seiner „ehelichen Hochachtung“ zu versichern, und unterschreibt sich: „Ihr aufrichtig dankbarer Göhre“. Seitdem bietet er mir von Zeit zu Zeit Beiträge an und bittet mich, ihm Thematika zu stellen; empfiehlt mir auch seine Freunde zur Mitarbeit. Anfang 1899 kehrt er den Nationalsozialen den Rücken und ist ein Jahr später Sozialdemokrat. Die Gründe seiner Trennung von Rammann, seines Uebertritts zu Bebel veröffentlicht er in der „Zukunft“. Glaubensbekenntnisse, denen jeder ernste Mensch die laubestie Stätte sucht; und Göhre war Pastor. Im Rat ist er ungemein dankbar dafür, daß ich ihm erlaube, seinen Artikel als Massenbrotschüre zu vertreiben. Immer derselbe herliche Ton. Im Oktober 1902 wird mir eine gedruckte Adresse überreicht, die mir nach zehnjähriger „hingebender, aber auch weitwärtender Thätigkeit“ Glückwünsche bringen soll, und zu den 430 Unterzeichneten gehört auch: „Paul Göhre, Schriftsteller in Steglitz“. Im Februar 1903 erklärt der Vorstand der sozialdemokratischen Partei die Mitarbeit der Genossen an der „Zukunft“ für ungeschicklich. Im März schickt Genosse Göhre mir einen Artikel über den „Glauben des Kaisers“. Als er darauf gescholten wird, setzt er seinen Namen unter die Behauptung, der Artikel — den Frau Lily Braun mir ausdrücklich als eine Demonstration gegen die Parteiregenten angeliefert hätte — sei eingeschickt worden, ehe der Vorstandsbeschluß bekannt war. In Dresden stellt er sich, als kenne er die „Zukunft“ kaum; er hat sie „mit Flüchtigkeit und Sorglosigkeit behandelt“. Ein Kindergemisch. Ja, wenn er die „Vergangenheit Gardens“ gekannt hätte! Kam: jetzt kennt er sie und wird zum Reden gezwungen werden. Wenn er nicht ein schlächter Schuft aus der Parteiverklast genannt werden will, muß er sagen, was er von der Vergangenheit Gardens weiß, was an dieser Vergangenheit selbst den bedenklichsten Ehrenmann hindern könnte, Gardens die Hand zu reichen. Ich warte. Und will tausend Mark in die sozialdemokratische Parteikasse zahlen, wenn der Pfarrer a. D. Paul Göhre mich in der Vergangenheit so muslos und doppelgänglich findet, wie er's in der Gegenwart ist.

Genosse Heinrich Braun, M. d. R. In Dresden: „Ich habe nie eine Zeile für die „Zukunft“ geschrieben, obwohl ich vielleicht ein Dutzend Male vom Herausgeber dazu aufgefordert worden bin; und meine Frau ist seit Monaten fest entschlossen, nie wieder eine Zeile für die „Zukunft“ zu schreiben.“ Das ist alles, was er zu sagen hat. Die „Zukunft“ war genau drei Jahre alt; da kam Herr Dr. Braun zuerst in meine Wohnung und, als er mich dort nicht traf, in die Druckerei und bot mir einen Artikel über den Dresdener Parteitag der Sozialdemokratie an. Ich mußte erwidern, daß ich vom Professor Hertner schon einen Artikel über dieses Thema habe; er verbeugte sich und ging. Das Ehepaar Braun verkehrte dann viel bei mir; und da die Frau mir von Zeit zu Zeit Beiträge anbot und beide mich in den intimsten Dingen um Rat und Hilfe baten, werde ich wahrheitsgemäß auch den Mann öfters zum Schreiben aufgefordert haben. Im August 1900 bot er mir ein „Wortmühen“ an; er und seine Frau würden der „Zukunft“ eine Reihe von Artikeln über sozialpolitische Themen liefern; wünschenswert wäre dabei die Beihilfe eines Vorschusses von fünfshundert Mark.“ Der Antrag wurde nicht angenommen. Ich habe also zweimal die Mitarbeit des Genossen Braun abgelehnt. Das durfte er nicht verschweigen, als er sagte, er habe nie eine Zeile für die „Zukunft“ geschrieben, denn sein Verdienst war's doch nicht, daß es so kam. Nützig ist, daß seine Frau seit Monaten entschlossen sein muß, nicht mehr für mich zu schreiben; muß; denn ich habe dem Ehepaar Braun, weil der Ehemann unbanbar und unanständig gegen mich gehandelt hatte, in den ersten Apriltagen dieses Jahres brüdel den Verleher aufgesetzt. Aus dieser Grund, der ja mit der politischen Haltung meiner Wochenschrift nicht das geringste zu thun hatte, durfte nicht verschwiegen werden. Aber Herr Braun wollte im Genossentum den Glauben

wecken, er stehe dem Blatt und dessen Herausgeber ganz fern und denke über sie wie Bebel, Stadthagen u. Co. Zur Aufklärung ein paar Stellen aus seinen Briefen:

1899. „Im „Berliner Tageblatt“ und in der „Frankfurter Zeitung“ sind Landstribenstücke gegen Sie verübt worden. ... Ihre Erwiderung auf Mehrings Pamphlet ist sachlich und formell ein Muster der Polemik. Jeden nicht direkt geschäftig Urteilend muß sie überzeugen. Ihr Artikel über Löttau ist auch vortrefflich und Sie verdienen lebhaften Dank für ihn. ... Es ist wohlthuend, daß man sich einmal in seinem Vertrauen nicht getäuscht sieht, und ich werde mich Ihnen für das freundliche Entgegenkommen stets verpflichtet fühlen. Zu Ihrem leitenden Auftrag im letzten Heft gratuliere ich Ihnen herzlich. ... Wie kommt es, daß Sie die geschäftigen Angriffe, unter denen Sie leiden, nicht verstehen als die in der Hauptache notwendige Rehrseite Ihrer ungewöhnlichen Erfolge? Dabei spielt freilich auch der nichtswürdige Charakter einzelner Ihrer Gegner seine Rolle; aber das Entscheidende ist doch wohl die unlegbare und desto verheerendere Thatsache Ihres Erfolges, den Sie, lediglich auf sich selbst gestellt und außerhalb jeder Partei, errangen haben.“

Folgt ein ähnlicher Brief aus dem Jahre 1900.

1901. „Ihr Leitartikel mit seinem treffenden politischen Urteil ist ein Schmaus für den Verstand der Leser. Danach wird der Wunsch noch reger, die „Zukunft“ täglich zu lesen. ... Ihr Ruf als Politiker hat durch die zwei Festungsstrafen, die Mäßigkeit, mit der Sie sich ihnen aussetzen, die Enttäuschung, die sie hervorriefen, eine nicht gering zu schätzende Erhöhung erfahren. ... Ich hätte Sie gern einmal in der Festung besucht, aber es schien mir ungehörig, Ihnen meine Begewertung auszubringen. Hoffentlich lehren Sie unverändert als der Alte zurück. ... (Im Oktober, nach dem Uebertrag Parteitag). Warum soll Frau Jettin ... nicht schief und ungerade von der „Zukunft“ reden? Was sie sagte, ist im Grunde nichts als das Stammeln der Verlegenheit in der unmöglichen Verteidigung kautisths. ... Für mich ist es unbegreiflich, daß Sie angesichts der herrschenden politischen Sitten, der im ganzen Bereich des öffentlichen Lebens sich nicht wiederholenden Ausnahme-situation, die Sie als politischer Schriftsteller innehaben, sich erlauben darüber zeigen können, daß Ihre zahlreichen Feinde Ihren Einfluß auch dadurch zu untergraben suchen, daß sie Sie persönlich verdächtigen. Je heftiger und skrupelloser Sie verfolgt werden, desto sicherer können Sie Ihres Einflusses sein. ... Frau Jettin hat auch in der entrüstetsten Weise meiner Frau vorgehalten, daß sie für ein Blatt wie die „Zukunft“ schreibe. Das hat meine Frau von Beiträgen für die „Zukunft“ nicht abgehalten und wird sie nicht abhalten.“

So ging's weiter, schriftlich und mündlich, bis in den April 1903.

Wir waren über viele Dinge verschiedener Meinung, doch sein Ton blieb stets der wärmster Anerkennung. Genosse Braun war empört über die Angriffe, die im März gegen mich in der sozialdemokratischen Presse standen; ganz außer sich vor Empörung. Dieses Verhalten sei eine Schmach für die ganze Partei. Als ich dann mit ihm Dresden mußte, schalt er mich ungerade, schrieb mir aber am 6. April 1903: „Das wird mich selbstverständlich nicht abhalten, ungerade Angriffe gegen Sie an der geeigneten Stelle und in der gehörigen Weise abzuwehren. Das wird auf dem Dresdener Parteitag geschehen.“ Seine Frau suchte eine Veröhnung anzubahnen. Im Verlauf des Briefwechsels sprach ich die Ueberzeugung aus, Dr. Braun werde nach allem bombastischen Vorgehen kein Wort für mich finden. Frau Braun antwortete: „Ich will nicht den Schein erwecken, daß wir uns Ihnen aufdrängen. Der Parteitag wird Ihnen einige Beschämung bereiten, wenn Sie dann daran denken, wie schände Sie meinen Namen verdächtigen.“

Ich bin wirklich bis auf den Grund der Seele beschämt. Genosse Stadthagen sagt, ich sei Charakterlos und verächtlich. Genosse Bebel stellt meine Arbeit auf eine Stufe mit Hurerei und brüllt, nur moralisch tief gesunkene Subjekte könnten für die „Zukunft“ schreiben. Und Genosse Braun, mein zärtlicher Bewunderer, Genosse Braun, der unvergleichlich sanftere Angriffe auf mich eine Parteischande genannt hat, der dankbare, treue, ehrliche, stets zu höchstem ethischen Pathos gestimmte Genosse Braun hat nach alledem nichts anderes zu sagen als: „Ich habe nie eine Zeile für die „Zukunft“ geschrieben und meine Frau ist seit Monaten entschlossen, nicht mehr für die „Zukunft“ zu schreiben.“

Genosse Heine. Das ist der Kopf des Burmes. ... Aber die sechste Morgenstunde schlägt und das Heft könnte nicht erscheinen, wenn ich jetzt nicht schlösse. Der Genosse Heine muß warten. Er soll nicht zu flagen haben. Er wird an der Stelle behandelt werden, an die er gehört; in nächster Nachbarschaft der Genossen Bebel und Mehring, denen er auf seine Art assistierte und deren Lügengespannt ich entwirren will. ...

Die Bernhard, Göhre, Braun, Heine haben auf dem Parteitag über mich nicht die winzigste erweisliche Thatsache erfahren, die sie vorher nicht kannten und die geeignet wäre, ihre hundertmal beteuerte Hochachtung vor meiner Person und Arbeit auch nur um ein Quentchen zu mindern. Sie denken auch über Person und Arbeit heute genau wie vor dem Parteitag. Die Genossen Bernhard und Heine haben's mir in Briefen aus Dresden bestätigt; die Genossen Braun und Göhre werden nicht wagen, mich unfeindlichen Handelns zu zeihen. Und warum haben die Vier durch Reden und Schweigen den Neuschmadower Versuch unterstützt, warum zu Unwahrscheinlichkeit und feigen Verrat sich erniedert? Weil sie vor der Kut der aufgeregten Masse zittern. Weil der alte Meisterdemagoge jedem, der für mich auch nur ein armes Wörtchen rede, grause Klage schwor und die Nacht hatte, jeden Widerspruch niederzujubeln und mit der Erdkommunikation strafen zu lassen. Keinem der Vier traue ich zu, daß er sich im Alltagsleben als Schelmen erweise. Alle Vier haben als Genossen gegen die einfaches Anstandspflicht verstoßen.“

So weit die „Zukunft“. Wir müssen es den angegriffenen Parteigenossen überlassen, sich zu verantworten. Es hilft nichts. Was in Dresden eingebracht wurde, muß durchgefressen werden. Hoffen wir, daß die Partei so schnell wie möglich aus der Widerwärtigkeit der Personalien zur großen Sache zurückkehren darf, für die wir leben.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

In der soeben erschienenen Nummer seiner Zeitschrift „Die Zukunft“ veröffentlicht Maximilian Gardens scharfe Angriffe gegen mich, denen gegenüber ich mich veranlaßt sehe, folgendes zu erklären: Herr Gardens behauptet, ich hätte den Parteitag belogen. Ich hätte gethan, als kenne ich ihn gar nicht näher, während ich seinen Verleher „wie eine Wohlthat gesucht habe und auch heute noch so über ihn denke wie früher.“ Es ist zweifellos richtig; ich habe sehr gern mit Herrn Gardens verkehrt und ihn hochgeschätzt.

Mit solchen Gefühlen für Herrn Gardens ging ich nach Dresden. Die ersten Redner griffen bereits die Zeitschrift und die Person des Herrn Gardens an. Aber da ich bereits eine Flugschrift zur Aufklärung über den Charakter der „Zukunft“ gegenüber der Mehring'schen Darstellung hatte verteilen lassen, hielt ich eine besondere Abwehre nicht mehr für nötig. Erst Genosse Bebel richtete gegen Herrn Gardens Vorwürfe, die sowohl durch ihre Schärfe als auch durch die Person des Anklägers mir die Pflicht zur Verteidigung hätten aufzulegen sollen. Kam hatte ich aber vor Bebel gesprochen. Als Bebel mir mitten in seiner Rede die Frage vorlegte: ob ich noch weiter an der „Zukunft“ mitzuarbeiten gedulde, war ich durch das Plötzliche dieses Vorganges so bestürzt, daß ich ohne weiteres „Nein“ antwortete. Diese Antwort wollte ich selbstverständlich so aufgefaßt wissen, daß ich mich dem Beschlusse des Parteitages zu fügen beabsichtigte, wie es Pflicht jedes Parteigenossen ist, auch wenn er persönlich den Inhalt eines Beschlusses

nicht billigt. Nach der Weberschen Rede meldete ich mich zum Wort. Es waren aber schon so viel Redner eingetragener, daß die Debatte geschlossen wurde, ehe ich an die Reihe kam. Ich konnte nur noch zu einer persönlichen Bemerkung das Wort erhalten. In diesem eng gespannten Rahmen war es mir knapp möglich, die heftigsten Angriffe Webers gegen meine persönliche Ehre abzuwehren. Trotzdem wies ich aber auch hier unter dem Hinweis auf mein Flugblatt nach, daß in der „Zukunft“ neben manchem Angriff auf die Partei auch viel Gutes über sie gestanden habe, so z. B. aus Anlaß des Löbauer Jugendhaus-Urteils, des Umfurgereches und der Jugendhaus-Vorlage. Ich wollte keineswegs, wie Herr Harden es darstellt, meine Genossen in den Glauben versetzen, daß ich jede Gemeinschaft mit Herrn Harden abgeschüttelt habe. Da aus der Zeitüre der Berichte Herr Harden leicht einen falschen Eindruck gewinnen konnte, hatte ich das Bedürfnis, Herrn Harden darüber aufzuklären, weshalb ich auf die Angriffe gegen ihn nicht ausführlich erwiderte; ich schrieb ihm also aus Dresden und auch aus Berlin. Ich wollte eben, sowohl ihm, als auch der Außenwelt gegenüber, den unberechtigten Verdacht vermeiden, treulos an einem Manne gehandelt zu haben, der mir stets freundschaftlich entgegengekommen war und den ich hochschätzte.

Herr Harden behauptet, ich hätte ihm von der Absicht gesprochen, meinen Artikel als Jugendthorheit in Dresden zurückzunehmen. Er sei über diese Absicht höchst empört gewesen, da sie ja auch „nicht meiner Ueberzeugung entsprochen habe“. Ich soll auch gesagt haben, daß ich den Artikel verzeihen müsse, „um mit einem blauen Auge davonzukommen“. All das ist unwar. Die Unterredung fand im Café, in Gegenwart eines Zeugen statt. Als ich erklärte, daß ich den Artikel „Parteimoral“ nicht mehr aufrecht erhalten könne, sagte mir Herr Harden dem Sinne nach etwa folgendes: „Ich muß Ihnen auch sagen, wenn ich nicht befürchtet hätte, Sie würden das mißverstehen, hätte ich Ihnen seiner Zeit auch geraten, den Artikel nicht zu veröffentlichen.“ Im übrigen kann von einer Verzeihung meiner Ueberzeugung gar keine Rede sein. Das, was ich in dem angegebenen Artikel zum Ausdruck bringen wollte, halte ich auch heute noch für richtig. Dagegen ist die Form des Artikels, wie ich mich im Laufe der Erörterungen habe überzeugen müssen, geeignet, zu peinlichen Mißverständnissen Anlaß zu geben, und das und nichts weiter habe ich auch in Dresden gesagt.

Herr Harden sagt außerdem, bei ihm habe sofort nach dieser Unterredung der Plan festgestanden, mich nicht mehr für sein Blatt schreiben zu lassen; deshalb sei auch in der Parteitag-woche schon kein Artikel mehr von mir erschienen. Demgegenüber stelle ich fest: auf einer Postkarte, vom 8. September 1903 abgestempelt, schreibt mir Herr Harden:

„Sehr geehrter Herr Bernhard: mir geht so schlecht und schlaflos, daß ich auf 3-4 Tage fliehe. Mit schwerem Herzen halten Sie es für nötig, so fenden Sie mir bitte Ihren nächsten Artikel bis Donnerstag nach Belgoland. Und alles Gute für Dresden. Entschuldigen Sie mich; ich kann nicht mehr (sonst lassen wir den Artikel für die Dresdener Woche). Ihnen und Ihrer Gattin beste Grüße von Ihrem sehr ergebenen Harden.“

Ich hatte in der Woche vor dem Parteitag keine Zeit, Herrn Harden den fälligen Artikel zu schreiben und deshalb erschien in der Parteitag-woche kein Artikel von mir in der „Zukunft“.

Ich kann begreifen, daß Herr Harden, der drei Tage lang heftige Angriffe hat über sich ergehen lassen müssen, ohne einen Verteidiger zu finden, aufs äußerste gereizt ist, aber trotz alledem ist es unentschuldig, daß er die Dinge so auf den Kopf stellt.

Berlin, den 25. September 1903.

Georg Bernhard.

Herr Maximilian Wittowski-Harden

hat, wie vorauszusehen war, auf die Debatte des Dresdener Parteitages in der Nr. 52 der „Zukunft“ vom 26. September unter der Ueberschrift: „Webel und Genossen“ geantwortet. In diesem in einem Anfall von Raserei geschriebenen Artikel versucht er unter andern auch mir einen Mißbau voll der übertriebensten Ingedienzen über den Kopf zu schütten.

Ich erachte es selbstverständlich unter meiner Würde, weder auf die kleinlich-geschäftigen und boshaften Angriffe zu antworten, die Herr Maximilian Wittowski-Harden gegen meine Person richtet, noch den Rattenkönig von schamlosen Fälschungen, maßlosen Uebertreibungen und Unwahrheiten und großen Widersprüchen zu entwirren, mit dem er meine öffentliche Thätigkeit zu verknüpfen sucht. Mir ist sowohl meine Zeit wie der Raum des „Vorwärts“ zu wertvoll, um auch nur eine Zeile der Erwiderung dem Schimpfgeruch des Herrn Maximilian Wittowski-Harden zu widmen, der, nebenbei bemerkt, allem Anschein nach an komplettem Größenwahn leidet. Außerdem: meine Feinde überzeugen ich nicht, und für meine Freunde habe ich eine Widerlegung nicht nötig.

A. Webel.

Außerordentliche Generalversammlung des Centralvereins der Bildhauer Deutschlands.

In der Vormittags-Sitzung am Donnerstag wird nach längerer Debatte die obligatorische Einsetzung von Bezirkskommissionen beschlossen und diese Institution als Organ des Vereins statutarisch festgelegt. Danach soll nach Maßgabe der geographischen Lage der Verwaltungsteile Deutschland in Bezirke eingeteilt und für jeden eine Kommission von mindestens drei Mitgliedern eingesetzt werden. Sie dieser Kommissionen sind dem Centralvorstande nach Verständigung mit den Verwaltungsteilen bestimmte Vororte, daselbst ist auch die Wahl der Kommission vorzunehmen. In den bereits gestern von uns mitgeteilten Aufgaben dieser Kommissionen soll ferner gehören: für die Schaffung eines einheitlichen Lohntarifs für die Kollegen der Specialbranchen (Holz) Sorge zu tragen und alles darauf bezügliche Material bearbeitet an den Centralvorstand zur Zusammenstellung und weiteren Verfügung zu überweisen. Für die Bezirkskommissionen wird ein umfassendes Reglement angenommen, in welchem die Geschäftsordnung und Kompetenz derselben festgesetzt werden. Daraus werden die Anträge zu den verschiedenen Reglements erledigt und auch ein Regulator für die örtlichen Revisoren beschlossen. Außerdem wurde ein Antrag angenommen, wonach in Zukunft die Beiträge durch Marken quittiert werden sollen.

In der Nachmittags-Sitzung werden zunächst die noch vorliegenden, durch die bisherigen Beschlüsse noch nicht erledigten Anträge zum Statut beraten. Die vorgenommenen Abänderungen sind zumeist formeller und verwaltungsstechnischer Natur. Unter andern wird in Bezug auf die Urabstimmung beschlossen, daß wenn spätestens sechs Wochen vor einer anberaumten Generalversammlung von Verwaltungsteilen, die ein Drittel der Mitglieder des Vereins repräsentieren, ein Antrag auf Urabstimmung gestellt, um die Meinung der gesamten Mitglieder über die Errichtung oder Abschaffung von Unterstützungsstellen, Festsetzung der Beiträge, bezw. bestimmte Unterstützungsätze oder die Auflösung des Vereins zu erfahren, der Centralvorstand eine solche spätestens vier Wochen vor der Generalversammlung zu veranlassen und das Resultat in der „Bildhauer-Zeitung“ bekannt zu machen hat.

Am Freitag, dem letzten Verhandlungstage, wird zunächst die Statutenberatung zu Ende geführt. Das bisherige Referat bezüglich der Beiträge und Unterstützungsätze bleibt bis zum 3. Januar bestehen und treten erst von da ab die neuen Bestimmungen in Kraft. Beschlafen wird hierauf noch, daß der Vorstand die Ausschreibung eines Extrabeitrages zu veranlassen hat, wenn bis zum 1. Juli 1904 ein Stufenbestand von 15 M. pro Kopf nicht erreicht. Statutarisch wird ferner festgelegt, daß der in etwaigen Streitfällen von örtlichen Verwaltungen beschlossene Extrabeitrag auch von den außerhalb der Verwaltungsteile befindlichen, aber dazu gehörigen Mitgliedern zu entrichten ist. Sodann gelangte ein Antrag zur Annahme, nach welchem Anträge auf Gehaltsverhöhung für die Beamten vor Statuten der Generalversammlung zusammen mit den übrigen Anträgen zu veröffentlichen sind.

Zu den Bestimmungen der Gegenseitigkeits-Verträge wird ein Antrag von München angenommen, nach welchem die Mitglieder, welche im Auslande ihre Beiträge in den fünf mit dem Centralverein der Bildhauer Deutschlands im Gegenseitigkeits-Vertrag stehenden Vereinen entrichten haben, gleichberechtigt sind mit den vom Auslande zugewanderten unterstützungsberechtigten Mitgliedern. — Im Anschluß hieran erstattet Schmeß-Berlin den Bericht über die Thätigkeit des internationalen Komitees, wobei derselbe namentlich auf die Organisationsverhältnisse in Amerika, England, Frankreich und Belgien hinweist und die Maßnahmen des Komitees schildert. Eine Diskussion über den Bericht findet nicht statt, doch wird ein Antrag beschlossen, nach welchem dem Hauptvorstande aufgegeben ist, für einen besseren Ausgleich der gegenseitig gewährten Unterstützungen an die Mitglieder zu sorgen und dafür einzutreten, daß den Mitgliedern der deutschen Organisation im Auslande bei der Zureife eine Unterstützung gewährt wird. — Nach kurzer Diskussion wird ein Antrag angenommen, daß solchen Kollegen, welche bisher einer verwandten Berufsorganisation angehören und bis zum 1. Juli 1904 zu dem Centralverein der Bildhauer übertreten, die seit dem 1. Oktober in der bisherigen Organisation bezahlten Beiträge bei den Stanzzeiten im Centralverein in Anrechnung gebracht werden.

Bei der Festlegung der Gehälter wird beschlossen, daß die bisher bezahlten Gehälter und Remunerationen auch für die nächste Geschäftsperiode in derselben Höhe bestehen bleiben. Ein Antrag, daß den Beamten des Vereins, welche der Unterstützungsvereinschaft der in den modernen Arbeiterorganisationen thätigen Beamten angehören, die Hälfte der Beiträge aus der Vereinskasse bezahlt werde, wird gegen eine erhebliche Minderheit angenommen, jedoch erklärt die in Betracht kommenden Beamten, auf diesen Zuschuß verzichten zu wollen. Bei der hierauf vorgenommenen Neuwahl des

Hauptvorstandes werden einstimmig wiedergewählt: S. Dupont als 1. Vorsitzender, Fr. Stahl als Hauptverwalter und Behrens als Kassierer. — Die nächste Generalversammlung soll im Herbst über drei Jahre in Frankfurt a. M. stattfinden.

Hierauf wird über die Reiseleiter beraten. Hierzu liegt nachstehende Resolution vor:

„Wenn die Reiseleiter einen dauernden Wert für die Arbeiterbewegung gewinnen soll, ist es notwendig, in ihr allererst einen Hinweis auf das vornehmste Menschheitsziel zu sehen, nämlich: auf die Souveränität und sittliche Selbsterhöhung des Individuums. Eine dieses Gedankens allein würdige Demonstration besteht in der absoluten Arbeitsruhe; indes kann unsere Organisation ihre Mitglieder gegen die hierdurch erwachsenden Nachteile nur insoweit schützen, als deren Aufgaben dieses zulassen. Dessen ungeachtet wird den Kollegen nachdrücklich anheimgegeben, mehr als bisher aus eigener Initiative und unter persönlicher Uebernahme der Konsequenzen die Arbeitsruhe am ersten Mai durchzuführen. — Gegenüber der unberechenbaren Willkürwirtschaft des Kapitalismus, welche in jedem Moment die Existenz des Arbeiters in Frage stellt, ist es für ihn der größte Akt innerer Befreiung, diesen drohenden und menschenunwürdigen Zwangsmitteln der Hungerpolitik zu trotzen. Er behaltet damit vorerst einmal im Jahre, daß er als dauerndes Recht forderet, mitzubestimmen, unter welchen Voraussetzungen er dem Gesellschaftsorganismus dient.“ — Diese Resolution wird nach eingehender Begründung von Köhn-Berlin und nach kurzer Diskussion einstimmig angenommen.

Nach Erledigung einiger weiterer Anträge gelangte eine Resolution zur Annahme, in der die Generalversammlung die Ansicht auspricht, daß Mitglieder, welche von ihren Arbeitgebern zur Ausführung einer Arbeit nach einem anderen Ort beordert werden, sich den an diesen Orten etwa vorhandenen besseren Arbeitsbedingungen in Bezug auf Lohnhöhe und Arbeitszeit anzupassen haben.

Hierauf werden zum nächsten Gewerkschafts-Kongreß in Laubach-Frankfurt a. M. und in Rißbach-Berlin als Delegierte und Köhn-Berlin als Ersatzmann gewählt.

Damit ist die Tagesordnung der Generalversammlung erledigt und wird dieselbe mit einem Appell an die Delegierten, im Sinne der Beschlüsse zu wirken, und mit einem Hoch auf die Organisation geschlossen.

Partei-Nachrichten.

Das Arbeitersekretariat Bromberg befindet sich jetzt Jakobstr. 17. Dorthin sind auch alle das Gewerkschaftsblatt betreffenden Zuschriften zu richten.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— Genosse Waberöth, der verantwortliche Redakteur des „Hamburger Echo“ wurde am Donnerstag vom Landgericht Hamburg wegen Majestätsbeleidigung zu drei Monaten Festungshaft verurteilt. Die Strafe wurde jedoch in eine Zuchthausstrafe von sechs Wochen Festungshaft umgewandelt, zusätzlich zu einer Strafe von drei Monaten Festungshaft, die Waberöth zur Zeit ebenfalls wegen Majestätsbeleidigung verbüßt. Auch diesesmal wurde das Delikt in einem Gedicht zu einer humoristischen Wochenplauderei gefunden, die den Beginn des Venezuela-Konflikts behandelte. Die Hamburger Polizei hatte zuerst in dem Gedicht nichts gefunden, als aber Genosse J. Borchardt von der „Königsberger Volkszeitung“, der das Gedicht abgedruckt hatte, wegen Majestätsbeleidigung zu vier Monaten Gefängnis verurteilt wurde, erhob nachträglich die Hamburger Staatsanwaltschaft auch noch gegen Waberöth Anklage. Der Staatsanwalt beantragte auch gegen ihn drei Monate Gefängnis, das Gericht ließ es jedoch bei der mitgeteilten Festungshaft bewenden.

— Wegen Beleidigung eines Fabrikanten wurde der Redakteur des „Sächsischen Volksblatts“, Genosse Jadel in Zwickau, zu 75 M. Geldstrafe verurteilt.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, 27. September, vorm. 10^{1/2} Uhr, in Kellers großem Festsaal, Köpenickerstr. 29: „Feier der Jugendweiche“ (Konfirmation). Festrede des Herrn Dr. Bruno Wille: „Achtung vor dem Menschen.“ Gäste, Damen und Herren, sehr willkommen.

Zu der humanitären Gemeinde, Niederwallstr. 12, in der Aula der Friedrich-Werderschen Ober-Realschule, hält am Sonntagvormittag 10^{1/2} Uhr Herr Dr. Rudolf Benzig einen Vortrag über: „Freies Denken und Jugenderziehung.“ — Damen und Herren haben freien Zutritt.

Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Größere Inserate bitten wir vorher anzumelden und bis 4 Uhr nachmittags einzusenden. Die Expedition.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, 26. September. Anfang 7^{1/2} Uhr:
Cyperhaus. Der Widhüh, oder Die Stimme der Natur.
Schauspielhaus. König Johann. Beiten. Boccaccio.
Leffing. Auferstehung.
Vertliner. Geographie und Liebe.
Residenz. Späting. Das beste Mittel.
Neues. Eine Frau ohne Bedeutung.
Deutsches. Die Jüdin von Toledo.
Central. Bruder Straubinger.
Thalia. Der Hochtourist.
Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Wallner-Theater.) Der Bibliothekar.
Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstadt.) Was ihr wollt.
Kleines. Radfahrer.
Trianon. Die Liebeschaul. Deutsch-Amerikanisches. Ueber'n großen Teich.
Carl Weiss. Amor in Wicks. Nachm. 4 Uhr: Kindervorstellung: Die vergaunerten Königsfinder, oder: Die wilden Schwäne.
Luffen. 100 000 Thaler.
Apollo. Die Liebesinsel. Spezialitäten.
Winter-Garten. Spezialitäten.
Metropol. Neues! Allerneuestes! Passage-Theater. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Säng. Urania. Taubenstraße 48/49. Von der Zugspitze zum Watzmann.
Invalidenstr. 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Urania.

Taubenstr. 48/49. Abends 8 Uhr: Von der Zugspitze zum Watzmann.

Sternwarte

Invalidenstr. 57/62.

Caetano Panoplicum
Friedrichstraße 165
Lebend!!
Die zusammengewachsenen Schwestern.
20 Jahre alt.
Violin-Virtuosinnen!

Central-Theater

Abends 7^{1/2} Uhr: Zum erstenmal: Bruder Straubinger.
Operette in 3 Akten von R. Wolf und J. Schiller. Musik von G. Hölzer. In Szene gesetzt von Dir. Ferencsik. Dirigent: Kapellmeister A. Weister.
Carl Weiss-Theater.
Große Frankfurter Straße 132. Heute nachmittags 4 Uhr: Kindervorstellung. 10, 25, 30 Pf. usw.: Die vergaunerten Königsfinder, oder: Die wilden Schwäne.
Abends 8 Uhr: Amor in Wicks.
Sonntagnachmittag: Das Geheimnis des roten Hauses.

ZOOLOGISCHER GARTEN

Täglich ab 5 Uhr nachmittags: Gr. Militär-Konzert.
Entree 1 M., ab 6 Uhr 50 Pf. Kinder unter 10 J. die Hälfte.
In der Arena: Raubtier-Spielschule.
6 Löwen, 1 Leopard, 1 Hyäne, 1 Bär. — Vorstellungen: Wochentags 8^{1/2} u. 5 Uhr. Sonntag 12 Uhr, 3^{1/2} u. 5 Uhr. Eintritt: Sperrsitz 1 M., Stehplatz 50 Pf. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Neues Theater.

Schiffbauerdamm 4a-5. Eine Frau ohne Bedeutung. Anfang 7^{1/2} Uhr.

Passage-Theater

Anfang Sonntags 3 Uhr, Wochentags 5 Uhr. Anfang der Abendvorstellung 8 Uhr.
LONA
in ihrer Scene „Im Boudoir“. Das Moto-Mädchen.
Mensch oder Maschine?
Das neue Rätsel für Berlin! 14 erstklassige Nummern.

Casino-Theater.

Lothringersstraße 37. Anfang 8, Sonntags 7^{1/2} Uhr. Großer Sensations-Erfolg!
Tolle Kadetten.
Vorher das glänz. Eröffnungsprog. Sonntagnachm. 4 Uhr: Ein edles Weib.

Luisen-Theater.

Abends 8 Uhr: 100 000 Thaler.
Sonntagnachm. 3 Uhr, zu kleinen Preisen: 100 000 Thaler.
Abends 8 Uhr: Die Jungfrau von Orleans.
Montag: 100 000 Thaler.
Dienstag: Das neue Gebot.
Rittwoch: Einer von unsrer Leut.
Donnerstag zum erstenmal: Krieg im Frieden.

Kleines Theater.

Unter den Linden 44. Nachtsydl.
Anfang 8 Uhr.

Residenz-Theater

Direktion S. Landenburg. Anfang 7^{1/2} Uhr. Das beste Mittel.
Schwanz in 3 Akten von A. Bisson. Bearbeitet von S. Jacobsohn. Vorher: Späting.
Kroggen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung.
Sonntagnachmittags 3 Uhr: Lotti.



Singer Nähmaschinen.

Einfache Handhabung! Große Haltbarkeit! Hohe Arbeitsleistung!
Weltausstellung Grand Prix höchster Preis der Ausstellung. Paris 1900.
Unentgeltlicher Unterricht, auch in moderner Kunststicheerei. 20332.
Elektromotore für Nähmaschinenbetrieb.
Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges. Berlin W., Leipzigerstr. 92.

Deutsch-Amerikanisches Theater

(fr. Dames Theat.), Adynderstr. 67/68. Jeden Abend Anf. 8 Uhr. Gastspiel Adolf Philipp.
Der Sensations-Erfolg Ueber'n großen Teich.
Bessere Bilder mit Gefang aus dem Leben der Deutsch-Amerikaner in 5 Akte.
Billets 4 Wochen im voraus.

Trianon-Theater.

Georgenstraße, zwischen Friedrichs- und Universitätsstraße. Die Liebeschaul. Sonntag: Die Notbrüde.

W. Noacks Theater.

Direktion: Robert Dill. Brunnenstr. 10. Extra-Vorstellung. Des Lebens Mai.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf. Nach der Vorstellung: Familien-Ball.

Metropol-Theater.

Der größte Erfolg dieser Saison! Emil Thomas a. G. Josef Josephi. Henry Bender. Frid Frid. Rosa Marton. Grete Meyer. Müller Lincke.

Neuestes! Allerneuestes!

Dramatische Revue in 5 Bildern. Glänzendes Balletts. 300 Mitwirkende. Anfang 8 Uhr. — Rauchen überall gestattet. —

Apollo-Theater.

Zum 143. Male: Die Liebes-Insel mit dem grandiosen Post-Ballett. Barnum u. Baileys. Nur noch bis 30. September Miss Mildred de Grey Original-Barfuss-Tänzerin. Messlers Biophon. Photographie. Montrell. Pöttingers Damen-Quintett. In Vorbereitung: Frühlingsluft.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O.
(Wallner-Theater).
Sonnabendabend 8 Uhr:
Der Bibliothekar.
Schwank in 4 Akten von G. v. Moser.
Sonntagabend 8 Uhr:
Jugend.
Sonnabendabend 8 Uhr:
Der Bibliothekar.
Montagabend 8 Uhr:
Der Bibliothekar.

Schiller-Theater N.
(Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater).
Sonnabendabend 8 Uhr:
Was ihr wollt.
Küßpiel in 5 Akten v. W. Shakespears.
Sonntagabend 8 Uhr:
Was ihr wollt.
Sonnabendabend 8 Uhr:
Der Fleck auf der Ehr'.
Montagabend 8 Uhr:
Der Fleck auf der Ehr'.

IX. Berliner Saison.

Cirkus Busch.

Sonnabend, den 26. September, abends 7 1/2 Uhr:
Prunk- u. Parade-Abend!
Zum 4. Mal:
„Berliner Winterfreuden“
Humoristisches Manago-Schaustück des Cirkus Busch.
Die beiden Attraktionen Berlins:
Claire Helios Riesen-Löwengruppe.
Paul Mündners **Todessprung.**
„Neapolitano Soja“, acht Lippizaner Hengst,
geritten von Herrn Burkhardt-Foellit.
Direktor Busch mit seinen hervorragenden Neudressuren.
Exotisches Monstre-Tableau
von 10 Elefanten, 3 Zebras und 50 Pferden.
Der Elefant als Chauffeur.
Morgen Sonntag, 27. September: In beiden Vorstellungen:
Claire Helios, Paul Mündner und Exotisches Monstre-Tableau.

Bernhard Rose-Theater

Gesundbrunnen, Badstraße 55.
Sonnabend:
Keine Vorstellung.
Sonntagabend 3 Uhr:
Dorf und Stadt.
Sonnabendabend 7 Uhr:
Die Löwenbraut.

Cirkus Schumann

Heute Sonnabend, den 26. September,
abends 7 1/2 Uhr:
High Life Soirée.
Unstreitig die beste Löwen-
gruppe in Berlin.
Herr Julius Seeth, der welt-
berühmte Löwenführer, mit seinen dreißig
25 männlichen Löwen.
Andalusia, in spanischer Schutze
geritten von dem weißblauen Torador
Frl. Dora Schumann.
Der preisgekrönte 6er-Jug in den
fahrenden Kaskaden,
non plus ultra der Herbedress.
Originalidee des Dir. Alb. Schumann.
Das entzückendste Pariser
Ballettdiversements der Saison.
Morgen Sonntag in beiden Vor-
stellungen: 25 Löwen, drei Affen,
fünf Clowns. Nachm. ein Kind frei.

Fröhels Allerlei-Theater

fr. Puhlmanns Vaudeville-Theater,
Schönhauser Allee 148.
Inhaber: Wilhelm Fröbel.
Sonntag, den 27. September er.:
Extra-Vorstellung der beliebtesten
Norddeutschen Sänger.
Nach der Vorstellung:
Um 10 Uhr: Um 10 Uhr:
Großer Extra-Ball.
der Vorstellung 8 Uhr,
d. Tanzes Punkt 10 Uhr.
Entrée 30 Pf.
Diese Vorstellungen und Ball
finden jeden Sonntag statt.

Palast-Theater Feen-Palast.

Burgstr. 22.
Riesen-Erfolg.
Genießet das Leben.
Wifons Gettse. Dir. Rich. Winkler.
Die glänzenden Specialitäten.
Sonntag, den 27. September:
2 Vorstellungen.
11 Uhr:
Elite-Extra-Vorstellung:
Madame Potiphar.
Entrée inkl. Garderobe u. Progr. 40 Pf.
7 Uhr: **Genießet das Leben.**
Entrée 30 Pf. Morgen: Dief. Vorst.

Reichshallen

Stettiner Sänger
(Wesiel, Vietro, Wittlin,
Stiehl, Böhme, Bod-
mann, Blätner,
Schradler u. Eberino.)
Sonnabend 8 Uhr,
Sonntag 7 Uhr.

WINTERGARTEN

Nur noch wenige Tage:
Das Original Motogirl.
Mlle. Marguerite,
sensationale Löwen-Nummer.
Alexia, Bravour-Tänzerin.
Anna Dancrey, Soubrette,
die kaiserl. japanische
Gaukergruppe.
Ten Ichi,
Die Papstbilder
des Biographen
und das die monatliche Sensations-
Programm.
Dr. Simmel, Prinz-
Str. 41,
Spezialarzt für
Haut- und Harnleiden.
— 2, 5-7. Sonntags 10-12. 2-4.

Sanssouci.

Kollbuser Thor — Stat. der Hochbahn.
Jeden Sonntag, Montag
und Donnerstag:
Hoffmanns
Norddeutsche Sänger.
Nach jeder Soirée:
Tanzkränzen.
Dienstag, 29. September:
Robert u. Bertram.
Volle m. Gesang in 4 Akten
von Gustav Häber.
Mittwoch, den 30. September 1903:
Extra-Vorstellung.
Die Lieder des Musikanten.

Etablissement Buggenhagen

am Moritzplatz.
Täglich:
Streichkonzert.
Dienstag und Donnerstag:
Harburger Sänger.
Nach d. Vorst.: Tanzkränzen.
Boranzüge! Vom 1. Oktober ab
jeden Dienstag, Donnerstag,
Sonnabend, Sonntag:
Schaus' Künstler-Ensemble
„Nordstern“.
Nach jed. Vorst.: Tanzkränzen.

Königsstadt-Kasino.

Holzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstr.
Täglich:
Gr. Specialitäten-Vorstellung.
Franz Sobanski,
Beschw. Alexandrow u. w.
Im weißen Höl'l.
Nach der Vorstellung: Mittwoch,
Sonnabend, Sonntag: **Taus.**

Saal mit Bühne

für Sonnabende im November,
Dezember, Januar, Februar und
März, sowie Buhtag und Toten-
sonntag noch frei. 267302
72. Kommandantenstr. 72.
Neues Clubhaus.
Luisenstädt. Klubhaus,
Hannenstr. 16. 1. Abt. H. Gruppe.
Saal für Vereine.
3 Vereinszimmer. Preispr. 7a. 7301.
A. Stippekohls Restaurant
Köpenick. Schönertalstr. 5.
Arbeiter-Bekehrtsaal. Für gute
Speisen u. Getränke ist bestens georgt.

Costümröcke

prima Verarbeitung, tadelloser Sitz, vorzüglicher Schnitt,
in allen Längen und Weiten vorrätig, schwarz und farbig,
in den modernsten glatten u. Fantasiestoffen 3,75, 5, 7, 10, 15 Mk.
in Seidendamast 20 u. 25 Mk.
Amerikan. fussfreie Strassenröcke **jetzt 5,75, 9, 10 Mk.**
Gummimäntel, Reismäntel, Regenmäntel 10, 12, 15 Mk.
Neuheiten i. Herbstblusen 3, 5, 7, 50 Mk.
Einsegnungskleider in schwarz und weiss 15, 18 u. 20 Mk.
Trauerkleider in einfacher und eleganter Ausführung, auch
nach Maass in 24 St. 18, 20, 25 Mk.
Elegant garnierte Kleider in Zibeline, Safintuch und in den
neuesten Fantasiestoffen 20, 25, 30 Mk.
Herbst-Paletots, Winter-Paletots in den neuesten Modellen
und Stoffen in vollendetster Ausführung, in jeder Preislage.
Jacken u. Blusen-Costüme in neuesten Stoffen u. kleidsamen,
neuen Modellen 15, 20 Mk.
Fussfreies amerik. Jackenkleid, letzte Neuheit 20, 25 Mk.

Sielmann & Rosenberg

Kommandantenstr., Ecke Lindenstr.
Maassanfertigung.

„Volkswille“

Beste deutsche **2 Pf.-Cigarette.**
Heller türk. Tabak! Hochfeines Aroma!
Leichte Mischung! Feinste Handarbeit!
Cigarettenfabrik „Alexandria“ Dresden.
Vertreter: Hugo Sprodownsky, Berlin N., Brunnenstr. 159.

Nathan Wand,

129 Zöllnerstr. 129.
Die schönsten 15395
Herren-Winter-Paletots
und Anzüge in neu,
sowie speziell
Monats-Garderobe
von Modellen getragen Sachen,
soll neu, für jede Figur passend,
sind in großer Auswahl stets zu
staunend billigen Preisen zu haben.
Nathan Wand,
129 Zöllnerstr. 129.
Nachbarnstation Kottbuserthor.
Bitte auf Hausnummer zu achten.

Hüte in allen Preislagen.

R. Weidner, Hutmacher,
Dresdenerstr. 100,
an der Prinzenstrasse. 2704L*

Möbel

solche ganze Wohnung-Ein-
richtungen, reell und billig, Teil-
zahlung sehr coulant. Tischleria
65,00, 75,00, Spinde 36,00, 45,00,
55,00, Bettstellen m. Matratze u. Riffen
36,00, 40,00, 50,00, 60,00.
A. Friese, Michaelkirchstr. 8.
27302* Geogr. 1885.

Erkner-Baustellen

billig, gütig, Zahlung, nur b. Bauer
Catholy, Buchhorststr. 5, Win.
ab Schule. 52 Std. bis jetzt ver. Nöb.
Schulz, Hildorf, Venaufstr. 12/13.

Josef Fischer

Citbahnhof, Brombergerstr. 19/21
verkauft die Kohlen am billigsten ab
seinem Lagerplatz. Von 10 Ctr. an
1 Ctr. Hansa Halbsteine nur 60 Pfg.
1 Ctr. Seiffenberger Beileits 6-7 Zoll
nur 65 Pfg. 1 Ctr. eist Seiffenberger,
Denfels Werke, 7 Zoll, nur 75 Pfg.
Bestere Kohlen als letztere giebt es
nicht, mag der Name der Werkstätten
wie er will. Unter 10 Ctr. pro Ctr.
5 Pf. frei Haus, in den Keller 10 Pfg.
der Centner mehr. 20 Handwagen
verleihe zur Kohle a 10 Pfg. 23922*

Gebrauchte-Öfen

Neu 2 Mark an
Neue frische-Dauer-
brand-Öfen, die immer
von 1 Mark an
Neu 2 Mark an
Neue frische-Dauer-
brand-Öfen, die immer
von 1 Mark an
W. SCHROEDER HILDEBR. 23

Dr. Schünemann

Spezialarzt für Haut-, Horn- und
Frauenleiden, Seydelstr. 9.
1, 12-1/3, 1/6-1/8, Sonnt. 9-11.

Sprungfeder-Matratzen
gesetzlich geschützt
Stahlrohre, untere Stahl-, besser eine Stahlrohre mit
Zweijährigkeit: **Nowawes, Hirschstr. 2.**
Unübertroffen in **Reinlich-
keit und Haltbarkeit**
♦ 10 Jahre Garantie ♦
Polsterwaren-Fabrik
**Paul Müller, BERLIN O.,
Lebuserstr. 15.**

BLUTARMEN. KRANKEN
ärztlich
empfohlen
1-50 und
2 Mark.
**FEURIG
SÜSSER
KRAFT-ROTHWEIN**
Santa Lucia
steht unter ständiger Kontrolle des
Gerichtschemikers Dr. C. Bischoff.
Unverfälscht. Deutscher
Honig! Bierhonig, best. Quali-
verf. die 10 Pfundbottle zu 7,00 Mk., 5 Pfd.
4,30 Mk. franco. Garant. Rücknahme.
**E. Reil, Nordloh, Bahnhof,
Kugelfeldstr., Ebersg.**

Wollen Sie vorteilh. kaufen?
So kaufen Sie nach Gewicht!
Ich führe nur **erstklassige Marken**
und notiere bis auf weiteres ab
m. Lagerplatz
Berlin O., Brombergerstr. 15/16
(königl. Ostbahnhof)
In Seiffenbrg. Marienglück, 7", p. Ctr.
(110-120 Stück) 75 Pf.
In Diamant, 7", ges. gesch. Qual.,
unverfälscht, p. Ctr. (110-120 St.) 80 Pf.
In Jise-Briketts, 7", bei 50 Ctr. p.
Ctr. (110-120 Stück) 85 Pf.
In Jise u. Diamant, Halbsteine sowie
Wurf-Briketts, in Qual. p. Ctr. 65 Pf.
frei Keller pro Contner 10 Pf. mehr.
Salon-Briketts bei 100 Ctr. 5 Pf.
billiger. — In doppelt gesiebten
Anthracit Cade p. Ctr. M. 1,90,
Buchen-, Birken-, Kiefern-Kloben
I. Klasse, zerkl. auf eig. Maschinen,
2-3 Schnitt, p. Mtr. M. 11.-, 4-6
Schnitt 50 Pf. mehr. In Oberschl.
Steinkohlen u. andre billiger
Marken in Briketts II. Qualität,
sowie Coaks, grob u. zerkleinert,
liefern laut Preisliste. 2655L*
Bei Original-Waggons u. gröss.
Abschlüssen direkt von d. Gruben
verl. Sie meine Special-Offerte.
**A. B. Koch, Berlin O.,
Kohlen-Grosshändler.**

Reine vollwertiges Roggenbrot

a 50, 35 u. 20 Pf.
und gute, schmackhafte weisse Baze,
6 Stück 10 Pf., empfehle ich
den werten Genossen u. Genossinnen.
**Ernst Pfeiffer, Pappel-Allee 24,
Bäckerei.**

Reste

C. PEI
DAMENMANTEL
KOSTUMSTOFFE
SEIDENSTOFFE
PLÜSHE
BESATZARTIKEL
KRIM
STRICKAN-
MER

Land

Boche 2 R. 25. Zahlung,
840 qm 300 R. Bor-
ort. Nur mündlich.
Herronimy, Blumenstr. 79.

Neu eingetroffen!

Sechs hochelegante amerikanische Formen
Drei neue Formen Cylinder 1903, Herbstmode, 7,00, 8,50, 10,00 per Stück.
Chapeaux eliques a 7,00 und 9,00 per Stück.
Ferner ein Vollen weicher Herrenhüte in Qualität, Atlasfutter, 2,00 per Stück.
Reine Güte stellen bis 20-30 Proz. billiger als in Ladengeschäften.
Zu jedem Hut ein vergoldetes Monogramm gratis. 27420*

Hut-Engros-Geschäft Alvin Sussmann

Holzmarktstr. 38, parterre.

Socialdemokratischer Wahlverein
für den 6. Berliner Reichstags-
Wahlkreis.
Nachruf.
Am 17. d. M. verstarb unser
Mitglied, der Kamerad
Hermann Schulz,
Gartenstraße 29.
Die Beerdigung fand am 21.
d. M. in Nechom (Reddenburg-
Strelitz) statt.
Ehre seinem Andenken!
Der Vorstand.
249/7

Todes-Anzeige.
Allen Verwandten, Freunden
und Bekannten die traurige Nach-
richt, daß meine liebe Frau, unsere
gute Mutter
Auguste Nierich
am 23. d. M. verstorben ist.
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 27., nachmittags
3 Uhr, von der Charité aus nach
dem Charité-Nirchhof, Noll-
straße, statt. 27372
Rudolf Nierich nebst Kindern.

Dankfagung.

Für die überaus zahlreiche und
herzliche Teilnahme und Anteilnahme
anlässlich der Beerdigung meines
lieben, unvergesslichen, leider viel zu
früh plötzlich verstorbenen Mannes,
unseres guten Sohnes und Schwager-
s, des Lagerhalters
Hermann Meiling

Fehlt Ihnen etwas?

für die neue Wohnung, so gehen Sie rechtzeitig in unser
Special-Haus. Dortselbst finden Sie eine überraschend grosse
Auswahl von Neuheiten in
Teppichen, Portieren, Gardinen,
Diwan-, Tisch- u. Steppdecken, Möbel- u. Läuferstoffen etc.
Da wir riesige Waren-Posten gegen Cassa-Zahlung un-
gemein günstig erworben haben, verkaufen wir obige Artikel
zu **wirklich spottbilligen Preisen.**
Teppichhaus
B. Adler & Co.,
Königstrasse 20-21, an der Jüdenstrasse.

Schon 7. October Ziehung.

IX. Schneidemühler Pferde-Lotterie.
Hauptgewinn:
à Loos 1 M. 11 Loose 10 M. **10.000 M.**
Porto u. Liste 20 Pf. auch geg. Briefmarke.
1 eleg. 4spännige Equipage
ausserdem 3 complett bespannte Equipagen, 44 Pferde,
sowie 2400 massiv silberne Theelöffel.
2434 Gewinne, Gesamtwert 52.000 Mark.
Loose à 1 M. 11 für 10 M. versendet auf Wunsch auch unter Nachnahme
Berlin W.,
Carl Heintze, Unter den Linden 3
gegründet 1872.

Die schönsten Herren-

Sommer-Paletots, Frühjahrs-Anzüge, Hosen
in neu, sowie speziell 2616L*
Monatsgarderobe
v. Rabalieren zurückgeleitete Sachen, wenig
getragen, 1 jede Fig. pass., sind in gr. Anzahl,
stets zu staunend billigen Preisen zu haben.
J. Wand, 1. Geschäft: Prinzenstr. 17,
an der Passerhofstraße.
2. Geschäft: **Gr. Frankfurterstr. 116,**
an der Andreasstraße.

Feinste Cigarette!

Überall käuflich.
SULIMA DRESDEN.
Jährliche Production 190 Millionen.

Centralverband d. Handels-, Transport- u. Verkehrsarbeiter Deutschlands. — Verwaltungsstelle Berlin I.
Bureau u. Arbeitsnachweis: Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, II, Zimmer 16. — Telephon: Amt VII, Nr. 3348.

Achtung! Achtung!
Schaffner, Kutscher und Stalleute
der Allgem. Berliner Omnibus-Aktien-Gesellschaft.
Heute, Sonnabend, vormittags 10 Uhr:
Gr. Versammlung der Streikenden
bei Suggenhagen, am Moritzplatz.

Tages-Ordnung:
1. Bericht über den Stand der Bewegung.
2. Diskussion und weitere Beschlusfassung.
Es ist Ehrenpflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen.
Das Mitgliedebuch ist mitzubringen.
68/10 Die Ortsverwaltung.

Verband der Möbelpolierer.
Heute abend 8 1/2 Uhr, Weissenhof, König-Chaussee 55:
Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn Dr. Wollheim über: Staats- und Selbsthilfe. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes und Bericht über die Firma Hahn u. Weytom.

Montag, den 28., abends 8 1/2 Uhr, Lichtenberg, Friedrich Karstr. 11:
Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Kollegen W. Ritsche über: Die Bedeutung der Wahl zum preussischen Landtag. 2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten und das Verhalten einiger Tischlermeister.

Montag, den 28., abends 8 1/2 Uhr, im Süd-Osten, Admiralsstr. 18c:
Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Gewerkschaftssekretärs Genossen Einl über: Das Unfallversicherungs-Gesetz und seine Bedeutung für die Arbeiter. 2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten. 4. Verschiedenes. Die Mitglieder werden ersucht, obige Versammlungen pünktlich zu besuchen.
Mittwoch, den 30. September: **Vorstandssitzung.**

Das 20-jährige Stiftungsfest findet am 3. Oktober im Keller des Festsaal, Köpenickerstr. 29, statt. Einladungskarten a 25 Pf. sind bei den bekannten Kollegen zu haben.
147/9 Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin.
Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 353.

Sonntag, den 27. September 1903, vormittags 10 1/2 Uhr:
Versammlung
der Rohrleger und Helfer Berlins u. Umg.
im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 4.

Tages-Ordnung:
1. Die Tätigkeit der Schlichtungskommission. Referent: Kollege C. Wiefenthal. 2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten.

Sonntag, den 27. September 1903, vormittags 10 Uhr, im „Gewerkschaftshaus Wedding“, Röhrenstr. 7:
Versammlung

der Hobler, Bohrer, Fraiser und Stoßer.
Tages-Ordnung:
1. Bericht der Agitationskommission. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Zahlreichen Besuch erwartet.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Sonntag, 27. September, vorm. 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer Nr. 15, Saal 7:
Versammlung der Einsetzer Berlins u. Umgegend.

Tages-Ordnung:
1. Bericht über die Baukontrolle. 2. Branchen-Angelegenheiten. 3. Abrechnung vom Vergütigen.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht.
Die Kommission.
Die Adresse des Obmann ist: D. Parles, Schwedenstr. 18a.

Sonntag, den 27. September, vormittags 9 Uhr:
Branchenversammlung der Jalousienarbeiter
im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (Saal 1).
Tages-Ordnung:
1. Vortrag. (Referent und Thema wird in der Versammlung bekannt gegeben). 2. Diskussion. 3. Branchen- und Verbands-Angelegenheiten sowie Bericht der Kommission. 4. Verschiedenes.
Auch Nichtmitglieder haben Zutritt. Es wird gebeten, zahlreich zu erscheinen.

Centralverband der Glaser Deutschlands.
Zahlstelle Berlin.

Achtung! Achtung!
Glaser! Bauarbeiter!
Mittwoch, den 30. September, abends 8 1/2 Uhr:
Oeffentliche Versammlung
der Glaser Berlins und Umgegend
im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 1.

Tages-Ordnung:
1. Wie wird der Lohnstarif seitens der Unternehmer eingehalten?
2. Bericht der Schlichtungs-Kommission.
Wir bitten die Bauarbeiter, die Glaser überall auf diese Versammlung aufmerksam zu machen.
73/14 Die Ortsverwaltung. J. H. C. Jahn.

Sonntag, den 27. September:
Billige Extra-Fahrt mit Musik

nach **Ziegenhals bei Zeuthen.**
Abfahrt vorm. 10 Uhr, Stralauer Brücke, Station Kahn & Herzer. Fahrpreis hin und zurück 60 Pf., Kinder 30 Pf. Bei eintretender Dunkelheit: Wasser, Feuerwerk und Raketenpompone. Im Saal: Ball, Bonbonregen.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Kallisch in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: E. G. Stolz in Berlin. Druck und Verlag: Vorwärts-Verlagsgesellschaft Paul Singer & Co., Berlin SW.

Brauerei Karl Gregory Aktien-Gesellschaft

Berlin N.
empfiehlt ihre vorzüglichen Biere aus bestem Malz und Hopfen hergestellt, als:
Lager-Bier (goldgelb)
Pilsener Bier (Specialität)
Kofbräu (nach Münchener Art)
in Gebinden und Flaschen. 2514 L.

Beim Quartalswechsel zum Abonnement empfohlen.

Die **Neue Zeit** Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie. Redigiert von Karl Kautsky
Eingetragen im Reichspostkatalog unter Nr. 5575
Preis pro Quartal Mk. 3.25, des einzelnen Heftes 25 Pfennig.

Die **Gleichheit** Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen. Redigiert von Klara Zetkin
Eingetragen im Reichspostkatalog unter Nr. 3189
Preis p. Quart. 55 Pf. ohne Bestellgeld, der einzelnen Nummer 10 Pf.

Der **Wahre Jacob**
Erscheint alle 14 Tage nebst einem Unterhaltungsblatt
Redigiert von S. Heymann
Eingetragen im Reichspostkatalog unter Nr. 8220
Preis pro Quartal 65 Pf., der einzelnen Nummer 10 Pf.

Zu beziehen durch die Buchhandlung Vorwärts sowie durch alle Kolporteur- und Zeitungs-Expeditoren. 233/19



Dieser schwarze steife Hut mit Futter kostet 2 Mark.
Dieser weiche Herrenhut kostet mit Satinfutter 1,75 Mark. mit Atlasfutter 2,- Kleiner Form 1,50
Colliers von den billigsten bis zu den feinsten Pelzarten
Neuheit: Die modernen Beulenhüte führe zu M. 2,- bis 5,50
Grösste Auswahl in Herren-, Knaben- und Mädchen-Mützen
Oscar Arnold
Grösstes Special-Geschäft
Engros für Hüte, Mützen und Pelzwaren Export
nur **Dresdenerstr. 116** (Kein Laden)
Einzelverkauf zu erstaunend billigen Preisen und aussergewöhnlich reichhaltige Auswahl in allen Preislagen.

„Mobilia“
Berliner Möbel-Industrie-Gesellschaft m. b. H.
1 An der Jannowitzbrücke 1.
Möbel. Teppiche. Gardinen.
Specialität:
Bürgerliche Wohnungs-Einrichtungen.
Wir gewähren sicheren Leuten ohne Preisaufschlag
leichteste Teilzahlung.
2537/2

Wohlfahrts-Geld-Lotterie
Ziehung: 28. Sept. - 2. Okt.
16 870 Geldgewinne bar ohne jeden Abzug zahlbar von Mk.
575 000
Hauptgewinn: Mark
100 000
50 000
25 000
etc. etc. etc.
Originallose à Mk. 3,30.
Für Porto und Liste 30 Pf. extra.
Max Lippold, Mainz,
Hauptkoll. d. Hess.-Thür. Staatslott.
Wiederverkäufer gesucht.

Jeder Arbeiter, Jeder Handwerker sollte zur Arbeit
Die Lederhose Herkules tragen. Allein-Verkauf. Sehr starke Hose in prächtigen grauen u. braunen Streifen, auch einfarbig. Am Bund aus einem Stück gearbeitet. Sehr feste Knappnähte. Kalibarete Blot-Taschen. Große Hüften umfassen. Die Hose bei Annahme von 4 Mk. 50
Schlaueres Konter-Jackett 1 Mk. 90
Schlaueres Konter-Jose 1 Mk. 50
Schlaueres Konter-Jackett Prima Röper-Gewebe 2 Mk. 50
Schlaueres Konter-Jose Prima Röper-Gewebe 2 Mk. 10
Rauher-Jose 3,50, 3,25, 3,25, 3 Mk. 50
Schlaueres Konter-Jackett 14.- 9.-
Reihe Arbeiter-Jackets 3,50, 2 Mk. 75
Konditor-Putzen, Zwilling 4,25, 3 Mk. —
Kaler-Mittel 3.-, 2,50, 2 Mk. —
Reiniger-Mittel (braun) 3.-, 2 Mk. 40
Reihe Leder-Jackets, Zwilling 7,50, 3 Mk. 75
Reihe Lederhosen 4,50, 2 Mk. 75
Konditorhosen, fest u. schön 3.-, 1 Mk. 75
Die Preise gelten für normale Größen
Baer Sohn
En gros. Export. En detail.
Chausseest. 24a 25. Brückenstr. 11.
Gr. Frankfurterstr. 20.
Die 21. Preisliste 1903 wird kostenlos und portofrei zugestellt.
Bei Bestellung von Hosen ist die Bundweite und die Schrittlänge, bei Jacketts und Mänteln die Brustweite anzugeben. 1903/2
— Versand von 30 Mk. an franco. —
Nachdruck verboten!
Von der Reihe zurück
Dr. Paul Richter
19485 Münzstr. 4.

Anerkannt sehr leistungsfähig ist die
Stahlwarenfabrik und Versandhaus I. Ranges Gebrüder Rauh, Gräfrath b. Solingen. Taschen-Messer
mit Kompass
Neu! geschliffen geschliffen Neu!
Ist in keinem Laden, nur bei uns zu haben.
30 Tage zur Probe versenden wir nebenstehendes Taschenmesser Nr. 1903, sog. Nicker, schließt sich nur durch Druck auf kleine Klinge, mit 2 aus prima Stahl geschmiedeten Klingen und Korstzähler, echtes Hirschhornheft mit Neuüberbehalten, unter Garantie zum Preise von nur 1,35 Mk. franco, für Eingeweihten jedes beliebigen Namens in die Klinge, fein vergolddet und verziert, berechnen wir nur 10 Pf. 131/19
Versand gegen Nachnahme oder Vorper- einzahlung des Betrages.
Garantie-Zchein:
Nichtgefallende Waren tauschen wir bereitwilligst um oder zahlen Betrag zurück.
Verlangen Sie umsonst und portofrei unsern neuesten
Pracht-Katalog, Ausgabe 1903 mit über 3000 Abbildungen von Solinger Stahlwaren, Lederwaren, Gold- und Silberwaren, Haushaltungs-Gegenständen, Uhren, Uhrketten, Musikwaren, Pfeifen, Cigarren, Cigarrenstücken, Spielwaren, Regenschirmen, Spazierstöcken u. sonstigen vielen Neuheiten. — Bemerken noch, daß nur elegante, gute und preiswürdige Ware zum Versand kommt.
Wiederverkäufer wollen Extra-Bedingungen verlangen. Alle Stahl- waren liefern wir auf Wunsch ohne Preisermäßigung magnetisch. Täglich einlaufende Anerkennungs-schreiben beweisen unsere Reellität und Leistungs- fähigkeit. So schreibt Herr Jansorff: „Die bestellten Waren sind zu meiner größten Zufriedenheit angekommen; alle sind entsetzt von der Güte Ihrer Fabrikate. Ich werde Sie stets empfehlen und bei Bedarf mich an Ihre geschätzte Firma wenden.“
Städt., den 8. Juli 1903. (Gst.) Jansorff, Lehrer.

Rosenthaler „Vereinshaus“.
Inhaber: Paul Pfeffer, früher Schiller.
Rosenthalerstraße 57 und Gormannstraße 28.
Empfehle meine neu renovierten Kasse und Vereinszimmer mit Pianino3 den geehrten Vereinen etc. zur güt. Benutzung. 2666/2
Ganz umsonst und portofrei kann sich Jeder von uns für ent- sprechenden Wert Waren erworben.
Mit Karte in Gesellschaft 10 Pf. mehr.
Zuverlässige Größe
Man verlange neuesten Frachtkatalog mit 2000 Abbildungen nebst näherer Angabe ebenfalls gratis und franco (ohne Kaufzwang). Derselbe enthält grosse Auswahl in Rasiermessern, Rasierstenteln, Haarschneidern, Taschen-, Tafelmessern und Gabeln, Dosen, Gärtner- und Schneidwerkzeugen, Reben- oder Gartenschneidern, Sensen, Gartner- messern, Brod-, Schlacht-, Gemüse-, Hack- und Wiegensässen, Pfeifen, Uhr- und Halsketten, Broschen, Ringen, Schmuck- und Stichtaschen, Spazierstöcken, Fernrohren, Feldstechern, Schuss- und Stichtaschen, Musik-Instrumenten und sonstigen Schmuck- und Haushaltungsartikeln etc. etc. Gleichzeitg überreichen wir, damit sich Jeder von der Güte und Qualität unserer Waren überzeugen kann, franco Rasiermesser No. 50 mit feinestem schwarzem Heft und Etuis für nur Mk. 1,75 30 Tage zur Probe mit 5 Jahren Garantie. — Besteller verpflichtet sich, den Betrag einzulösen oder das Messer zu retournieren.
Nur wie die Etikette vor gegen Nachnahme. Kisten gratis zur unsere Firma zu schicken.
Gebrüder Bell, Gräfrath 3022 bei Solingen, Alleinst. Fabrikverandhaus am Platz, geg. über 1876.

Die Parteigenossinnen Berlins

nahmen am Donnerstag in einer von ihrer Vertrauensperson einberufenen Volksversammlung unter anderem auch den Bericht ihrer Delegierten vom Parteitag entgegen.

Zunächst erstatteten die Vertrauenspersonen, Genossinnen Pausche und Wengels, ihre Rechenschaftsberichte. Genossin Pausche nahm ein 501,45 M. und gab aus 488,45 M. Genossin Wengels nahm als Vertrauensperson 704,82 M. ein, wovon noch ein Rest von 3,88 M. vorhanden ist. Der Frauen-Wahlverein, dem die Haupttätigkeit beider Vertrauenspersonen gewidmet war, hatte 688 Mitglieder und eine Einnahme von 588,78 M., der eine gleich große Ausgabe gegenübersteht. Von dieser Summe wurden 300 M. dem Parteivorstand und ca. 50 M. der weiblichen Vertrauensperson überwiesen. — Genossin Wengels verties weiter auf die Bekämpfung des Wahltermins für die Landtagswahlen und empfahl, jetzt wieder einen sozialdemokratischen Frauen-Wahlverein zu gründen, und zwar sogleich, um das winzige politische Recht, das das Vereinsgesetz für die Zeit der Wahlen den Frauen lasse, gründlich ausgenutzt werde. — Nachdem die Revisionsformen gesprochen, wurde gemäß ihrem Antrage einstimmig den Vertrauenspersonen Decharge erteilt. — Zu Vertrauenspersonen neu gewählt wurden die Genossinnen Wulf, Pausche, Wengels und Luz. Dann beschloß man die Gründung eines Frauen-Wahlvereins zur Agitation für die preussischen Landtagswahlen.

Als Statut wurden die Satzungen des verflorenen Wahlvereins genommen, nur daß das Wort „Reichstagswahlen“ ersetzt worden ist durch „Landtagswahlen“. Als Vorstand fungieren die weiblichen Vertrauenspersonen.

Ueber die Brandenburger Provinzial-Konferenz berichtete die Genossin Vahr, welche zu den polizeilich erzielten Delegierten gehörte und den Verhandlungen „im Segment“, auf der Galerie, beigewohnt und, wie sie sagte, innerlich mit abgestimmt habe. Aus der Rechtslosmachung der Frauen, wie sie dort wieder praktiziert sei, werde ihre Bewegung zur Erlämpfung gleichen Rechtes für alle Menschen neue Nahrung ziehen.

Ueber den Dresdener Parteitag erstattete Genossin Dittlie Vaader Bericht. Ihr Urteil faßte sie dahin zusammen: Es sei allerdings manches derbe Wort gesprochen worden. Personen habe man angegriffen und Angriffe hätten zurückgewiesen werden müssen. Aber wenn es auch lebhaft zugegangen sei, wenn auch die Meinungen aufeinander prallten, so wäre doch die gründliche Erleuchtung der behandelten Angelegenheiten eine notwendige gewesen. Einzelne Personen hätten die sachlich geführte Diskussion erst aufs persönliche Gebiet hinübergezerrt. Das Fazit des ganzen Parteitages sei aber doch, daß er etwas geleistet habe, und zwar habe er Klarheit geschaffen in Fragen, über die Meinungsverschiedenheiten bestanden. Nebenher ging dann näher auf die Debatte über Mitarbeit an bürgerlichen Wahlen ein und vertrat lebhaft den Standpunkt, der in den vom Parteivorstand aufgestellten und vom Parteitag gebilligten Grundsätzen zum Ausdruck kommt. Auch die Stellungnahme des Parteitages in der Frage des „Revisionsismus“, der Vizepräsidenten-Frage etc. billigte Rednerin im vollen Umfange, wobei sie sich gegen die Anschauungen Versteins und seiner Anhänger schärfte ausließ. Dies oder jene Wort, meinte Genossin Vaader zum Schluß, hätte ja gut wegbleiben können bei den Verhandlungen; im großen ganzen aber könne man sehr zufrieden sein, denn der Parteitag habe gewirkt wie ein reinigendes Gewässer. Auch sei es eine nicht hoch genug zu schätzende praktische Arbeit, wenn Klarheit geschaffen wurde darüber, daß die Partei bei ihrem bewährten Klassenkampf-Standpunkt beharren wolle und müsse. (Beifall.)

Genossin Fhrer vervollständigte den Bericht noch, indem sie besonders die von den Frauen dem Parteitage unterbreiteten Anträge behandelte, insbesondere auch die über das Stimmrecht und den Arbeiterinnenzuschlag. Was die Landtagswahlen angeht, so habe ja die Konferenz beschlossen, daß die Mittel von den Genossen des Landes selber aufzubringen seien. Selbstverständlich werde es Aufgabe der Frauen sein, in ihrem Wahlverein kräftig dabei zu helfen.

Genossin Heidemann betonte in der Diskussion, sich gegen den Revisionsismus wendend, daß die Partei nicht Leute dulden könne, die einen Weg beschritten, welcher zur Verwischung des Klassenkampfes führe. — Frau Gubela ist mit der geschaffenen Klarheit einverstanden, wünscht aber das Persönliche mehr zurückgedämmt. — Genossin Wengels verlas ein Circular, das zwecks Erwerbung von Inserenten für die vom Genossen Heinrich Braun neu herausgegebene Zeitschrift: „Die Neue Gesellschaft, sozialdemokratische Wochenchrift“, verfaßt worden ist. Die Empfehlung der Insertion in der „Neuen Gesellschaft“ verweist u. a. auf das starke Aufsehen der Socialdemokratie, darauf, daß die ersten Nummern in einer sehr starken Auflage herauskommen werden und das Blatt in die Hände von großen Massen besserer Arbeiter gelange. Frau Wengels läßt scharfe Kritik daran und meinte, die hier gemachte Bekanntheit lasse die des „Lokal-Anzeigers“ und der „Morgenpost“ noch hinter sich. Man solle die „Neue Zeit“ und die „Gleichheit“ lesen und dem neuen Blatt den Rücken kehren. Im gleichen Sinne sprach Genossin Luz. Darauf verteidigte Buchhalter Eichberg, der sich als Angestellter Heinrich Brauns vorstellte, den Genossen Braun und die Zeitschrift, deren erste Nummer noch nicht erschienen ist. Er, Redner, sei der Verfasser des Circulars, also der Schuldige. Er halte es indessen für selbstverständlich, wenn man in einer Insertionsaufforderung die Vorzüge des Organs hervorhebe. Weiter sei hier auch nichts geschehen. Uebrigens müsse man doch erst das Herauskommen der Zeitschrift abwarten, sehen wie sie sei, ehe man Dr. Braun und sein Blatt todschlage.

Stadthagen machte dagegen geltend, daß Ähnliches, wie diese Bekanntheit, noch nicht vorgekommen sei. Es werde versucht, rein persönliche Interessen auf Kosten der Partei in der sämtlichen Weise geltend zu machen. Man nehme sich heraus, von einer neuen sozialdemokratischen Zeitschrift zu sprechen. Darunter verstehe aber der Arbeiter ein von den zuständigen Partei-Instanzen gutgeheißenes Organ. Ein solches sei die „Neue Gesellschaft“ nicht. Sie sei ein Privatunternehmen und gegründet, obwohl auf Parteitag etc. stets selbst vor Neugründungen direkter Partei-Organen gewarnt werde. Am schärfsten zu verurteilen seien die, welche, was der Partei zustehe, zu persönlichen Zwecken in Anspruch nähmen. — Man sollte nicht die Ehre der Partei besudeln lassen durch die schändliche Bekanntheit, die deshalb unter der des „Lokal-Anzeigers“ stehe, weil es keinem Unternehmer einfallen werde, eine Partei seinen Zwecken dienlich zu machen.

Eichberg trat Stadthagen entgegen, bestritt, daß die Partei hier persönlichen Interessen nutzbar gemacht werden solle, und erklärte, er müsse sich energisch die Niederträchtigkeit verbitten, die in der betrieblösen Behauptung Stadthagens liege, es sei mit der Gründung beabsichtigt, einen Keil in die Arbeiterkraft zu treiben. Stadthagen blieb bei seinem Standpunkt und meinte, es wäre gut gewesen, wenn sich Braun das von seinem Angestellten verfaßte und veränderte Circular durchgesehen hätte; den Inhalt hätte Braun wohl schwerlich gebilligt. Eine Kampfpartei müsse geschlossen sein. Mit Recht sei vor der neuen Zeitschrift gewarnt worden. — Genosse Daja verglich Stadthagen mit einem Oberstaatsanwalt, der wegen einer Kleinlichen Sache geschäftig vorgehe. Redner hemangelte auch, was man auf dem Parteitag und in der Versammlung bei der Berichterstattung über die Akademiker und Intellektuellen gesagt habe.

Klara Jettin legte dar, daß eine Feindschaft gegen die Akademiker als solche nicht zu Tage getreten sei, und charakterisierte näher, worum es sich gehandelt habe. — Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die Versammelten erklären sich mit den Beschlüssen des Parteitages einverstanden. Sie bewahren es im Parteinteresse, daß es erst einer 2/3-jährigen Debatte bedürfte, um den Beschwerdeführern

Braun, Göhre, Heine, Vordardt, Verthold und Genossen Karzuzumachen, daß die Mitarbeiterschaft an bürgerlichen Wahlen, welche geschäftige oder hässliche Angriffe gegen die Partei enthalten, eines Genossen unwürdig ist. — Nachdem der Parteitag mit ungeheurer Mehrheit die Ansicht des Parteivorstandes gebilligt hat, hoffen die Versammelten, daß die Parteigenossen den Parteitagbeschlüssen in allen Orten zur Durchführung bringen und gegen die Zuwiderhandelnden im Sinne des Beschlusses vorgehen. Die Versammlung verurteilt, daß auf dem Parteitag, ohne vorherige Verständigung der Organisationen, alle Vorkommnisse gegen den Genossen Mehling vorgebracht sind, und nicht um der Partei zu dienen, sondern um sich zu rächen, weil Genosse Mehling die die Partei schädigende Mitarbeit von Genossen an der „Zukunft“ kritisiert hat. Die Versammlung hofft, daß die zuständigen Instanzen diesen Versuch, die freie Meinungsäußerung durch persönliche Verdächtigungen zu beeinträchtigen, zurückweisen und ferner untersuchen, ob diesem Vorgehen auch geschäftliche Motive zu Grunde liegen. Es hoffen die Versammelten, daß die Beschlüsse des Parteitages dazu führen, daß die sogenannten Revisionsisten ihr Verhalten diesen Beschlüssen entsprechend einrichten.“

Zum Streik der Omnibus-Angestellten.

Ein eigenartiger Anblick bietet sich gegenwärtig dem Publikum in den Straßen. Es ist, als wenn die Omnibus-Gesellschaft eine öffentliche Moskade ihrer dienstbaren Geister veranstaltet hätte. Die ihr treu gebliebenen alten Kutscher und Schaffner haben zwar ihren äußeren Menschen nicht verändert, sie fahren in der gewohnten „Uniform“. Dagegen machen die neu engagierten „Arbeitswilligen“ in ihrer Kostümierung einen bisweilen geradezu kurtosen Eindruck. Die einen sehen in den Kutscherröcken aus wie neu eingeleidete Rekruten, die anderen müssen wegen Mangel an „Uniformen“ in „Civilleidung“ fahren. Einige haben merkwürdig sitzende Lackhüte auf den Köpfen, andre wieder große Schirmmützen. Um das Bild der lieblichen Quittschdigkeit noch vollständiger zu machen, tragen die „Civillisten“ breite Binden am Arm, und zwar die Kutscher gelbe, die Schaffner weiße. So sind diese Herren „Arbeitswilligen“ wenigstens gleich äußerlich gekennzeichnet. Welche Anstrengungen die Gesellschaft macht, um täglich den nötigen Ersatz für die Streikenden zu beschaffen — täglich muß dies schon geschehen, weil eine große Zahl der Arbeitswilligen gleich wieder aufhört, wenn sie die Annehmlichkeiten des Omnibusdienstes einen Tag lang durchloset haben — davon zeugen die Plakate an den Anschlagtafeln und die stets neuen Gesichter auf den Kutscherröcken. Alt und jung sind aus den Herbergen und dem Hof für Obdachlose herausgeholt. Neben hochwichtigen bürgerlichen Greisengestalten sieht man junge Burichen von 16, 17 Jahren als Roffelenter thätig. Die Gesellschaft, sich des Wertes dieser Elemente wohl bewußt, hat sich denn auch an Berufsarbeiter um Hilfskräfte gewandt, so an den Verein der Hausdiener, den Verein der Drochsenkutscher und an den Verein der Brauerei-Arbeiter und Kutscher. Jedoch, wie nicht anders zu erwarten, lehnten diese es ohne weiteres ab, der Berliner Omnibus-Gesellschaft Streikbrecher zu stellen, ja es wurden ihnen Vertretern derart deutliche Antworten gegeben, daß sie dort ihr Heil wohl sobald nicht wieder versuchen dürften.

Die Direction sucht es in der Öffentlichkeit so darzustellen, als thue der Streik ihrem Unternehmen keinen nennenswerten Abbruch. Sie hält die Bewegung der Angestellten nach bekannten Mustern lediglich für eine „Zerfährung“ derselben durch den Transportarbeiter-Verband und hat in einem Was die Streikenden aufgefördert, sofort wieder zur Arbeit zurückzukehren, widrigenfalls diese „weder jetzt noch künftighin“ jemals wieder eingestellt würden. Einige Schaffner hatten sich durch diese Bekannmachung auch tatsächlich einschüchtern lassen und meldeten sich in der Ufedomstraße regelmäßig wieder zum Dienst. Doch sie wurden abgewiesen mit dem Bemerkten, sie möchten erst die nötigen Kutscher beschaffen, dann könnten auch sie wieder Beschäftigung erhalten. — In der Bekannmachung heißt es dann noch: „In dankenswerter Weise hat die Polizei dafür gesorgt, daß die Arbeitswilligen in keiner Weise bei der Aufnahme des Betriebs heute früh gestört worden sind.“ Nun, das Verhalten der Polizei ist ja ein ähnliches wie bei allen Streiks, in diesem Falle ist es aber noch besonders bemerkenswert.

Sie läßt nämlich die Streikbrecher ungehindert ohne Fahrschein fahren, während sonst jeder Lenker eines öffentlichen Fuhrwerks einen solchen haben muß. Als am Donnerstag eine Deputation der Streikenden hierüber auf dem Polizeipräsidium vorstellig wurde, belam sie zur Antwort, dies geschehe nicht im Interesse der Gesellschaft, sondern lediglich im Interesse des Publikums, damit dieses nach wie vor in den Omnibussen befördert werden könne. Hätte die Polizeibehörde, so hieß es weiter, zu Ungunsten der Streikenden eingreifen wollen, so wäre es ihr ja ein leichtes gewesen, diesen ihre Fahrschein abzufordern, weil sie kontrafaktisch geworden seien. Da man dies aber nicht thue, so sei das doch ein Beweis dafür, daß die Behörde nur nach den Principien ausgleichender Gerechtigkeit handle. Die Deputation jedoch schien nur wenig Verständnis für diese ausgleichende Gerechtigkeit zu empfinden, sie bot bereitwillig der Polizeibehörde die Auslieferung der eignen Fahrschein an, wenn dafür gefordert würde, daß die Streikbrecher ohne solche nicht weiter fahren dürften. Doch auf diesen Vorschlag ging das Polizeipräsidium nicht ein. Es muß nun allerdings recht eigenartig berühren, wenn man die Rücksicht der Polizei der Omnibus-Gesellschaft und deren Streikbrechern gegenüber mit der gegen die Drochsenkutscher wegen einer etwaigen Nichtnahrhaltung der behördlichen Fahrbestimmungen geübten Strenge vergleicht.

Diese Auffassung kam auch in der gestrigen Versammlung der Streikenden sehr deutlich zum Durchbruch durch Annahme folgender Resolution:

„Die versammelten streikenden Omnibus-Angestellten sprechen ihr lebhaftes Bedauern darüber aus, daß das kgl. Polizeipräsidium es gestattet, daß Leute ohne Fahrschein, auf dessen Erlangung mancher der Anwesenden wohl ein Vierteljahr lang warten mußten, heute als Streikbrecher den Angestellten in den Rücken fallen dürfen. Die Ausständigen sind der Ueberzeugung, daß diese Maßnahme nur im Interesse der Omnibus-Gesellschaft, nicht aber, wie angegeben, im Interesse des verkehrenden Publikums liegen kann, da durch die Unkenntnis und Unvorsichtigkeit der Streikbrecher im Fahren bei der Ausübung des Geschäftes und verantwortungsvollen Verurs als Kutscher Leben und Gesundheit des Publikums in hohem Maße gefährdet wird.“

Das Publikum scheint sich von ganz ähnlichen Erwägungen leiten zu lassen, denn die Omnibusse werden gegenwärtig auch nicht annähernd so stark frequentiert wie vor dem Streik. In den ungeliebten streikbrechenden Kutschern kann das Publikum selbstverständlich kein Vertrauen haben, dagegen wird den Streikenden allgemein starke Sympathie ausgedrückt, was sich besonders an den Gulleistungen der Omnibusse beobachten läßt. Häufig hört man die Worte: „Die Gesellschaft verläßt sich auf die Gutmütigkeit des Publikums und bezahlt ihre Angestellten nur deshalb so niedrig, damit wir den armen Leuten mit Trinkgeldern aufhelfen sollen“. Um nun das Publikum in seiner Gesamtheit noch mehr als bisher auf den Streik aufmerksam zu machen, beschloß die Versammlung ein Flugblatt zu verbreiten, in dem die Ursache des Streiks sowie die elende Lage der Omnibus-Angestellten klargelegt werden sollen. Ebenfalls wurde noch nachstehende Resolution angenommen:

„Die Streikenden bedauern, daß es leider noch so viele Kollegen und sonstige Arbeiter giebt, die sich dafür hergeben, Streikbrecherdienste zu leisten. Die Ausständigen sehen in dieser bedauerlichen Thatsache nur ein langes Hinziehen des Streiks und wenden sich deshalb an das Publikum und besonders an die organisierte Arbeiterkassette mit der dringenden Bitte, sie im Kampfe um ihre gerechten Forderungen zu unterstützen, indem sie

so lange die Benutzung der Wagen der Omnibus-Gesellschaft meiden, bis annehmbare Vereinbarungen zwischen beiden Parteien getroffen sind.“

Nachdem noch mitgeteilt wurde, daß sich die Zahl der Streikenden trotz des Abfalls einiger Angstneier nicht verkleinert habe, beschloß die Versammlung einstimmig, noch heute die Vermittlung des Einigungsamtes des Berliner Gewerbegerichts zwecks Beilegung des Streiks anzurufen.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Erster Wahlkreis! Sonntagmittag 2 Uhr findet eine Vorstellung in der Urania statt. Zur Aufführung gelangt „Von der Jagd zur Baymann“. Billets sind noch bei Weidmann, Grünstraße 21, und am Sonntag von 1 Uhr ab in der Urania, Laubenstraße, zum Preise von 60 Pf. zu haben.

Schöneberg. Morgen Sonntag, früh 8 Uhr, findet die Feststellung der Adressen der Stadtverordneten-Wähler statt. Die Parteigenossen werden ersucht, sich zahlreich daran zu beteiligen. Treffpunkt für die Mitglieder des 1., 2. und 3. Bezirks bei Schilling, Knyffhäuserstr. 16; 4. und 5. Bezirk bei Döring, Werseburgerstr. 7; 6. und 7. Bezirk bei Reimer, Hofenriedbergstr. 26; 8. Bezirk bei Hoffmann, Theresienstr. 16; 9. und 10. Bezirk bei Moll, Eponholzstr. 34.

Schöneberg. Dienstag: Versammlung des Wahlvereins bei Obst, Weiningerstraße 8. Tagesordnung: Berichterstattung vom Parteitag.

Alt-Glienicke. Der Wahlverein hält heute abend bei Sah seine Generalversammlung ab. Die reichhaltige Tagesordnung fordert die Anwesenheit jedes Parteigenossen. Die Broschüre über die preussischen Landtagswahlen wird unentgeltlich verteilt.

Treptow-Baumtschulenweg. Sonntag früh 8 Uhr: Flugblatt-Verbreitung. Treffpunkt der Genossen für Treptow: Kieffholzstraße 6 bei West, Neue Krug-Allee bei Weinholt; für Baumtschulenweg: Baumtschulenstr. 84/85 bei Staffeld.

Die Genossen in Treptow errichten am 1. Oktober eine Partispedition. Die Parteigenossen und Abonementen, welche bisher den „Vorwärts“ und sonstige Parteiliteratur von Privatbedienten bezogen haben, werden ersucht, schon jetzt Bestellungen beim Expediteur H. Voigt, Treptow, Eisenstr. 87, vorn 3 Et. links, aufzugeben.

Schmargendorf. Am Sonntag findet am Ort und außerhalb desselben eine Flugblatt-Verbreitung statt. Da der zu besetzende Platz groß ist, werden die Genossen gebeten, sich zahlreich und pünktlich um 7 Uhr im „Wirtshaus Schmargendorf“ einzufinden. Wahlvereinsmitglieder können die Kronische Broschüre: „Die preussischen Landtagswahlen“ unentgeltlich entgegennehmen.

Lokales.

Knuthauskandidaten.

Ein Leichenzug bewegt sich durch die Straßen der Stadt. Wohl an tausend Personen zu Fuß, dazu etwa ein Dutzend Wagen, kurz ein Bild, wie es in der Viermilienstadt das Jahr hindurch sich nicht eben selten zeigt. Ruhig, im üblichen langsamen Marsch gehen die Leidtragenden ihres Weges, durch belebte und unbesetzte Stadtviertel und niemand kümmert sich um sie. In Schöneberg, wo die Leiche aufgebahrt wird, sind zwar einige Schutzleute zur Stelle, doch walten diese in gemessenen Formen ihres Amtes und sorgen dafür, daß die Anstellung des Zuges durch den Wagenverkehr nicht gehindert wird. Denn geht es durch Berlin, ein Ort, der ja wohl zur Sicherung der Einwohnerschaft in gut hundert Polizeireviere eingeteilt ist. Ueber alle thront das Polizeipräsidium. Vielleicht ein Dutzend dieser Reviere wird von dem Leichenzug in würdiger Ordnung durchschritten und in würdiger Ordnung ist der Zug allmählich in der Nähe des Friedhofes angelangt, ohne daß irgend ein Zwischenfall eingetreten wäre. Wie sollte dies auch geschehen? Die Leidtragenden sind ordentliche Leute, zumeist Arbeiter, die in politischer und gewerkschaftlicher Schulung Disziplin gelernt haben und die durchaus wissen, was sie der Ehre des Toten, den sie zur letzten Ruhestätte geleiten, schuldig sind. Und ebenso ist die Bevölkerung der Reichshauptstadt im ganzen kultiviert genug, als daß zu befürchten wäre, irgend eine Menschengruppe könnte sich gegen den Trauerzug eine Unziemlichkeit erlauben. Da geschieht plötzlich etwas Entsetzliches. Ein Polizeileutnant drängt sich an den bis dahin von allem Ungemach verschont gebliebenen Kondukt und stellt im barschen Tone an einige der Kranzträger das Verlangen, daß sie die Schleifen von den Kränzen abnehmen sollen. Warum? Der in königlich preussischen Diensten stehende Mann kann die Farbe der Schleifen nicht leiden, gegen die bis dahin kein einziger Schützmann im großen Berlin etwas einzuwenden hatte. Selbstverständlich sind die Leidtragenden über diese unmotivirte Störung aufs höchste empört und ebenso selbstverständlich fällt es keinem der Kranzträger ein, das Verlangen des Beamten zu erfüllen. Da tauchen unter der Führung des Leutnants ein Dutzend Schutzleute auf, stürzen sich auf die Kranzträger, zerren und stoßen sie, und die Leidtragenden sind wie mit einem Schläge aus ihrer Selbstbestimmung herausgerissen, alles schaut empört und entsetzt auf und es bietet sich ein Bild, das das schlimmste befürchten läßt.

Wie nun, wenn unter den tausend und noch mehr Personen verschiedenen Temperaments, aus denen der Trauerzug zusammengekehrt ist, einige wenige sich finden, denen es an der übermenschlichen Selbstbeherrschung, die in diesem kritischen Augenblick von ihnen verlangt wird, gebricht, wenn sie, empört über das unerwartete Ungemach, das ihnen und ihren Gefährten widerfahren, in nur zu erklärlicher Aufregung Gewalt mit Gewalt erwidern? Was geschieht dann? Wird dann ihre Abwehr von den Leuten, denen ihr Schicksal überantwortet ist, gehörend gewürdigt, wird dann an dem Beamten die Sühne vollzogen, die der Gerechtigkeitsgott der Trauergemeinde zu fordern sich berechtigt glaubt?

O nein, eine ganz andre Tragödie entrollt sich nach solchem Ereignis im Polizeistaat Preußen. Die Leidtragenden sind es, die dann gepakt werden. Es giebt ein qualitvolles Prozedere mit Untersuchungshaft; nach Wochen oder Monaten ist Gerichtsverhandlung und ein Staatsanwalt beneift in schmetternder Rede, daß die Angeklagten zu den Verworfenen gehören, da sie sich des Widerstandes und des Aufruhrs schuldig gemacht haben. Die bürgerliche Justiz verurteilt sie zu Gefängnis und Justhaus. Zwanzig oder dreißig ehrenhafte Männer, die sich bis dahin nicht das geringste haben zu Schulden kommen lassen, die eine Minute vor dem entsetzlichen Ereignis an alles andre, nur nicht daran gedacht haben, ein Verbrechen zu begehen, sitzen dann hinter Mauermauern und sind mit Weib und Kind für ihr Leben unglücklich gemacht.

Es ist am Donnerstag nicht dahin gekommen. Die Männer und Frauen, die bei der Verdrigung ihres Parteigenossen Weising von einem Polizeileutnant attackiert wurden, haben die Bekannmachungsprobe überstanden, und daß kein namenloses Unglück geschehen ist, das haben Staat und Gesellschaft der sozialdemokratischen Schulung zu verdanken, durch die die Arbeiterkassette geschützt ist, auch in schlimmster Lage den Kopf oben zu behalten.

Werden aber die Personen, die an höherer Stelle die Ordnung von heute am liebsten zu führen haben, aus dem vorgefertigten Ereignis eine Lehre ziehen? Wir und mit uns die Berliner Bevölkerung sind ja manchen gewohnt geworden und haben längst den letzten Rest von Optimismus zum alten Eisen geworfen. Wir erwarten, wie gesagt, nicht im geringsten, daß von der Behörde etwas geschieht, was die attackierten Leidtragenden versöhnen, ihnen eine eklatante Genugthuung bereiten könnte. Aber die Frage sollte man sich auf dem Alexanderplatz und auch im Ministerium vorlegen, ob der Polizeileutnant, der in der geschickten Weise gegen den Leichenzug vorgegangen ist, denn wirklich die Fähigkeit hat, einem Revier vorzustehen. Eine Erörterung dieser Frage gebietet schon vom polizeitechnischen Standpunkt aus weniger die Rücksicht auf das Empfinden der Leidtragenden und der Bevölkerung im großen ganzen — Faktoren, die im Polizeistaat ja erst in letzter Reihe in Betracht kommen —, als das Interesse am Ansehen der Behörde selber. Es giebt selbst im Polizeistaat keine gesegnete Möglichkeit, Leidtragenden zu verbieten, mit einem Kranz hinter dem Sarge herzugehen, und ebenso fehlt die gezielte Handhabe, Leidtragenden wegen der Farbe der etwa am Kranz befestigten Schleife Vorstrafen zu machen. Das mag man im Polizeipräsidium endlich eingesehen haben, weil anders die Beamten doch wohl gleich bei Beginn des Zuges gegen die roten Kranzschleifen ihre Kräfte in Bewegung gesetzt haben würden. Wie aber ist es zu rechtfertigen, daß aus dem Handgelenk heraus der Vorsteher irgend eines Polizeireviere die Attacke unternimmt, daß durch sein Vorgehen Duzende braver Männer in die Lage kommen, in einem kritischen Augenblick zu Justizkandidaten zu werden? Liegt es wirklich im Interesse des Staates, dem Manne zu solchem Thun noch feuere die Möglichkeit zu lassen?

Der Magistrat hat in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, die Stadtverordneten-Wahlen auf den 27., 28. und 30. November dieses Jahres (Freitag, Sonnabend und Montag) anzuberaumen.

Die Einladung zur Teilnahme an der Enthüllung des Richard Wagner-Denkmal ist sowohl vom Magistrat wie von der Stadtverordneten-Versammlung fast einstimmig abgelehnt worden. Also auch diesen Bemühen muß der Herr Schminkefabrikant Lechner leeren. Maßgebend für die ablehnende Haltung der Berliner städtischen Behörden war in erster Linie die Erwägung, daß es sich bei den bevorstehenden Festlichkeiten um die rein private Angelegenheit eines Berliner Großindustriellen handele. Nicht zum Mindesten des größten Dichterkomponisten unserer Zeit werde das Fest gefeiert. Sollten aber die Veranstaltungen nur dazu dienen, das Ansehen eines Einzelnen in den Augen der künstlerisch gebildeten Welt zu heben, so falle für die städtischen Behörden die Notwendigkeit fort, diesem Zwecke durch eine offizielle Vertretung förderlich zu sein. Sie hätten um so weniger Anlaß, den Feierlichkeiten beizuwohnen, als selbst die eignen Familienangehörigen Richard Wagners und die hervorragenden Musiker ihre Teilnahme mit unzweideutigen Worten abgelehnt haben. Im übrigen aber sei die Wagner-Fest der Stadt Berlin; denn das Terrain, auf dem die Statue des großen Meisters Platz finden werde, gehöre nicht der Kommune, sondern dem Fiskus; es genüge, wenn ein Minister, als Vertreter des Fiskus und der Regierung, das Denkmal nach der Enthüllung für den Staat in Empfang nehme.

Der Wirt des Berliner Rathauskellers Herr Falkenberg hatte an den Magistrat ein Gesuch um Erlaß der Miete für den Rathskeller für die Zeit vom 1. Juli bis 1. Oktober d. J. gerichtet und dies damit begründet, daß der Keller in dieser Zeit wegen des Umbaus geschlossen gewesen sei und der Erlaß der Miete durch den Einnahmefall begründet sei. Der Magistrat hat diese Gründe anerkannt und beschlossen, vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung dem Wirt ein Viertel der Jahresmiete zu erlassen.

Der restaurierte Rathskeller bleibt noch 14 Tage geschlossen, um sich dann vollständig erneuert und modern eingerichtet, den Gästen wieder zu öffnen.

Freilagerei für Mehl und Getreide. Nach einer Mitteilung der königlichen Eisenbahndirektion an die Handelskammer wird mit Gültigkeit vom 28. September d. J. ab die Freilagerei für Mehl und Getreide auf dem hiesigen Nordbahnhof von 14 auf 7 Tage herabgesetzt.

Berliner Adreßbuch 1904. Die Hauslisten für den Jahrgang 1904 des Adreßbuchs für Berlin und seine Vororte sind nunmehr den Hauseigentümern oder Verwaltern zur Verteilung an die Haushaltungsvorstände zugegangen. Im Interesse der Genauigkeit und Zuverlässigkeit der Eintragungen ist es dringend geboten, daß die Haushaltungsvorstände die Listen persönlich ausfüllen. Nur dadurch werden genaue Schreibweise des Namens verbürgt und Wünsche der Eintragenden betr. Zusätze zur Berufs- oder Standesbezeichnung, Angabe der Sprechstunde usw. bekannt, so daß sie von der Adreßbuch-Redaktion berücksichtigt werden können. Die Abholung der Hauslisten beginnt bereits am Sonnabend, den 3. Oktober. Es ist daher erforderlich, daß die Ausfüllung der Listen möglichst sofort geschieht. Näheres erfahren unsere Leser aus dem betreffenden Inserat in der heutigen Nummer.

Zu Unrecht ins Gefängnis gesteckt. Folgendes Vorkommnis dürfte allgemein berechtigtes Aufsehen erregen. Der Schlosser Striebeck erhielt anlässlich eines Metallarbeiterstreiks im Juni d. J. zwei polizeiliche Strafmandate in Höhe von je 30 M. ev. 3 Tagen Haft, weil er sich als Streikposten einer Verletzung der famosen Straßenordnung schuldig gemacht haben sollte. Gegen beide Strafmandate erhob der Streikführer gerichtlichen Widerspruch, den einen rechtzeitig, den andern jedoch verspätet. Laut Mitteilung hat Et. dann die auf letzteres entfallenden 30 M. bei der Polizei-Hauptkasse eingezahlt.

Trotzdem erschien am 16. August morgens in seiner Wohnung ein Polizeibeamter und verlangte ohne weiteres eine abnormale Zahlung jenes Betrages, und als Et. sich dazu außer Stande erklärte, wurde er von dem Beamten sofort verhaftet und in das Polizeigefängnis abgeführt. Trotz seines Protestes mußte er doch drei Tage absitzen, am 19. August erfolgte seine Entlassung. Man beachte: Gegen ein Strafmandat war rechtzeitig Widerspruch erhoben, das andere, bei dem der Widerspruch zurückgewiesen wurde, war bezahlt, und dennoch steckte man den Mann drei Tage ins Gefängnis, ohne seinen Protest zu beachten. Wen trifft da die Schuld an diesem Verbrechen?

Nach erfolgter Rücksprache mit seinen Kollegen hat sich der unschuldig seiner Freiheit Beraubte nunmehr entschlossen, Beschwerde beim Polizeipräsidium einzulegen, um den schuldigen Beamten herauszubekommen und ihn zivilrechtlich auf Schadenersatz zu verklagen. Ebenfalls will er die Angelegenheit der Staatsanwaltschaft zur Prüfung unterbreiten.

Die Verkehrsstatistik der Igl. Eisenbahndirektion Berlin, welche sonst erst immer Mitte Oktober zu erscheinen pflegte, ist diesmal etwas früher herausgegeben worden und bereits gestern zur Ausgabe gelangt. Nach derselben hat der Stadt- und Fernbahnhof Friedrichstraße in der Frequenzliste den ersten Platz behauptet; in abgelaufenen Etatsjahr wurden auf demselben 5 757 271 Fahrkarten verkauft. Nach ihm kommt der Bahnhof Alexanderplatz mit 4 684 880 Fahrkarten, der diesmal vor dem Schlesischen Bahnhof (4 59 Millionen) rangiert. Die nächst diesen verkehrsreichsten Stationen waren: Zoologischer Garten (3,73 Millionen Fahrkarten), Bellevue (3,35), Görlitz (2,50), Charlottenburg (2,08), Lehrter Stadtbahnhof (1,86), Jannowitzbrücke (1,73), Tiergarten (1,32), Westend (1,10 Millionen) u. Auf dem Wannsee-Bahnhof wurden 2,54 Millionen Fahrkarten verkauft (gegen 2,37 im Vorjahre). An der Spitze der Ringbahnstationen steht der Gesundbrunnen, mit 2,28 Millionen (gegen 2,23 im Vorjahre), dann folgt der Potsdamer Ringbahnhof,

der einen Teil des Anhalter Vorortverkehrs aufgenommen hat, mit 2,22 Millionen (gegen 1,42 Millionen).

Der Eisenbahnweg über Sibirien wird am künftigen Ersten für den internationalen Postverkehr eröffnet und zur Beförderung von Briefsendungen aller Art aus Deutschland nach China (ausschließlich des südlichen Teiles), Ostasien, Japan (ausschließlich Formosa) und Korea benutzt werden. Dadurch wird eine wesentlich vierteljährliche Verbindung geschaffen nach Peking, Tientsin, Tientsin und Tsingtau eine wöchentlich mindestens einmalige nach Shanghai und Japan. Die erste Post wird über Sibirien von Berlin am 30. d. M. abgehen. Die Absendung erfolgt täglich, die Beförderungsdauer beträgt von hier bis Peking z. B. 20 bis 22 Tage, bis Shanghai z. B. 22 bis 28 Tage.

Feuerbericht. Am Freitag wurde die Feuerwehr wegen eines größeren Kellerbrandes an der Götterstr. 88 gerufen. Dort brannten Vorräte an Holz, Schiefer u. a. in großer Ausdehnung, so daß tüchtig Wasser gegeben werden mußte, um die Flammen zu löschen und die Gefahr für das Haus und seine Bewohner beseitigen. In der Waldemarstr. 29 hatte die Feuerwehr auf dem dritten Hofe mit der Löschung eines Dachstuhlbrandes zu thun, der im rechten Seitenflügel ausgebrochen war. Ferner erfolgte wieder einmal ein Alarm nach der Simeonstr. 11, wo die Feuerwehr schon so oft tüchtig zu thun gehabt hat. Diesmal waren aber die Feuerwehrmänner, die sich schon auf harte Arbeit gefaßt gemacht hatten, angenehm enttäuscht. Es handelte sich nur um einen Schornsteinbrand. Vor dem Hause Schöneberger Ufer 1—5 war ein elektrischer Straßenbahnwagen mit einem schweren Arbeitswagen zusammengestoßen. Das Verkehrs Hindernis wurde von der Feuerwehr bald beseitigt. Wohnungsbrände u. a. wurden aus der Putzhoferstr. 37, Rastamen-Allee 54, Lychenerstraße u. a. Orten gemeldet.

Der neue Botanische Garten in Dahlem ist am Sonntag, den 27. d. M., von 2 Uhr nachmittags bis zum Eintritt der Dunkelheit geöffnet. An diesem Tage wird auch das im unteren Teile des Gartens gelegene kleine Kolonial-Pflanzenhaus, in welchem die wichtigsten Nutzpflanzen unserer Kolonien aufgestellt sind, dem Publikum zugänglich sein. Kindern unter 10 Jahren ist der Zutritt nicht gestattet, auch ist das Betreten der Baulöcher verboten. Kinder im Alter von 10—14 Jahren dürfen nur in Begleitung von je einem Erwachsenen den Garten betreten.

Theater. Das Schiller-Theater bereitet neben Ibsens „Stützen der Gesellschaft“ die Erstaufführung von Arthur Fitzger's jüngstem Drama „San Marcos Tochter“ vor, das Anfang Oktober im Schiller-Theater O. (Wallner-Theater) auf Scene gehen wird. — Im Luisen-Theater geht nächsten Donnerstag erstmalig „Arteg im Frieden“ von G. v. Moser und Fr. v. Schönthan in Scene. Sonntagnachmittag steht „100 000 Thaler“, abends „Die Jungfrau von Orleans“ auf dem Repertoire.

Aus den Nachbarorten.

Die Rixdorfer Stadtverordneten-Versammlung beschloß in ihrer letzten Sitzung die Einführung der vom Magistrat vorgelegenen Kurse für Kinder, die mit Sprachfehlern behaftet sind. Sie stimmte auch dem Vorschlage zu, die Wochentage für die Wochenmärkte in der Zeit vom 1. April bis 30. September auf 8 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags zu verlegen. Die Versammlung erklärte sich weiter mit der Bildung einer Krankenhaus-Deputation einverstanden. Die Sozialdemokraten delegierten die Stadtv. Dr. Silberstein und Ostermann hinein. Die Kommission hat die Vorbereitung des Baues des neuen Krankenhauses in Suckow im Rahmen des Etats zu betreiben und die Ausführung des später von der Stadtverordneten-Versammlung zu genehmigenden Projekts zu übernehmen. — Die Teilung der Sertagunnsialis wurde beschlossen. — Die Vorlage über die Erweiterung des Realgymnasiums durch einen Anbau, aus der wir das hauptsächlichste bereits am Mittwoch mitgeteilt haben, führte zu einer Debatte über Vorschulen. Die Sozialdemokraten beantragten durch den Stadtverordneten Dr. Silberstein, der befürchtete Klassennot in der höheren Lehranstalt durch Aufhebung der Vorschule abzuheben. Der Zustand, der durch einen Anbau und vorherigen Erwerb des ziemlich teuren Hinterlandes geschaffen würde, wäre doch nur ein provisorischer; es müßte schließlich doch bald an Schaffung einer neuen höheren Lehranstalt gedacht werden.

Der Stadtv. Justizrat Abrahamson erklärte sich nicht vertretend, den Antrag für eine sozialdemokratische Parteischule zu erklären. Er mußte sich jedoch von seinen eignen Fraktionsgenossen Belf, Roy u. a. darüber belehren lassen, daß es sich nicht um eine Parteischule bei der Forderung der Abschaffung der Vorschulen handele, sondern um eine Frage der Erziehung. Diese Redner waren jedoch auch für die Magistratsvorlage, weil, wie sie übereinstimmend mit Bürgermeister Voigt annehmen, die plötzliche Abschaffung der Vorschule schon schultechnisch unmöglich sei. Die Magistratsvorlage wurde schließlich, nachdem von sozialdemokratischer Seite noch Conrad gesprochen hatte, angenommen.

Den sozialdemokratischen Antrag, den Magistrat zu ersuchen, die Wahlhandlung der Urwahlen zum Abgeordnetenhaus um 5 Uhr nachmittags beginnen zu lassen, begründete Stadtverordneter Dr. Silberstein damit, daß solche Festsetzung der Erfüllung des § 10 des Reglements vom 14. März 1903 wenigstens nahe läme, nämlich der Zusammenberufung der Urwähler „zu einer für die Wahlbeteiligung möglichst günstigen Stunde des Tages“. — Justizrat Abrahamson blieb es vorbehalten, die Sache wieder auf das politische Gebiet hinüberzuspielen, indem er den Antragstellern rein politische Motive unterwarf. Er wollte nicht einen entgegengesetzten Antrag stellen. Man möge in den Magistrat das Vertrauen setzen, daß er das Richtige finden werde. Im übrigen seien auch die Schwierigkeiten der Lokalfrage, zum Beispiel die Frage der Beleuchtung zc. zu berücksichtigen. Und wenn die Wahlhandlung bis zum Abend dauere, bestände eventuell Feuer- und Gefahr, dann könnte irgendwo in einem Wahllokal irgendwo seinen brennenden Cigarrenstummel hinschmeißen. Als der Redner diesen Höhepunkt in seiner Rede erreicht hatte, brach auf der linken Seite des Saales stürmisches Gelächter aus. Die Stadtverordneten Conrad (Soz.) und Buzzi (Soz.) kennzeichneten die Uebertreibung des Vorredners treffend. Der Cigarrenstummel des Herrn Justizrats marschierte übrigens durch die ganze fernere Debatte, in der alle Fraktionsfreunde des Herrn Abrahamson, bis auf einen weichen Kaden, den Herrn Joch, für Ablehnung des Antrags Silberstein und Genossen eintraten und meinten, der Magistrat werde es schon machen. Es kam noch zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen Abrahamson und Silberstein, weil Abrahamson dem letzteren parteigegenständliche Hinterhältigkeit vorgeworfen hatte und dieser seinerseits das Auftreten Abrahamsons auf reaktionäre Motive zurückführte. Es regnete einige Ordnungsrufe. Der blühe Bergleich mit der Waise, wo die Arbeiter soviel überflüssige Zeit hätten, spielte natürlich auf Seiten der Vertreter der Hauseigentümer-Bereine auch wieder seine abgeleitete Rolle. Der Antrag Silberstein wurde gegen 15 Stimmen, darunter die des Herrn Joch, abgelehnt. —

Die Gemeindevertretung von Wilmersdorf hatte sich in ihrer ersten Sitzung nach den Ferien mit einer langen Tagesordnung zu beschäftigen, von der allerdings nur die wichtigsten Gegenstände ein allgemeines Interesse beanspruchten. Zunächst ist zu erwähnen, daß die Vertretung einer Verstärkung der Satzpositionen zustimmte, durch welche auf sozialdemokratischer Anregung hin den im Gemeinbedienste beschäftigten Arbeitern vom 1. Oktober ab eine Erhöhung des Tagelohnes von durchschnittlich 25 Pf. bewilligt wird. Weiter nahm die Gemeindevertretung nach längerer Debatte in namenlicher Abstimmung mit 19 gegen 7 Stimmen ein Ortsstatut an, welches bestimmt, daß von den vorhandenen Schöffenen einer gegen Beforderung angestellt werden kann. Wie früher in Lichtenberg, so stimmten auch hier unsere Parteigenossen für das Statut, nachdem der Gemeindevorsteher erklärt hatte, daß er unter den jetzigen Verhältnissen für eine ordentliche Führung der Gemeindegeschäfte in Zukunft keine Gewähr übernehmen könne. Maßgebend war für diese Abstimmung weiter die Uebereinstimmung, daß die Frage der

Stadtverordneten durch die Einstellung eines besoldeten Schöffen nicht berührt wird. — Das von den Polizeibehörden erordnete Gemeindegrundstück in der Nähe des Ringbahnhofs Schmargendorf soll entgegen der ursprünglichen Absicht nicht verpachtet, sondern zum Teil als Stätteplatz benutzt, im wesentlichen aber zu einem Kinderspielplatz hergerichtet werden. Den übrigen Teil des Platzes wird der Gemeindevorstand an Beamte und Arbeiter, die im Dienste der Gemeinde stehen, als Laubengrund verpachten. In nicht öffentlicher Sitzung gab der Gemeindevorsteher auf eine von sozialdemokratischer Seite gestellte Anfrage die Zusage, daß die Tagesstätte für die Wahlen der Urwahlen zum Landtag möglichst günstig angelegt werden soll.

Der „Räufische Diebstahl“, wie der wegen seiner zahlreichen Räubereien zc. weißlich bekannt gewordene Gärtner Franz Pfußl genannt wird, wird sich im Oktober d. J. wiederum vor dem Potsdamer Schwurgericht wegen versuchten Mordes zu verantworten haben. Er steht unter der Anklage, im Jahre 1899 versucht zu haben, den Geh. Regierungsrat Henbarth aus Berlin in seiner einsamen am Stolpersee zu Neubabelsberg gelegenen Villa zu erschließen, als dieser eines Abends die Fenster schloß. Geh. Regierungsrat Henbarth wurde durch den auf ihn aus der Dunkelheit von außen abgegebenen Schuß am Arm verletzt. Lange Zeit hatten die Nachforschungen nach dem rachsüchtigen Täter keinen Erfolg, bis man schließlich Pfußl wegen verschiedener räuberischer Uebertätere festnahm, von denen die Mordthat gegen den Neudorfer Schützenhaus-Wirt Siegmund die abcheulichste war. Nun verdächteten sich die Verdächtigten gegen Pfußl immer mehr, zumal er der Henbarth'schen Villa schon früher nächtliche Besuche abgeleistet hatte, wobei er Diebstähle ausführte und die Villa in Brand setzte. Wegen aller dieser Straftaten ist Pfußl schon abgeurteilt. Er verbüßt jetzt in Brandenburg a. S. eine lebenslängliche und außerdem eine fünfjährigen jährige Zuchthausstrafe, so daß er wegen des Mordversuchs weitere seine Erhöhung der Strafe erhalten kann.

Schmargendorf. Eine Neuregelung der Sonntagsruhe ist vorgenommen worden. Vom 1. Oktober d. J. ab die sonntägliche Betriebszeit im Handelsgewerbe für den Amtsbezirk Schmargendorf auf die Zeit von 7—10 Uhr vormittags und von 12—2 Uhr nachmittags festgesetzt.

Am Neu-Weißensee erhalten wir folgende Zuschrift: Auf der alten Pumpstation in der Gürtelstraße herrschen geradezu lebensgefährliche Zustände, welche trotz mehrfacher Anregungen in der Gemeindevertretung immer noch nicht beseitigt sind. Man denke sich einen Platz umgeben von einem haufälligen Zaun, der von der lieben Jugend mit großer Leichtigkeit überstiegen wird. Inmitten dieses Platzes steht eine alte Hütte, das frühere Wäschhäuschen, daneben befindet sich das mehrere Meter tiefe Sammelbassin, der Boden bedeckt mit Urat und Faeces. Durcheinander wird das Bassin von einem eisernen Träger. Auf diesem Träger probiert nun die Jugend die tauglichsten Leistungen. Bei den jetzigen Strafenregulierungen wird so viel Erde abgefahren, daß das lebensgefährliche Loch mit einer Anzahl Fahren ausgefüllt werden kann. Oder soll erst ein Unglück geschehen?

Ein Dachstuhlbrand entstand gestern nacht in der Bronzschmiederei von Oscar Gladenbeck zu Friedrichshagen, See-straße 121. Das oberste Geschloß des neuen vierstöckigen Fabrikgebäudes war gegen 1 Uhr in Brand geraten: die dort lagernden Maschinen und Modelle wurden bald ein Raub der Flammen, die hoch emporlodern, einen gewaltigen Feuerschein in der Umgegend Friedrichshagens warfen. Die freiwillige Ortsfeuerwehr wurde alarmiert; mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mannschaften ging sie an das Lösungsversuch, das mehr als zwei Stunden angestrengtester Arbeit in Anspruch nahm. Es gelang, das Feuer auf das Dachgeschloß zu beschränken. Die Aufräumungsarbeiten dauerten bis gegen 5 Uhr morgens.

Gerichts-Zeitung.

Mißglückter Polizeikampf gegen die Streikposten. Der Vorkhänge des Metallarbeiter-Verbandes, Cohen, hatte sich am 24. d. M. wiederum wegen Streikpostentzens zu verantworten. Er soll am 23. Mai vormittags in der Sophienstraße aus Anlaß des in der Melchior'schen Fabrik ausgebrochenen Streiks in ordnungswidriger Weise in dem Eingange zum Hausflur eines Hauses gestanden und der an ihn zur Aufrechterhaltung der Sicherheit, Besamkeit und Ruhe auf der öffentlichen Straße erangegangenen Anordnung des Polizeileutnants, sich zu entfernen, nicht Folge geleistet haben. Cohen, der durch den Rechtsanwält Dr. Heinemann vertreten war, wandte ein, daß er im Hausflur gestanden und sich lediglich in eine Auseinandersetzung des Polizeileutnants mit einem andern eingemischt habe. Der Polizeileutnant habe jemand stören lassen wollen, worauf er — Angeklagter — den Polizeileutnant darauf aufmerksam gemacht habe, daß der betreffende doch die Ordnung in seiner Weise gestört habe. Hieraus habe der Polizeileutnant sich an den Schumann mit dem Befehle gewendet: „Kommen Sie den nur auch gleich mit“. Der Polizeileutnant befand sich als Zeuge, daß in dem betreffenden Hause eine nicht ordnungsmäßig gemeldete Versammlung habe stattfinden sollen, er habe die Besucher der Versammlung im Hausflur fortgewiesen, der Angeklagte sei nicht gegangen, das habe bei den auf der Straße befindlichen Passanten Aufsehen erregt und deshalb habe er die Ordnung für gefährdet erachtet. Der Verteidiger wies darauf hin, daß das Straßenpolizei-Reglement sich nur auf Dinge beziehe, die auf der Straße passierten, da der Angeklagte aber im Hausflur aufgefordert sei und dort angeblich Ungehöriges gezeigt habe, so konnte das Straßenpolizei-Reglement überhaupt nicht zur Anwendung; auf dasjenige, was im Hause vorgebe, dehne sich das Recht der Aufsichtsbeamten nicht aus. Ueberdies sei nicht ersichtlich, wie der Umstand, daß der Angeklagte aus dem Hausflur sich nicht entfernt habe, die Ordnung und Sicherheit auf der Straße im vorliegenden Fall habe gefährden können. — Das Gericht schloß sich dem letzteren Argument an und sprach den Angeklagten frei, ohne erst die Entlastungszeugen zu vernahmen.

Der Prozeß gegen den Hypnotiseur und Naturheilkundigen Weinsiehe wegen Notzucht und Sittlichkeitsverbrechen gelangte gestern kurz vor Mitternacht zum Abschluß. Die Geschwornen bejahten sämtliche Schuldsfragen, worauf der Angeklagte zu fünf Jahren Zuchthaus und fünfjährigen Ehrverlust verurteilt wurde.

Marktpreise von Berlin am 21. September 1903

nach Ermittlungen des Igl. Polizeipräsidiums.

	15,70	15,89	Karlsheide, neue D.-Utr.	7,00	4,00	
*Weizen, gut D.-Utr.	15,70	15,89	Windfleisch, Reule 1 kg	1,80	1,20	
mittel	15,66	15,64	do. Rauch	1,50	1,10	
gering	15,62	15,60	Schweinefleisch	1,80	1,20	
*Roggen, gut	12,80	12,78	Rohfleisch	1,80	1,20	
mittel	12,76	12,74	Hammelfleisch	1,80	1,20	
gering	12,72	12,70	Butter	2,60	2,00	
†Gerste, gut	14,50	13,50	Eier 60 Stück	4,50	2,80	
mittel	13,40	12,40	Karpfen 1 kg	2,40	1,20	
gering	12,30	11,30	Hale	2,60	1,50	
†Hafer, gut	16,00	14,90	Jamber	3,00	1,20	
mittel	14,80	13,80	Seife	2,40	1,20	
gering	13,70	12,70	Brause	1,80	0,80	
Rübstroh	4,22	3,66	Schleie	3,00	1,40	
Heu	7,00	4,80	Niele	1,40	0,80	
Erbsen	40,00	25,00	Äpfel	per Schoß	20,00	3,00
Speisebohnen	50,00	25,00				
Linsen	60,00	20,00				

* ab Wehn. † frei Wagen und ab Bahn.

Wetter-Vorhersage für Sonnabend, den 26. September 1903. Trocken und ziemlich warm bei mäßigen südlichen Winden und langsam zunehmender Bewölkung.

Berliner Berieselbureau.

Adreßbuch

für Berlin  und Vororte

1904.

Die Hauslisten für das Adreßbuch, Jahrgang 1904, sind nunmehr den Herren Hauseigentümern bezw. Verwaltern zur Weitergabe an die verehrlichen Haushaltungs-Vorstände zugegangen. Die letzteren werden hiermit gebeten, die erforderlichen Angaben recht genau und deutlich in die Hauslisten einzutragen und diese so schnell wie möglich weiterzugeben. Da die

Abholung der Hauslisten Sonnabend, den 3. Oktober,

beginnt, so richten wir an diejenigen Haushaltungs-Vorstände in Berlin, denen die Hauslisten bisher noch nicht vorgelegt wurden, das Ersuchen, bei ihren Herren Hauseigentümern oder Verwaltern wegen der Liste Nachfrage zu halten und für die schleunigste Eintragung der erforderlichen Angaben Sorge zu tragen oder uns diese Angaben unverzüglich direkt zugehen zu lassen.

Im Hinblick darauf, daß die Bewohner der Reichshauptstadt das größte Interesse an einem vollkommenen und zuverlässigen Adreßbuche haben, dürfen wir wohl erwarten, daß alle Einwohner durch recht genaue Ausfüllung der Hauslisten und durch deren schleunige Weitergabe die mühevoll und kostspielige Zusammenstellung des Adreßbuchs unterstützen werden.

Berlin, den 25. September 1903.
SW. 12, Zimmerstraße 87-81.

Die ERÖFFNUNG

unsres Warenhauses

findet

Sonnabend, den 26. September, nachmittags 5½ Uhr

statt.

Wir werden von der sonst üblichen Geschenkverteilung abweichen und dem verehrlichen Publikum durch

ausserordentliche Vorteile

grosse Überraschungen

bieten.

Die Besichtigung unsrer Schaufenster dürfte für jeden von Interesse sein.

J. Voremborg & Co.

Rixdorf, 47/48 Berlinerstrasse 47/48.

Warenhaus Lachmann & Scholz

Bis 30^{ten} September

vergüten wir

doppelte Rabattmarken

Lachmann & Scholz

Turm-Strasse 76.

Moabit.

Otto-Strasse 1.



Dieser feine, schwarze Hut mit Futter, moderne Form, kostet 1,90 M.



Cylinderhüte und Chapeau claque in großer Auswahl.

Special-Hut-Engroslager.

Einzelverkauf zu Fabrikpreisen

im Comptoir Neue Königl. 48, 1 Treppe, 25212^a drittes Haus vom Alexander-Platz.

Große Auswahl, außergewöhnlich billige Preise.

Filzhüte für Herren, neueste Form, mit Futter M. 1,50, mit Atlasfutter M. 2,-, hochfeine Qualität M. 2,50, feine M. 3,-, beste Qualität M. 4,50.

Jede Uhr

zu reparieren und reinigen kostet bei mir unter Garantie des Ausgehens nur 1 Mf. 50 Pf., außer Bruch, keine Reparaturen billiger. Großes Lager in Uhren, Goldwaren, Ketten zu erstaunlich billigen Preisen. **Dufaten-Training, 900 get., 1⁷, Dufaten 15,50, 2 Dufaten 20,50.** Für sämtliche Waren schriftliche Garantie. Ugt Rathenower Brücken, Vincenz, Operngäßchen. 19072^a

T. STOLZ, Chausseest. 78, P. Stolz, Badstr. 57.

Die Kinder gedeihen vorzüglich dabei & leiden nicht an Verdauungsstörung.



Nervorragend bewährt bei Brechdurchfall, Darmkatarrh, Diarrhoe etc.

GRÖSSTE HEIZKRAFT
Henckels Werke
 Senftenberg
 GERINGSTER ASCHENGEHALT
 Kein SCHLACKENRÜCKSTAND!

Generalvertreter: C. F. Heinz, NW. 21, Dreyestr. 9.

Jedes Wort: 5 Pfennig. Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Lindenstr. 69, bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Schankgeschäft zu verkaufen, Riete 1300 Mark, neun Jahre bestehend, Bierumlauf 24 Halbe monatlich. In ertragen Raiborstraße 3, Hof 3 Treppen der Riet. 128^a

Klempneret. seit 17 Jahren bestehend, zu verkaufen Wilmannsstraße 16. 1896b

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. 197^a

Herrenanzüge. Herrenpaletots, Beinleder, anridgeleite, hochvernehme, sportbillig. Deutsches Versandhaus, Jägerstraße 63, 1 Treppe. 93/2^a

Anzugstoffe 8,00, Dolenteile 3,00. Reserverhandlung Wälderbergstraße 9. 1896b

Stegdecken. sportbillig, Fabrik Weinstraße 20. 199^a

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brunn, Hufelshor Markt 4, Bahndorf Böde. 93/2^a

Teppiche. Vorleger, Dimeanden, sportbillig Leihhaus, Neanderstraße 6. 26/17^a

Gardinen. Stores, Portieren, sportbillig Leihhaus, Neanderstraße 6. 26/17^a

Stegdecken. Tischdecken, Wäsche, sportbillig Leihhaus, Neanderstraße 6. 26/17^a

Beuten. Wäsche, sportbillig Leihhaus, Neanderstraße 6. 26/17^a

Regulatoren. Remontortruhen, Uhrketten, sportbillig Leihhaus, Neanderstraße 6. 26/17^a

Spiegel. Bilder, Möbel, sportbillig Leihhaus, Neanderstraße 6. 26/17^a

Möbelmagazin Ruder, Innalbenstraße 33, liefert Möbel, Teppiche, Gardinen. Große Auswahl. Billigste Preise. Beste Ausführung. Teilszahlung gestattet. 18879^a

Möbelverkauf. In meiner Möbel-Fabrik, Gneisenaustraße 15, an halbes Jahr, stehen viele Wohnmöbel-Einrichtungen, verleihe eine gewese und neue Ausstattungen zum sehr billigen Verkauf. Teilszahlung bei ganz geringer Anzahlung gestattet. Beamten ohne Anzahlung. Durch große Gelegenheitsläufe zu billigen Preisen liefert ich gediegene Einrichtungen für 150, 200, 300, 400 Mark, hochlegante von 500 bis 10000 Mark. Ganz besonders empfehlenswert ist der große Vorrat verleihe gewesener und zurückgelieferter Möbel, die noch fast neu und im Preise bedeutend herabgesetzt sind. Kleiderständer 24, Kommode 18, Sofa mit Auszug 30, Bettstelle mit Matratze 20, Tischschreibtisch, Vertikales 30, Salonarmaturen, Tischgarnituren 105, Tischschreibtisch mit Matratzen 40, geschmückte Büffette, Bäckerschpinde, Paneelofen mit Sattelstühlen 85, Schreibstisch 40, Chaiselongue, Englische Schlafzimmern, Speisezimmer, Salons, auch Jugendstil, sehr billig. Gefasste Möbel werden drei Monate kostenfrei aufbewahrt, durch eigene Geisire geliefert. Musterbuch gratis. 1906b^a

Wasserkocherhaus! Einlochgasocher 1,00, Dreilochgasocher 3,00, Dreilochgasocher, Gasbratöfen 7,00, Gasbügelparappate, Gasplättchen, Gasbeleuchtung, sportbillig! Petroleumlampen - Umänderungen. Wolkauer, Wallnertheaterstraße 32. 1906b^a

Malztrankbier. blubbend, für Diätarme, Brustkranker, Schwächliche, Gemüthsruhe, bessere Geschmacksache, abwärtschend, 14 Malzen 3 Mark, 1/2, Tonne 3,50 erklüster. Richt Flaschenzahl, Qualität entscheidet. Porter - Kellerei Ringler, Bernauerstraße 119. 95/19^a

Spiritus-Gläser. Tisch, Hänge-lampen, Gasströmer billig. B. Kruse-mack, Cranienstraße 292. 17075^a

Kanarienvogel. Vorjünger, verkauft Krebs, Köpferstraße 154, vorn vier Treppen. 17728^a

Ringelstücken. Bobbin, Schneid-näher, ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00. Köpferstraße 60/61, Grenzauerstraße 50/50 und Große Frankfurterstraße 43. 198^a

Möbelverkauf. passende Gelegenheiten für Brautleute. Die Möbel-fabrik Schützenstraße 2, Ecke Friedrichstraße, liefert komplette Wohnungs-Einrichtungen zu 150, 200, 300, 400 Mark, hochlegante Einrichtungen bis zu 10000 Mark und darüber. Teilszahlung bei geringen Anzahlungen gestattet. Beamten ohne Anzahlung. Staunend billig und empfehlenswert sind die kurze Zeit verleihe gewesenen Möbel, zumal dieselben wie neu sind, um damit zu räumen. Kleiderständer 24, Kommode 18, Sofa mit Auszug 30, Bettstelle mit Matratze 20, Tischschreibtisch, Vertikales 30, Salonarmatur, Tischgarnituren 105, Tischschreibtisch mit Matratzen 40, geschmückte Büffette, Bäckerschpinde, Paneelofen mit Sattelstühlen 85, Schreibstisch 40, Chaiselongue, englische Schlafzimmern, Speisezimmer in Eichen, auch Buchbaum, Salons, Almhagel, auch Jugendstil, sehr billig. Gefasste Möbel werden 3 Monate kostenfrei aufbewahrt, durch eigene Geisire geliefert, auch nach außerhalb. Musterbuch gratis. Bitte genau auf Hausnummer 2 zu achten. 1906b^a

Krankenzahlreife für Zimmer und Straße künstlich und teilweise in allen Preislagen. Kopp, Pfaffenstraße 95. 92/18^a

Teppiche mit Farbensehern Fabrik-niederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. 197^a

Wolltabelle. Wolltabelle Stühmer, Luisen-Ufer 27. 1565b^a

Gardinen. Teilszahlungen, 125 Mark, Invalidenstraße 143, Stallbergstraße 40. 18508^a

Nähmaschinen sämtlicher Systeme, ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00. Frankfurter Allee 10, am Ringbahnhof. SO. Wienerstraße 6. SW. Bellealliancestraße 78. N. Alderstraße 113. 1123^a

1000 neue Nähmaschinen gebe auf Abzahlung, ohne Anzahlung. Lang-schiffchen, hocharmig, komplett, mit allen Apparaten. Elegante Ausstattung, drei Jahre volle Garantie. Für die Güte meiner Nähmaschinen sprechen Tausende meiner Kunden. E. Beckmann, Gollnowstraße 26, nahe der Landsbergerstraße. Alle Maschinen nehme in Zahlung. 17279^a

Nähmaschinen. gebrauchte, Abbeiler-Bissen von 8 Mark an und Langschiffchen von 10 Mark an. Beckmann, Gollnowstraße 26, nahe der Landsbergerstraße. 17238^a

Wasserkocherhaus! Einlochgasocher 1,00, Dreilochgasocher 3,00, Dreilochgasocher, Gasbratöfen 7,00, Gasbügelparappate, Gasplättchen, Gasbeleuchtung, sportbillig! Petroleumlampen - Umänderungen. Wolkauer, Wallnertheaterstraße 32. 1906b^a

Wasserkocherhaus! Einlochgasocher 1,00, Dreilochgasocher 3,00, Dreilochgasocher, Gasbratöfen 7,00, Gasbügelparappate, Gasplättchen, Gasbeleuchtung, sportbillig! Petroleumlampen - Umänderungen. Wolkauer, Wallnertheaterstraße 32. 1906b^a

Wasserkocherhaus! Einlochgasocher 1,00, Dreilochgasocher 3,00, Dreilochgasocher, Gasbratöfen 7,00, Gasbügelparappate, Gasplättchen, Gasbeleuchtung, sportbillig! Petroleumlampen - Umänderungen. Wolkauer, Wallnertheaterstraße 32. 1906b^a

Wasserkocherhaus! Einlochgasocher 1,00, Dreilochgasocher 3,00, Dreilochgasocher, Gasbratöfen 7,00, Gasbügelparappate, Gasplättchen, Gasbeleuchtung, sportbillig! Petroleumlampen - Umänderungen. Wolkauer, Wallnertheaterstraße 32. 1906b^a

Wasserkocherhaus! Einlochgasocher 1,00, Dreilochgasocher 3,00, Dreilochgasocher, Gasbratöfen 7,00, Gasbügelparappate, Gasplättchen, Gasbeleuchtung, sportbillig! Petroleumlampen - Umänderungen. Wolkauer, Wallnertheaterstraße 32. 1906b^a

Wasserkocherhaus! Einlochgasocher 1,00, Dreilochgasocher 3,00, Dreilochgasocher, Gasbratöfen 7,00, Gasbügelparappate, Gasplättchen, Gasbeleuchtung, sportbillig! Petroleumlampen - Umänderungen. Wolkauer, Wallnertheaterstraße 32. 1906b^a

Wasserkocherhaus! Einlochgasocher 1,00, Dreilochgasocher 3,00, Dreilochgasocher, Gasbratöfen 7,00, Gasbügelparappate, Gasplättchen, Gasbeleuchtung, sportbillig! Petroleumlampen - Umänderungen. Wolkauer, Wallnertheaterstraße 32. 1906b^a

Wasserkocherhaus! Einlochgasocher 1,00, Dreilochgasocher 3,00, Dreilochgasocher, Gasbratöfen 7,00, Gasbügelparappate, Gasplättchen, Gasbeleuchtung, sportbillig! Petroleumlampen - Umänderungen. Wolkauer, Wallnertheaterstraße 32. 1906b^a

Wasserkocherhaus! Einlochgasocher 1,00, Dreilochgasocher 3,00, Dreilochgasocher, Gasbratöfen 7,00, Gasbügelparappate, Gasplättchen, Gasbeleuchtung, sportbillig! Petroleumlampen - Umänderungen. Wolkauer, Wallnertheaterstraße 32. 1906b^a

Wasserkocherhaus! Einlochgasocher 1,00, Dreilochgasocher 3,00, Dreilochgasocher, Gasbratöfen 7,00, Gasbügelparappate, Gasplättchen, Gasbeleuchtung, sportbillig! Petroleumlampen - Umänderungen. Wolkauer, Wallnertheaterstraße 32. 1906b^a

Wasserkocherhaus! Einlochgasocher 1,00, Dreilochgasocher 3,00, Dreilochgasocher, Gasbratöfen 7,00, Gasbügelparappate, Gasplättchen, Gasbeleuchtung, sportbillig! Petroleumlampen - Umänderungen. Wolkauer, Wallnertheaterstraße 32. 1906b^a

Wasserkocherhaus! Einlochgasocher 1,00, Dreilochgasocher 3,00, Dreilochgasocher, Gasbratöfen 7,00, Gasbügelparappate, Gasplättchen, Gasbeleuchtung, sportbillig! Petroleumlampen - Umänderungen. Wolkauer, Wallnertheaterstraße 32. 1906b^a

Wasserkocherhaus! Einlochgasocher 1,00, Dreilochgasocher 3,00, Dreilochgasocher, Gasbratöfen 7,00, Gasbügelparappate, Gasplättchen, Gasbeleuchtung, sportbillig! Petroleumlampen - Umänderungen. Wolkauer, Wallnertheaterstraße 32. 1906b^a

Gänse umsonst! sind nicht zu haben, aber für den billigen Preis von Mark 2,00 an, frisch geschlachtet, auf dem Central-Viehhof, Udenauerstraße, gegenüber Feldrestaurant Cibulsk. - Bettfedern-Verkauf. Hof. 26/15^a

Großfeine Herrenanzüge und Paletots aus besten Rohstoffen 25-40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. 18428^a

Stegdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. 197^a

Freitischen. Kette, Bauschloßchen, Schellenbände billig. Schnele, Große Frankfurterstraße 13. 18798^a

Stegdecken. Gelegenheits, hinterste Seite, statt 8 Mark jetzt durchweg 3,75 verkauft Julius Neumann, Belle-Alliancestraße 105. 18878^a

Gabelbänke. Schraubbänke, kleine Preisliste, Handwerkzeug zu verkaufen Stallhändlerstraße 61, I. 19525^a

Die rühmliche Bekanntheit wäre nicht im Stande, so ungeheure Erfolge zu erzielen, als es Nechtheit und Leistungsfähigkeit vermag bei Schlingler, Lurmitstraße 85. 17818^a

Jungbier- und Flaschenbier-Geschäft mit Fuhrwerk im aufblühenden Vorort, großer Umsatz, Aufstiegs-trend nicht erforderlich, Preis 3000 Mark. Näheres Berlin, Schulstraße 108, Bier-geschäft. 1940b

Goldschild. vier Meter lang, ein Meter hoch, billig. Biegel, Dramen-strasse 203. 1966b

Zu verkaufen Gartengeschäft, seit sechs Jahren bestehend, hoch elegant eingerichtet. Näheres im Geschäft Prospektstraße 15. Täglich von 5 bis 9 Uhr. 1754^a

Wegen Umzug verkaufe sofort Schuhmacher - Nähmaschine, Leisten-tisch, Kanarienvogel und Bauer. Voelß, Oberstraße 22. Sprechzeit abends nach 7 und Sonntags. 1754^a

Gabelbänke. verschiedene billig. Drenth, Wollstraße 76. 19635^a

Bett. hochfein, 18,00, Möbel Drebbenerstraße 38. 1962b

Wollgeschäfts. Umsatz monatlich 1600,00. W. Postamt 55. 1959b

Freitischen. größte Auswahl in allen Preislagen. Bierhandlung Wollermann, Weidenweg 71. 1906b

Grünau. Kalfenberg-Selze, hinter Villa 'Rah' billige Porzellan, Quadrat-urte 25, mit Kolbenstand 30 Mark. Verkäufer Bed. Sonntags auf dem Zerrath. 1961b

Zehntafeln. Eisen mit Spiegel-scheiben, 62 drei, 150 hoch, verkauft billig Portier, Bölowstraße 68. 1957b

Portierhotel unter günstigen Be-dingungen zu verkaufen, preiswert zu verkaufen N. Zu erfragen Kef-ferstraße 154, Ugarngeschäft. 1958b

Auhergewöhnlich billiger Ver-kauf, Ruhbaumstühlen, Nohhar-matratzen, Betten, Kleiderständer, elegante Bibliothek für Veriton, Baha-goni-Ghisch, Spiegel mit Schranz, Stühle, Portieren, Gasbügelparappate, Regulator, Tischschiffchen, Gardinen-spanner. Täglich von 3-7 Uhr, Steg-bergerstraße 53, Gartenhaus, Riet links. 1947b

Sehr junge Borse veräußert Kir-dorf, Prinz Handwerkerstraße 27, Doro-steinstr. 1947b

Grüntraumgeschäft. Holle, Holz, Kollern, gutgehend, frankheitshalber veräußert Kumpachstraße 7. 1951b

Wirtschaft. Kuchbaum, noch neu, billig, auch einzeln. Aus Leppich, Wilschstraße, Schreibstisch 30,00, Tisch-spiegel 10,00. Säulenrücken 30,00, Paneelofen, zwei Bilder, verschiedene. Gartenstraße 85, I links. 1136^a

Reparatur veräußert, Riete 1000. Näheres Annahmestelle Rügen-straße 24, Expedition. 1753^a

Kinderwagen. Sportwagen, Kinder-stühle, Karrenwagen wegen Umzug unter Fabrikpreis. Ritzdorf, Ger-mannstraße 232. 1135^a

Handwagen. Plattenwagen, Gabel-bank verkauft Ueber, Bremer-strasse 59. 192^a

Restaurant. schöne Einrichtung, 19 Stunden täglich geöffnet, Familien-verhältnisse halber billig veräußert, Riete 1000, Brauerer Riet. Näheres Bekold, Hochhäuserstraße 4. 190^a

Verschiedenes.

Patentanwalt Dammann, Woll-strasse 57. 1844b^a

Rechtsbureau Ebertstraße 22. *

Rechtsbureau! (Andreasplatz), Gräberweg vierundzwanzig. Gerichts-stand, Eingabengeld, Materielteilung. *

Rechtsbureau. Gerichtsfestset-zer, Richter, Andreasstraße 38. Billig. Sonntagsdienst. 1754^a

Rechtsbureau! (Alexanderplatz) Kurzzeitige achtzehn. Gerichtsfachen! Eingabengeld, Materielteilung. *

Rechtsbureau! Grochbeckstand, Eheklagen, Strafsachen, Alimenten-sachen, Eingabengeld, Materielteilung, Hof, Drummstraße vierzig. 1908b

Zahnärzten beiseite, ohne aus-zuwarten, absolut schmerzlos für immer. Unbedingten Erfolg garantiere. Zahn 1,00. Zahnärztlicher Dialekt, Ammen-straße 28, gegenüber Thalia-Theater. *

Kunststoffserei von Frau Kolosky, Steinmetzstraße 48, Quergebäude hoch-parterre. *

Wer Stoff hat? Fertige Herren-anzüge mit Futterfäden 15,00. Wagner, Schneidermeister, Wälderbergstraße 9.

Nähmaschinenreparaturen wer-den schnell und billig unter Garantie in meiner rügen Bekanntheit ausgeführt. E. Beckmann, Gollnowstraße 26, nahe der Landsbergerstraße. 17218^a

Pfandleihe E. Kron, Köpfer-straße 55a. 20/17^a

Pfandleihe Niederstraße 7. 1998^a

Fahrradgeschäft. auch besetzt, Kof-lach, Schöndorfer Allee 163a. 93/19^a

Laubland zwischen Steuerhaus und Wilmannsberg zu verpachten. Franz Kirmeß. 1751^a

Bereinszimmer vergiebt Kuch-lanckerstraße 48. 1726^a

Bereinszimmer mit Piano, Wegners Restaurant, Inhaber Rietk-Wir, Stallgerstraße 59. 1924^a

Parteienoffe wünscht 270 Mark Darlehen, Rückzahlung 1. Juli 300 Mark. Eventuell gegen Akzept. Offerten unter A. 8, Expedition dieses Blattes.

Säle mit Bühne, Vereinszimmer, Sonnabende, Sonntags frei, Neue Königstraße 7. 53/9^a

Meiner Rundschau und den Be-amten im Gewerkschaftshaus zur Nachricht, daß ich nur mit organi-sierten Geschäften arbeite. Beweis Kontrollkarte. Frisch Prengel, Barbier, Engel-Ufer 13. 1143^a

Parteienoffen! Halte mein Schanzlot von 4 Uhr morgens ab offen und laße freundlichst zum Be-suche ein. Höher, Hochhäuserstraße 9.

Vermietungen.

Zimmer.

Möbliertes Zimmer an ein auch zwei Herren, möblierte Schlafstelle zu vermieten Dresdenerstraße 58, III rechts. 1316b

Kleines möbliertes Zimmer zu ver-mieten Urbanstraße 100, Kaufl. 1949b

Reichenbergerstraße 165, III, ein möbliertes Zimmer für einen bis zwei Herren. 1726^a

Schlafstellen.

Teilnehmer für möblierte Schlaf-stelle sucht Witwe Jacoben, Kolbner-strasse 26. 842^a

Möblierte Schlafstelle, zwei Herren, Köpferstraße 22, Seitenflügel II, Riet. 1943b^a

Freundliche Schlafstelle I. Oberer zu vermieten Kaunstraße 36, Hof II, Barikontal. 1950b

Möblierte Schlafstelle, separat, Riet, Schmidtstraße 10. 1944b

Schlafstelle, möbliert, Reichen-bergerstraße 84 III links, separater Eingang, 8 Mark. 1942b

Schlafstelle, zwei Herren, Riet-strasse 110, 1 Treppe, Burd. 1920b

Mietsgesuche.

Zwei junge Leute suchen zum Ersten möbliertes Zimmer, Preis 25-30 Mark, Nähe Chausseestrasse und Weddingplatz. Offerten B. Weigel, Rietstraße 6. 1760^a

Arbeitsmarkt.

Humorist Gerlach, Kottbuser Damm 100. 1121^a

Stellengesuche.

Humorist Gerlach, Kottbuser Damm 100. 1121^a

Stellenangebote.

2 Korbmacher sucht Max Nagel, Alte Jantobstraße 64a. 1900b^a

Bilkenarbeiter. für das Laboratorium einer der größten Fabriken pharmaceutischer Präparate wird ein durchaus tüchtiger Arbeiter gesucht, welcher mit der Fabrikation, Dra-gieren und Verpacken von Pillen vertraut ist. Nur solche Bewerber können berücksichtigt werden, welche nachweislich obigen Anforderungen entsprechen. Gest. Offerten n. unter S. 7 an Exped. d. Bl. 1888b

Vebrling und Schulreiter Knabe nachmittags. Metallbiererei, Grün-berg 17. 20/19

Tüchtige Bauarbeiter. Nur solche sind dauernde Beschäftigung bei Woll, Rietstraße 7. 1888b

Schloßerlehrling verlangt Wälder-straße 8. 1906b

Stuhler und Arbeiter Lütcher-straße 9 im Kolbengeschäft verlangt. 1906b

Schilder-maler und Verleiher ver-langen Strauß u. Rechner, Prinzen-straße 84. 198^a

Farbmacher verlangt Johanson, Wollstraße 11-12. 185^a

Gefangenen sucht Dringenden Sonntagvormittag 10 Uhr Schil-mannstraße 23, Lokal. 172^a

Kinderleider Arbeiterinnen ver-lange dauernd Beschäftigung Wieg-el, Dranienstraße 203. 1967b

Karzerarbeiterin verlangt Woll-strasse 6. 1949b

Vebrdamer für Remisur-Wäsche-geschäft verlangt B. Koflerer Nach-folger, Dorchstraße 28. 1906b

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile.

Monteur

für Heizungsanlagen sofort gesucht. **F. O. Richter,** Dessau, Fürstenstraße 9.

Achtung! Musikinstrumenten-Arbeiter!

Die Pianofabrik von Nieber &